

(Beginn: 14.09 Uhr - Ende: 18.36 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, zu unserer 35. Sitzung Platz zu nehmen, und möchte wie üblich unsere Gäste auf der Tribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sehr herzlich begrüßen.

Wir haben heute einiges vor. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass ich gelegentlich einen besorgten Blick auf die Uhr werfen werde, allerdings nur, weil wir alle das Großereignis, dem heute viele hier entgegenfiebern, nicht verpassen wollen. Natürlich sollten wir die Diskussionen mit der gebotenen Ernsthaftigkeit und in der notwendigen Ausführlichkeit führen. Ich bitte aber auch zu bedenken, dass wir uns, wenn wir unsere Beratungen rechtzeitig beenden, heute Abend noch das Fußballspiel anschauen können. Damit würden wir vielen einen Gefallen tun.

(Winrich Granitzka [CDU]: Wie immer sehr fürsorglich, Herr Oberbürgermeister!)

- Danke, danke. Das ist die einfache Lösung. Ansonsten müsste ich mich ab 20 Uhr hier oben vertreten lassen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich darf Sie wieder um Aufmerksamkeit bitten; es geht jetzt um ein ernstes Thema.

Ich möchte unseres im Mai verstorbenen ehemaligen Oberbürgermeisters und Ehrenbürgers, Dr. Norbert Burger, gedenken. Mit ihm hat Köln eine herausragende Führungspersönlichkeit verloren. Norbert Burger hat seine Laufbahn bei der Stadt Köln im Rechtsamt begonnen und dann das Schulverwaltungsamt geleitet. 1970 wurde er Beigeordneter für Jugend und Soziales. Auch wenn ihn berufliche Herausforderungen später nach Bonn und Düsseldorf führten, blieb Norbert Burger dem politischen Geschehen seiner Heimatstadt Köln immer verbunden. 1975 wurde er in den Rat der Stadt gewählt und gehörte diesem beinahe ein Vierteljahrhundert an. Als Vorsitzender des Sozialausschusses konnte er viele Projekte, die er in seiner Zeit als Dezernent auf den Weg gebracht hatte, weiter vorantreiben.

1980 wählte ihn der Rat der Stadt zum Oberbürgermeister, ein Amt, das er 19 Jahre lang ausfüll-

te. Sein Wirken in den verschiedenen Funktionen hat an vielen Stellen in dieser Stadt Spuren hinterlassen. Er hat die Gründung von Schulen und Kindergärten genauso begleitet wie die Umstrukturierung der städtischen Alten- und Pflegeheime und wichtige Projekte des sozialen Wohnungsbaus. Verbunden mit seiner Amtszeit sind auch der direkte Zugang zum Rhein durch die Tieferlegung der Rheinuferstraße, der Bau von Museen und Philharmonie sowie die Entwicklung Kölns zur Medienstadt. Besonders im Gedächtnis ist vielen sein Engagement für die Kölner Städtepartnerschaften. Es gehörte zu seinen wichtigsten Anliegen, auf kommunaler Ebene zur Völkerverständigung und Aussöhnung beizutragen und gegenseitige Toleranz zu fördern. Ohne sein Wirken insbesondere für soziale Belange und Verständigung wäre unsere Stadt nicht das geworden, was sie heute ausmacht.

Heute erinnern wir aus traurigem Anlass auch an den ehemaligen Bürgermeister Jan Brügelmann, der in der letzten Woche verstorben ist. Er hat sich im Rat und in den Ausschüssen ganz besonders für die Kulturpolitik eingesetzt. Diese Leistung war eingebettet in ein jahrzehntelanges umfassendes bürgerschaftliches Engagement, das von Sport über Natur, Kirche bis hin zur Brauchtumpflege reichte.

Ich bitte Sie, sich für einen Augenblick von Ihren Plätzen zu erheben und der beiden Verstorbenen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

- Vielen Dank.

Wir treten nun in die Sitzung ein. Als entschuldigt gilt Frau Dr. von Möller. Als Stimmzähler benenne ich Frau Möller, Herrn Köhler und Herrn Dr. Welpmann.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir wie immer die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor, mit all den Zu- und Nachträgen.

Die FDP-Fraktion hat fristgerecht einen Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen“ eingereicht, den wir als TOP 1.1 behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt - ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit - die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.2, 10.26, 10.27, 17.5, 17.6, 17.7, 17.8, 17.9, 17.10 sowie 17.11, der Ihnen als Tischvorlage präsentiert wird. Weiterhin zugesetzt wer-

den im nichtöffentlichen Teil die Punkte 23.8, 24.11, 24.12, 24.13, 24.14, 24.15 und 24.16.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.2, 10.5, 10.19 - dieser Punkt wird unter TOP 24.10 behandelt; er ist also in den nichtöffentlichen Teil verschoben - sowie 17.1.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Klipper, bitte; danach Herr Breite.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Wir würden gerne Punkt 10.8 von der Tagesordnung absetzen lassen. Wir haben da noch Beratungsbedarf und wollen damit erreichen, dass es hier im Rat zu einer einheitlichen Meinungsbildung kommt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die CDU-Fraktion beantragt Absetzung des Tagesordnungspunktes 10.8. Ich schlage vor, direkt darüber abzustimmen. Wer dafür ist, dass wir diesen Punkt absetzen, bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist die Mehrheit. Dann ist das so beschlossen. 10.8 ist damit abgesetzt.

Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Ersten bitten wir um Absetzung des Punktes 10.27, Ermächtigungsübertragung in das Haushaltsjahr 2012. Meine Fraktion plädiert dafür, das heute nur zur Kenntnis zu nehmen und es im Finanzausschuss zu beraten. Wir würden das gerne erst einmal durchschauen. Das konnten wir aber nicht, weil es so kurzfristig kam. Deshalb bitten wir darum, das nur zur Kenntnis zu nehmen, es erst im Finanzausschuss zu beraten und dann in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.

Das Zweite betrifft 24.16 im nichtöffentlichen Teil. Das konnten wir uns gar nicht anschauen, weil es ganz kurzfristig gekommen ist. Ich bitte, auch diesen Punkt abzusetzen, und hätte den Wunsch, das auch in den Umweltausschuss zu geben, damit die Fachpolitiker das beraten. Das Papier ist gestern erst gekommen. Bei aller Liebe, das ist nicht zu schaffen!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir machen es nacheinander. - Bei 10.27 habe ich den Eindruck, dass die Mehrheit für den Antrag ist, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. - Ich

sehe keinen Widerspruch und keine Enthaltungen. Damit ist das so geschehen.

Bei TOP 24.16, Sanierung und Schließung der Melia-Deponie, ist die Beschlussfassung - das weiß ich - sehr dringlich, um das Verfahren weiter vorantreiben zu können und zu verhindern, dass es zu Schadensersatzforderungen oder finanziellen Verschlechterungen kommt. Deswegen liegt mir sehr daran, heute doch zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Die Freien Wähler haben unter 10.23 einen Änderungsantrag - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir sind noch bei 24.16!

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler]: Okay!)

Ulrich Breite (FDP): Herr Oberbürgermeister! Könnten wir es dann nicht wenigstens in den Hauptausschuss verweisen und per Dringlichkeitsentscheidung beschließen? Es ist ja erst gestern eingegangen. Wir müssen uns das doch erst einmal anschauen, bevor wir darüber beraten. Die Beigeordnete hat auch nicht wie sonst angerufen, um auf die Dringlichkeit hinzuweisen; das ist nicht passiert. Darum bitten wir darum, das in den Hauptausschuss zu verweisen und per Dringlichkeitsentscheidung zu beschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Breite, ich würde gerne einen Vorschlag zur Güte machen. Vielleicht kann man diesen Punkt zunächst auf der Tagesordnung belassen. Frau Reker kann ja im Laufe der Sitzung versuchen, Sie noch in die Details so einzuweisen, dass Ihnen das ausreicht. Dann können wir nachher bei Aufruf des Punktes entscheiden,

(Ralph Sterck [FDP]: Wir können es heute nicht entscheiden, weder jetzt noch später!)

ob man entweder daraus eine Dringlichkeitsentscheidung macht oder ob das in den Hauptausschuss geht. Wir würden uns schwer damit tun,

von vornherein zu sagen: Es kann nicht gehen. Wenn sich im Laufe der Sitzung herausstellt, dass das wirklich nicht geht, kann man immer noch zu einer Vertagung oder einer DE kommen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sind Sie mit diesem vermittelnden Vorschlag einverstanden?

(Martin Börschel [SPD]: Wir halten uns das offen!)

- Okay. Wir belassen diesen Punkt jetzt auf der Tagesordnung, werden ihn aber absetzen, wenn Sie bei Aufruf des Tagesordnungspunktes immer noch den Eindruck haben, Sie könnten nicht darüber entscheiden, weil Sie noch nicht genügend informiert sind. Einverstanden? - Okay. Damit ist diese Verfahrensweise so beschlossen. Der Punkt bleibt bis zur endgültigen Diskussion weiterhin auf der Tagesordnung.

Herr Detjen und Herr Hoffmann hatten sich noch zur Tagesordnung gemeldet.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Wir würden unseren Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.6, Demokratische Beteiligung stärken - Untersuchung der steigenden Wahlabsistenz, in die nächste Ratssitzung schieben wollen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Im Hinblick auf die Zeitproblematik ist Ihnen das gesamte Plenum sehr dankbar.

(Heiterkeit)

Herr Hoffmann, bitte.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Unter 10.23 hatten die Freien Wähler einen Änderungsantrag eingebracht. In der Tagesordnung ist er jedoch nicht aufgeführt. Haben Sie den übersehen?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir werden der Sache gleich nachgehen. - Ich höre gerade, er ist auf der Tagesordnung.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Dann ist die Tagesordnung, die ich habe, nicht mehr aktuell. Entschuldigung vielmals!

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit hat sich das erübrigt.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung insgesamt besprochen. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Dann kommen wir zu einem Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 22. Juni zum Thema Weihnachtsmärkte. Gibt es Bedenken gegen die Anerkennung der Dringlichkeit? -

(Martin Börschel [SPD]: Das ist denen ja früh aufgefallen! - Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Okay, die Dringlichkeit wird anerkannt. Wir werden dies unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 behandeln.

Es gibt drei weitere Dringlichkeitsanträge, alleamt von der Fraktion pro Köln: zum einen den Dringlichkeitsantrag „Schluss mit Luxusrenten bei städtischen Unternehmen“, zum Zweiten die Resolution „Rettet die Jahnwiese“ und zum Dritten „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplans der Stadt Köln“. Wir stimmen jetzt über die Dringlichkeit ab.

(Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Sie haben einen Dringlichkeitsantrag nach § 12 gestellt. Darin heißt es, die Rente ab 67 gelte auch für Großverdiener der Stadtwerke, die in den Ruhestand gehen. Sie haben dies auch ausführlich begründet. - Wer für die Dringlichkeit dieser Entscheidung ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie müssen erst mal den Text vorlesen! - Gegenrufe: Nein, muss er nicht!)

- Nein, Herr Uckermann. Aber Sie haben das Recht, die Dringlichkeit - und nur die Dringlichkeit! - zu begründen, nicht aber, sich zur Sache selbst einzulassen. Ich werde darauf achten.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwer, dem Plenum hier eine Dringlichkeit zu begründen, wenn diesem der Beschlusstext von Ihrer Seite überhaupt nicht zugänglich ge-

macht worden ist. Sie haben hier eben keine Begründung vorgelesen.

Wir haben hier einen aktuellen Antrag eingereicht. Die Problematik ist auf uns zugekommen, und darauf wollten wir außerhalb der Fristen reagieren, weil das die Bevölkerung sehr interessiert. Es wäre daher hilfreich, wenn Sie dem Plenum, das darüber entscheiden soll, auch den Beschlusstext zugänglich machen und nicht nur die Überschrift. Ich kann das aber für Sie übernehmen.

(Zurufe: Nein!)

- Ich kann die Dringlichkeit nicht begründen, wenn Ihnen der Beschlusstext unbekannt ist. Wie wollen Sie denn seriös entscheiden, oder ist das für Sie nur noch eine Formalie? Sie machen einfach Blockadepolitik, die Fakten interessieren Sie gar nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben die Dringlichkeit gerade begründet. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Dringlichkeitsantrag: Resolution „Rettet die Jahnwiese“. Darin heißt es: Die Verwaltung wird beauftragt, sofort alle Planungsüberlegungen bezüglich der etwaigen Bebauung der Jahnwiese einzustellen und auch zukünftig diesbezüglich keine Aktivitäten zu entwickeln. - Herr Wiener zur Begründung der Dringlichkeit.

Markus Wiener (pro Köln): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir alle auch den Medien entnehmen konnten, schädigt jeder Tag, wo dieses Vorhaben in der Diskussion und in der Schwebe ist, das ganze Vorhaben. Deswegen ist unser Antrag mehr als dringlich. Ich weise schon jetzt darauf hin, dass wir, sollte die Ratsmehrheit das wiederum als „nicht dringlich“ verwerfen, uns eventuell gezwungen sehen würden, das in einer Sondersitzung in den Ratsferien zu thematisieren.

(Beifall pro Köln - Lachen bei der CDU, der SPD, der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

- Doch, natürlich. Wichtige Sachen, dringende Sachen müssen auch zeitnah behandelt werden. Dafür wurden wir hier alle gewählt. Ich wollte das nur aus Fairnessgründen vorab zur Kenntnis geben.

(Zurufe)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Damit ist die Dringlichkeit begründet worden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit ist, bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Wir kommen zu einem weiteren Dringlichkeitsantrag: „Unterausschuss zur Umsetzung und Begleitung des Inklusionsplans der Stadt Köln“. Darin heißt es: Die Verwaltung wird beauftragt, einen Unterausschuss zur Begleitung und Umsetzung des Inklusionsplans an Kölner Schulen einzusetzen. - Gibt es den Wunsch, die Dringlichkeit zu begründen? - Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist erst in der letzten Woche in der gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss aufgeworfen und auch von der Elternschaft angeregt worden. Da die Antragsfrist für die Einbringung in den Rat zu diesem Zeitpunkt aber bereits abgelaufen war, haben wir das als Dringlichkeitsantrag formuliert. Die Verwaltung möchte den Inklusionsplan umsetzen. Eine Begleitung für die Verwaltung ist bisher nicht vorgesehen. Das heißt, erst 2014 werden wir erfahren, was daraus geworden ist. Das können wir als verantwortliche Politiker nicht zulassen.

Hier gilt natürlich dasselbe, was der Kollege Wiener eben gesagt hat: Wir halten das für höchst aktuell. Es muss doch möglich sein, das heute in der Sitzung zu behandeln. Ich appelliere an Sie, die Dringlichkeit anzuerkennen. Wundern Sie sich nicht, wenn wir eine Sondersitzung einberufen! Die Bürger haben sich in dieser Sache an uns gewandt, und wir haben den Bürgern versprochen, das schnellstmöglich in den Rat einzubringen. Das haben wir heute getan. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wer für die Dringlichkeit dieses Antrags ist, bitte ich um das

Handzeichen. - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die so geänderte Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Damit kommen wir zur Aktuellen Stunde:

1.1 Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend "Das aktuelle personelle Ausbluten in den städtischen Kulturbetrieben - Erhalt der Spitzenleistungen in den städtischen Kultureinrichtungen AN/1096/2012"

Ich rufe den Vertreter der FDP-Fraktion, Herrn Görzel, auf.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen!

Köln kann es nicht. Die Stadt blamiert sich weiter. ... Wer in Köln etwas zu gut macht, ... stört das Mittelmaß.

Deutschlandradio, 24. Juni 2012, vor knapp einer Woche. - Und in der Tat: Karin Beier verlässt die Stadt; sie bekommt in Hamburg ein besseres Umfeld. Andreas Blühm verlässt die Stadt aus privaten Gründen. Markus Stenz macht wenige Stunden vor einer denkwürdigen Hauptausschusssitzung zu einer anderen Personalie die Tatsache öffentlich, dass auch er Köln verlassen wird. Kurze Zeit später, am Nachmittag des vergangenen Donnerstags, wird Uwe Eric Laufenberg aus der Stadt gejagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Spitzenkulturleute in Köln müssen gehen oder werden gegangen. Dies tut uns weh!

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün juckt das nicht; denn Rot-Grün steht für Mittelmaß.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Moritz hat vorhin in ihrer Haushaltsrede - ich hoffe, das ist nicht untergegangen - gesagt: Ich bin stolz darauf, dem Mäzen, der uns einen Anbau zum Stadtmuseum schenken wollte, die kalte Schulter

zu zeigen. - Ich finde das beschämend, Frau Moritz.

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün steht für Mittelmaß. Frau Moritz, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede vorhin versucht, Ihre Leistungen in der Kulturpolitik herauszustellen, dabei aber unerwähnt gelassen, dass der Zuschuss für das Musikfestival „Acht Brücken“ gekürzt wurde.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist es überhaupt nicht!)

Herr Börschel, Sie haben die Archäologische Zone erwähnt, haben allerdings versäumt, zu sagen, dass die Archäologische Zone nach Veränderungsnachweis 4 oder 5 zur Disposition steht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rot-Grün steht für Mittelmaß.

(Götz Bacher [SPD]: Ja, jetzt wissen wir es! - Zuruf von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Moritz, es mag ja sein, dass Sie das wissen. Aber klar ist: Rot-Grün und insbesondere die grüne Fraktion behauptet zwar immer, sich vor die Leute aus dem Kulturbereich zu stellen. Wenn es aber darauf ankommt, schweigen Sie. In Wahrheit verfolgen Sie nämlich eine ganz andere Kulturpolitik. Der herausgeworfene Intendant der Oper hat dies in seiner Abschiedsmail an seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr deutlich gemacht. - Ganz herzlichen Dank, Frau Moritz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sind eigentlich die kulturpolitischen Sprecher der Grünen und der SPD in den letzten Monaten gewesen? Statt sich vor die Spitzenkulturschaffenden zu stellen, hat man in Personalversammlungen weder von Frau Bülow noch von Frau Bürgermeister irgendein klares, entscheidendes Wort gehört. Es entstand der Eindruck, sie schauen weg oder sie müssen wegschauen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Görzel, Sie waren nicht da! Ich schon!)

- Gleichwohl bleibt meine Aussage richtig. Sie haben kein klares Wort gesagt.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie waren doch gar nicht da!)

Rot und Grün in dieser Stadt stehen für Mittelmaß.

(Beifall bei der FDP - Ossi Helling [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist mehr als Mittelmaß!)

Um dieses Mittelmaß zu kaschieren, bekommt der Fraktionsvorsitzende der SPD sein Lieblingsprojekt, nämlich eine Akademie der Künste der Welt, die den Steuerzahler 1 Million Euro im Jahr kosten wird. Das ist rote Kulturpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP)

Kurz: Bestehenden Strukturen wie Musikfestivals werden die Mittel gekürzt und Personalköpfe werden gerollt, aber Herr Börschel bekommt sein Lieblingsprojekt. Das ist rot-grünes Mittelmaß.

(Beifall bei der FDP)

Rot-Grün spielt - das haben wir vorhin sowohl in der Haushaltsrede von Herrn Börschel als auch in der von Frau Moritz sehr deutlich gehört - Soziales und Umwelt gegen Kultur aus. Lieber Kollege Börschel, liebe Kollegin Moritz, Theater, Musik und Tanz gehören wie Soziales und Umwelt zu einer funktionierenden Stadtgesellschaft, ja, sie bilden den Kern unserer Stadtgesellschaft. Sie gehören nicht gegeneinander ausgespielt. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Börschel, mit Ihrer Rede in der letzten Sitzung haben Sie den Eindruck erweckt, Sie möchten mit unserer Spitzenkultur eher in der Kreisliga spielen. Was damals noch Vermutung war, ist heute Gewissheit geworden: Rot-Grün möchte unsere Spitzenkultur ins Mittelmaß führen. Da machen wir nicht mit.

Herr Oberbürgermeister, Ihnen kommt an dieser Stelle eine entscheidende Aufgabe zu: Übernehmen Sie das Zepter! Lassen Sie Ihre Kontakte spielen! Ich weiß, Sie sind ein Mann der Kultur, auch der Spitzenkultur. Bitte tragen Sie persönlich Sorge dafür und bürgen Sie dafür, dass unsere Spitzenkultur nicht ausblutet! Köln hat mehr verdient. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. - Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste auf der Tribüne! Ich muss mich schon wundern über die FDP, die sich bereits in der Haushaltsrede und auch jetzt wieder so eindeutig gegen ein derart wichtiges Projekt ausgesprochen hat, das nicht nur ein Lieblingsprojekt von Herrn Börschel, sondern eines der ganzen Fraktion und auch von mir persönlich ist, nämlich die Akademie der Künste der Welt. Ein so weltoffen tuende und kulturbeflissene Partei wie die FDP wendet sich in dieser Form gegen ein Projekt, das wir aus einem zusätzlichen Etat, nämlich aus der Kulturförderabgabe, finanzieren und auf den Weg bringen können.

(Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Ich finde das ausgesprochen verwunderlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist sicher wichtig, dass die Kulturpolitik, die im Moment viele Menschen in der Stadt bewegt, auch hier in der Aktuellen Stunde im Rat Aufmerksamkeit erhält. Deshalb zunächst zu Herrn Laufenberg: Ganz sicher kann man sagen, dass er große künstlerische Erfolge verzeichnet, die gar nicht genug zu loben sind und viele Menschen für die Oper begeistert haben. Auch die Stimmung unter den Mitarbeitern war enthusiastisch. Sie haben begeistert für ihre Oper gearbeitet. Sie waren ebenso wie ein großer Teil des Publikums stolz auf ihr Haus. Laufenberg hat überragende Künstler - Sänger, Regisseure, Bühnenbildner etc. - nach Köln geholt. Er hat sich - auch das hat ihn ausgezeichnet - mit Haut und Haaren dem Interim verschrieben und mit Begeisterung und aus Überzeugung neue Orte künstlerisch mit einbezogen. Für all dies möchte ich Herrn Laufenberg ganz ausdrücklich - gerade auch hier in diesem Rahmen - sehr herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der FDP: So etwas Heuchlerisches!)

Diese hohe und erfolgreiche Kunst hat ihren Preis.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Dr. Elster, ich bitte, der Rednerin zuzuhören. Das gilt auch für Herrn Breite.

(Zuruf von der FDP: Das bereitet Schmerzen!)

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Mir bereiten auch manche Dinge körperliche und seelische Schmerzen. - Diese hohe und erfolgreiche Kunst hat ihren Preis. Natürlich, meine Damen und Herren! All dies hat mehr - deutlich mehr - gekostet, als zur Verfügung stand. Der Streit um Vertragsverabredungen, um den Gesamtetat der Bühnen, auch in Anbetracht der erheblichen Bau- und Interimskosten, auch um Zugriffe des Intendanten auf Rücklagen für künstlerische Add-ons wie - wir erinnern uns - die China-Gastspiele oder die Stockhausen-Uraufführung, mit denen Laufenberg seinen Etat ja deutlich erhöht hat - all dies war lange Zeit Thema im Kulturausschuss, Herr Kollege Görzel, und ist mehr und mehr eskaliert. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Dieser Streit - das habe ich schon beim letzten Mal zum Ausdruck gebracht - ist aus meiner Sicht nur unzureichend gesteuert und moderiert worden. Diesbezüglich habe ich den Beigeordneten Professor Quander zu kritisieren.

Welche Kultur wollen wir, wie viel und zu welchem Preis? Das ist ein Standardthema in deutschen Städten und Gemeinden. Standardantworten gibt es hierauf nicht. Sicher ist, eine einzelne Kulturinstitution kann sich nicht darauf beschränken - eine Institution wie die Oper, die den höchsten Einzeletat im Kulturhaushalt hat, schon gar nicht -, ihre hohen Ziele und ihren Erfolg ohne Rücksicht auf die Haushaltslage zu formulieren und sich auf keinerlei Kompromisslinie einzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Beier hat ja vorgemacht, wie man als Intendantin mit einer angespannten Haushaltslage umgehen kann. Die Frage, ob wir derart viele höchst anspruchsvolle Premieren bei der Oper, noch dazu im Interim, brauchen, muss zumindest gestellt werden dürfen; denn alternativlose Forderungen sind zurzeit nicht möglich. Das hätte auch Herr Laufenberg als verantwortlicher Intendant bei allem Enthusiasmus begreifen müssen.

Ich frage mich auch, ob es stimmt, was man manchmal hört, nämlich dass es quasi zur Grundausstattung eines Künstlers gehören muss, nicht oder nur schlecht mit Geld umgehen zu können oder sich nicht an gewisse Grundre-

geln im Umgang mit Vorgesetzten oder Kollegen halten zu müssen. So jedenfalls ist aus unserer Sicht die Führung eines ganz wichtigen Hauses der Kölner Kultur auf Dauer nicht zu machen.

Ich möchte noch ein paar Worte zur allgemeinen Situation sagen. Köln ist eine Kulturstadt mit herausragenden Künstlerpersönlichkeiten, Kulturveranstaltungen und vielen Kunsträumen. Das gilt übrigens für die städtischen Institutionen ebenso wie für den freien Bereich. Im Kulturbereich - das wissen auch Sie, meine Damen und Herren von der FDP; ich gehe zumindest davon aus - ist ein Wechsel in Spitzenpositionen durchaus üblich.

(Zurufe von der FDP)

Man kann es keinem Künstler verwehren, Köln als Sprungbrett für eine weitere, auch internationale Karriere zu nutzen. Ein Abschied fällt immer schwer, gerade wenn es sich um so hervorragende Künstler handelt wie Frau Beier, Herrn Dr. Blümm und Herrn Stenz. Jeder hat für die Kunst in Köln, für ihre jeweilige Kulturinstitution tatsächlich Außerordentliches geleistet. Davon haben Kunst und Kultur der Stadt, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch das Ansehen der Stadt insgesamt profitiert. Also: Austausch, Wechsel, Neubeginn sind nicht nur üblich; diese Veränderungen können der Kultur einer Stadt auch guttun und neue Inspirationen bringen. Wir müssen uns - wie übrigens andere Städte auch; Sie wissen, dass es gerade bei Intendanten in Spitzenpositionen einen permanenten Wechsel gibt - von Top-Namen verabschieden.

(Ulrich Breite [FDP]: Von allen!)

Dafür kommen neue Leute in unsere Stadt, die neue Herausforderungen suchen und sich hier weiterentwickeln. Köln birgt nämlich auch das Potenzial bzw. die Rahmenbedingungen und vor allem ein neugieriges Publikum, was dazu führt, dass sich Künstler hier enorm weiterentwickeln und bundesweit und international Aufmerksamkeit erhalten. Dieses Licht fällt dann natürlich auch auf Köln, und alle gewinnen.

(Ulrich Breite [FDP]: Abwarten!)

Meine Damen und Herren, ich will nicht verleugnen, dass in dieser sehr schwierigen Zeit im Interim der Bühnen und der sehr engagierten, zum Teil hochemotional geführten öffentlichen Debatten viel zusammengekommen ist. Aber Herr Stenz wird uns noch zwei Spielzeiten erhalten bleiben, im Schauspiel dürfen wir uns auf einen jungen und jetzt schon erfolgreichen Herrn

Bachmann freuen, und eine Übergangsregelung im Wallraf-Richartz-Museum ist sichergestellt.

Auch wir als Politik werden einige Stellschrauben neu justieren. Wichtig ist zum Beispiel, bei den Bühnen harmonisierte Verträge - das heißt Verträge, die zueinanderpassen - zu schließen mit klaren Kompetenzverteilungen, klar abgegrenzten Sparten sowie einer schlüssigen Mittelfristplanung.

Die Oper steht vor immensen Herausforderungen. Das Interim an sich fordert Höchstleistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich hoffe jedenfalls sehr, dass mit Unterstützung der gesamten Belegschaft und der Operndirektorin die Ruhe zurückkehrt und die kreative Kraft der Mitarbeiter weiter zum Wirken kommt.

Ich komme zum Schluss. Entschuldigung, aber ich glaube, dieses Thema verdient es, in ausreichender Zeit erörtert zu werden. - Ich habe den Eindruck, dass nach den fulminanten Spielzeiten, in denen ein Höhepunkt dem nächsten folgte, nun perspektivisch ein Interimspielplan aufgelegt wird, der ein wenig Luft holen lässt vor dem großen Aufschlag mit der Eröffnung der neuen Häuser am Offenbachplatz. Köln ist eine Kulturstadt, eine stolze Kulturstadt, die sich nicht selbst in Grund und Boden reden sollte,

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

sondern sich sachlich, im Rückblick durchaus selbstkritisch, aber immer auch nach vorne orientiert den Herausforderungen stellen muss.

Wir können mit Pfunden wuchern wie einem immer noch stättlichen Opernetaf, einem begeisterungsfähigen Publikum, einem sehr, sehr engagierten Team an den Bühnen und der Perspektive eines fulminanten Neubeginns in einem wunderschönen Opernhaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Karsten Möring [CDU]: Träumen Sie weiter!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Wir kommen dann zu Herrn Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wer diese Rede gerade eben gehört hat, muss denken, er sei im falschen Film.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn diese Rede implizierte, Herrn Laufenbergs Vertrag wie von ihm gefordert zu verlängern und eine Harmonisierung mit dem Vertrag von Herrn Bachmann herbeizuführen. Das war doch genau Ihre Rede. Dann hätten wir uns alle gefreut. Dann hätten wir in 2015/16 tatsächlich das erleben können, was Sie jetzt gerade noch einmal dargestellt haben, nämlich die Wiedereröffnung der Bühnen mit einem strahlenden Operauftritt mit einem tollen Orchester. Dann hätten wir uns hier keine Sorgen machen müssen. Dann hätte diese Aktuelle Stunde nicht stattfinden müssen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Innerhalb von sechs Wochen findet zum zweiten Mal eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema statt. Das belegt doch: Die Situation ist dramatisch. Deshalb war es so wichtig, dieses Thema heute noch einmal auf die Agenda zu bringen.

Ich will kurz Bilanz ziehen, was passiert ist, seitdem wir den Antrag vor sechs Wochen gestellt hatten. Wir haben einen Museumsdirektor verloren, wir haben einen Generalmusikdirektor verloren, und wir haben einen Intendanten verloren, letzteren sogar fristlos. Ungeachtet dieser Personalien - auch das muss an dieser Stelle erwähnt werden - haben wir auch die hochgelobte Sparte Tanz, die heute schon mehrfach thematisiert worden ist, versenkt: 330 000 Euro per Dringlichkeitsentscheidung, vom Oberbürgermeister und Herrn Frank unterschrieben, sowie weitere 700 000 Euro, von der Kämmerin im Veränderungsnachweis 5 eingebracht.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, das hat sie nicht gesagt!)

Das hat man davon, wenn man unter das Protektorat rot-grüner Politik gerät, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es vergeht keine Veranstaltung in der Stadt, wo den Tänzerinnen und Tänzern nicht vorgehalten wird, wie toll Rot-Grün sich um die Belange dieser Sparte kümmert. Was dabei herauskommt, wird jetzt klar: Sie wird abgeschafft. Das passt natürlich zu einer Stadt, in der es eine Hochschule für Musik und Tanz gibt. Köln ist einer der wenigen Standorte in Deutschland, wo Tänzer eine Hochschulausbildung machen können. Nun werden wir die einzige Großstadt sein, wo man Tanz sich nur noch im Fernsehen anschauen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Oberbürgermeister, ich weiß nicht, ob Sie die Wirklichkeit genauso wahrnehmen wie meine Kollegin von der SPD. Ich habe Ihnen die Pressespiegel der letzten drei Tage mitgebracht, in denen es einzig und allein darum geht, was Deutschland zum Thema Oper zu sagen hat. Ganz kurz: Der *Tagesspiegel* schreibt: „Köln versenkt die Oper“. In der *Bild*-Zeitung heißt es: „Deutschland lacht über Kölns Opern-Theater“.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist ja auch ein Fachblatt für Kultur!)

Letztlich könnte man diese 30 eng beschriebenen Seiten an Presseartikeln so zusammenfassen: Deutschland lacht über Kölns Opern-Theater.

Ich sage Ihnen auch, warum Deutschland lacht: Weil Sie, Herr Oberbürgermeister - das können Sie zwischen den Zeilen lesen -, Ihrer Verantwortung überhaupt nicht gerecht werden. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen, dem Beispiel Laufenberg, das ja ganz prominent ist. Es kommt eine Hauptausschusssitzung zustande, zu der verfristet und nicht formgerecht eingeladen worden ist. In dieser Hauptausschusssitzung müssen Sie die einzige Beschlussvorlage, die die Verwaltung dazu produziert hat, teilweise zurücknehmen. Ich meine: Was sind das für Vorgänge?

Ein Operntendant wird entlassen. Heute wird ja so getan, als wäre das ein tagtägliches Geschehen. Meine Damen und Herren, das passiert zum allerersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland, abgesehen von einem einzigen Fall.

(Lachen bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, da lachen Sie. - Einen einzigen Fall hat es gegeben, nämlich im Umfeld der RAF-Terroranschläge. Damals ging es um die Verhältnisse in Stammheim. Da ist ein Intendant fristlos entlassen worden. Aber abgesehen davon ist die Entlassung von Laufenberg die einzige Entlassung eines Intendanten seit Existenz der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Und dann gehen Sie, Herr Oberbürgermeister, noch nicht mal in die Pressekonferenz und erklären der Bundesrepublik, warum das jetzt notwendig war, sondern schicken Ihren Dezernenten und einen schlecht vorbereiteten Rechtsanwalt, der der Presse eben nicht erklären kann, warum diese Entlassung erforderlich gewesen

ist. Meine Damen und Herren, man muss sich über die Presse in Deutschland nicht wundern.

Die Geschichte geht aber noch weiter. Das Ganze ist jetzt eine Woche her. Seit einer Woche ist der Intendant entlassen. Sie glauben doch nicht, dass der Oberbürgermeister oder sein Dezernent in dieser Woche einmal den Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bühnen gesucht hätte! Das ist ja auch nicht schlimm; es ist ja nur der Bühnenchef, einer der beiden künstlerischen Leiter, abhanden gekommen; das muss mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht diskutiert werden.

(Ralph Sterck [FDP]: Ein bisschen Schwund ist immer!)

Das betrifft 700 Mitarbeiter bei den Bühnen plus das Orchester, summa summarum 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Meine Damen und Herren, das entspricht 5 Prozent Ihrer Mitarbeiter, Ihrer Angestellten, und Sie haben es bis zum heutigen Abend immer noch nicht geschafft, zu ihnen Kontakt aufzunehmen!

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist ein Skandal! Werden Sie endlich Ihrer Verantwortung als Oberbürgermeister gerecht und beenden Sie diesen rot-grünen Mummenschanz!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Kolleginnen und Kollegen!

(Henk van Benthem [CDU]: Jetzt aber loslegen!)

- Nein, ich dachte mir, ich bringe jetzt erst einmal wieder etwas Ruhe in die Debatte; denn es geht ja hier um ein ernstes Sachthema und nicht darum, wer sich am lautesten produziert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU und der FDP)

- Vielleicht hören Sie erst einmal zu, ehe Sie darauf reagieren. Das macht die Sache leichter.

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei der FDP bedanken, und zwar dafür, dass sie uns im Rahmen dieser Aktuellen Stunde Gelegenheit gibt, mit der Legendenbildung, die durch die Medien und auch durch diese Stadt geistert, aufzuräumen und das Thema im Sinne von Wahrheit und Klarheit darzustellen.

Personelles Ausbluten, wie Sie in der Betreffzeile Ihres Antrags zur Aktuellen Stunde schreiben, impliziert Massenentlassungen von Mitarbeitern. Diese gibt es glücklicherweise aber nicht; sie sind auch laut Stellenplan nicht vorgesehen. Das ist ein Thema, was eigentlich nicht existent ist.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Zuhören! Okay? - Seitdem SPD und Grüne die Ratsmehrheit bilden, hat auch keine Kultureinrichtung Kürzungen hinnehmen müssen, die ein personelles Ausbluten verursacht hätten.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Ich kann lesen. - Stattdessen wurde endlich das Sanierungsprogramm für die Museen und Kulturbauten aufgelegt, das NS-Dok wird erweitert, die Stadtbibliothek wurde personell und strukturell besser ausgestattet, die Bühnen werden saniert, und das Historische Archiv erhält von uns größtmögliche Unterstützung - der Neubau ist auf dem Weg -, um nur einiges zu nennen. Die Bühnen - das will ich noch einmal klarstellen - erfahren keine Kürzungen, sondern per Dringlichkeitsentscheidung eine Aufstockung um 2 Millionen Euro pro Spielzeit,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

auch wenn von einigen Medien immer noch etwas anderes behauptet wird. Für all das hat Rot-Grün mit seiner Mehrheit gesorgt.

Für die Freie Szene, die laut Kulturentwicklungsplan den gleichberechtigten zweiten Pfeiler der Kölner Kultur bildet, sind die Gelder stabil geblieben, auch wenn es angesichts steigender Personal-, Energie- und Mietkosten gut und richtig wäre, diese Mittel ebenfalls aufzustocken. Aber angesichts der dramatischen Haushaltssituation der Stadt Köln - ich darf Sie an die Haushaltssitzung heute Morgen erinnern - ist bereits die Aufrechterhaltung der Zuschüsse eine Kraftanstrengung. Ich bin stolz, dass wir das dieses Jahr wieder geschafft haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch wenn der Kölner Kulturindex eine schlechte Stimmung analysiert, so ist es trotzdem bzw. ge-

rade deswegen wichtig, das, was geleistet und geschafft wird, in den Fokus zu nehmen.

Kommen wir zum vermuteten Anlass der Aktuellen Stunde: die Situation an der Oper. Bis vor kurzem gab es die Hoffnung, die Probleme im Bühnenbetrieb bewältigen zu können. Die entsprechenden Beschlüsse eröffneten Lösungsmöglichkeiten im Dauerstreit, wenn denn alle mitgespielt und sich kompromissfähig und kompromissbereit gezeigt hätten. Aber statt zu deeskalierten und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, wurde polarisiert. Hier sind auch CDU und FDP zu nennen, die die Lösung vor allem darin sahen, das Opernbudget weiter aufzustocken, und zwar in einer Höhe, die fast dem Gesamtetat des Kulturamtes für die Freie Szene entsprochen hätte. Vielleicht hätten Sie die schwarzen Sparschweine noch stehen lassen sollen. Dann hätten Sie mal gucken können, ob da noch Geld drin ist.

(Michael Zimmermann [SPD]: In der Fraktion stehen die nicht!)

- Ja, eben. - Statt die Reißleine zu ziehen und auf Budgeteinhaltung hinzuwirken, wurden mit diesen Äußerungen Begehrlichkeiten geweckt, die nicht zu erfüllen waren. Die Wirtschaftspläne und die inzwischen vorliegenden Statusberichte der Bühnen offenbaren das gesamte Ausmaß der Verschuldung.

Wir alle haben mit großer Freude - Frau Dr. Bürgermeister hat es bereits gesagt - erlebt, dass Oper und Schauspiel in Köln in den letzten Jahren zu neuer Blüte gekommen sind. Ich danke allen, die daran beteiligt waren und sind.

Der Schritt der Kündigung des Operntendanten am letzten Donnerstag ist niemandem leicht gefallen; denn unbestreitbar - auch das wurde schon gesagt - hat Uwe Eric Laufenberg mit großer Leidenschaft und Kreativität die Oper nach vorne gebracht. Allerdings gehört zur Führung eines solchen Hauses auch ein hohes Maß an Kooperation und ein intaktes Vertrauensverhältnis zu Verwaltung und Rat, und das wurde nachhaltig zerstört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu hoffen ist, dass langfristig die Chance besteht, Ruhe in den Opernbetrieb zu bekommen. Als kulturpolitische Sprecherin und als Mitglied des Rates mit Verantwortung für den Haushalt erwarte ich gerade am heutigen Tage von allen Spitzenkräften die Einhaltung der zur Verfügung gestellten Budgets. Wir brauchen und wir setzen

in dieser schwierigen Haushaltslage auf Führungspersonal, das kreativ das Bestmögliche mit den gegebenen Mitteln erreicht.

Einer Führungskraft wurde fristlos gekündigt. Wir haben versucht, zu vermitteln. Wir bedauern, dass das nicht gelungen ist. Andere Führungskräfte - auch das wurde hier schon angesprochen - gehen aus unterschiedlichen Gründen, sei es aus Altersgründen, sei es, um weiterzuziehen. Frau Beier, Herr Stenz und Herr Dr. Blühm verlassen Köln, weil sie neue Herausforderungen und Perspektiven suchen. Dafür braucht es den Ortswechsel. Schon bei Shakespeare und Molière war das nicht anders. Für Köln ist es ein großer Verlust, aber eben auch der normale Gang der Dinge. Es kommen neue großartige Kulturschaffende nach Köln, wie zum Beispiel Stefan Bachmann als Nachfolger von Karin Beier und Philipp Kaiser als Nachfolger von Kaspar König.

Vergessen seien aber auch nicht die vielen anderen Kulturschaffenden, die Großes zur Vielfalt der Kölner Kultur beitragen - in städtischen Institutionen und an kreativen Orten und Freiräumen in dieser Stadt, die es zu erhalten gilt. Dazu gibt es neue Entwicklungen. Angesprochen wurde hier schon die Akademie der Künste der Welt, die Rot-Grün angeschoben hat und die wir mit Freude im Entstehen begriffen sehen. Die Gründungsmitglieder der Akademie kommen an diesem Wochenende zum ersten Mal in Köln zusammen. Auch das ist ein Beitrag zum Erhalt - da komme ich auf Ihren Antrag zurück - der Spitzenleistungen in Kölner Kultureinrichtungen und eine großartige Chance zur Neupositionierung der Kölner Kulturszene, auch über das hinaus, was bisher in Köln geleistet worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Wir wollen uns - es ist mir wichtig, das abschließend zu sagen - bei allen, die Köln verlassen, bedanken und ihnen und auch ihren Nachfolgern das Beste für die Zukunft wünschen. Wir alle - da bin ich mir sicher - werden alles tun, damit Köln auch künftig eine lebenswerte Stadt ist, in der die Kultur einen breiten Raum einnimmt und das reiche Kulturangebot erhalten bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Für pro Köln Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger auf der Tribüne! Ich freue mich, dass sich die Tribüne jetzt etwas gefüllt hat. Heute Morgen, als wir den Haushalt verabschiedet haben, war das Interesse nicht so groß. Ich habe mich auch gewundert, dass die Debatte, in der es um Ausgaben von über 3 Milliarden Euro ging, nicht so lebhaft war wie diese jetzt nach der Mittagspause. Da fragt man sich doch, woran das eigentlich liegt.

Ebenso wundert mich, dass hier Redner mit Beiträgen auftreten, die ich - bisher jedenfalls - nur als substanzlos bezeichnen kann, obwohl sie den Fraktionen angehören, die diese Aktuelle Stunde beantragt haben

(Zurufe)

die aus unserer Sicht allerdings entbehrlich gewesen wäre, auch wenn dieses Thema zweifellos wichtig ist. Wie kann denn der Eröffnungeredner sagen: „Köln kann es nicht“? Dagegen verwehren wir uns. Es kann sein, dass Sie es nicht können; das bestätige ich Ihnen. Aber Köln kann mehr,

(Beifall bei pro Köln)

wenn Sie die Menschen in Köln nur lassen würden.

Aufhänger für diese Aktuelle Stunde ist doch die denkwürdige Hauptausschusssitzung in der letzten Woche, die im geheimen Rahmen durchgeführt werden sollte. Hier sollte mal gewürdigt werden, unter welchen miesen Umständen dort ein Personalsachverhalt abgearbeitet wurde. Erst wurde nicht fristgerecht schriftlich dazu eingeladen. Irgendwann, viel zu kurzfristig, ging eine E-Mail auf einem Computer ein. Wir haben davon über das Radio erfahren und sind dann in diese Hauptausschusssitzung gekommen. Sie war für 16.45 Uhr terminiert. Schon für 17 Uhr hatten Sie eine Pressekonferenz, auf der Sie ein Ergebnis präsentieren wollten.

Worum ging es? Sie als Oberbürgermeister haben vorgeschlagen, der Hauptausschuss möge dafür sorgen, dass der Opernintendant auf der Stelle aus der Oper entfernt wird. Das wollten Sie schon nach einer Viertelstunde bekanntgeben. Als wir danach gefragt haben, ob wir dazu etwas Schriftliches haben könnten, haben Sie das auf Ihren Kulturdezernenten abgewälzt. Sie selber hatten in dieser Sitzung einen Rechtsanwalt dabei, der Sie als Stadt Köln vertritt, also die rechtlichen Voraussetzungen schaffen sollte, dass

Herr Laufenberg noch am selben Abend aus der Oper entfernt wird. Wir haben gefragt: Ist denn Herr Laufenberg auch eingeladen worden? Denn ich als Ratsmitglied hätte gerne beide Seiten gehört. Wir tragen schließlich die Verantwortung für die Gesamtstadt und für die Gesamtoper. Gerade weil man ja immer wieder hört, welche gute Arbeit er geleistet hat - auch in dieser Sitzung wurde das mehrfach erwähnt -, haben wir gefragt: Ja, warum soll er dann fristlos entlassen werden?

Dass er dort noch nicht einmal dazu angehört wurde, hat doch Methode. Das hat man doch gespürt. Es beschlich einen das Gefühl, dass Sie bei der Kultur nach dem Motto handeln: Jeder, der den Mund aufmacht, wird abgestraft. Hier wollte man ein Exempel statuieren. Hier wollte man jemandem klarmachen: Wir wollen Kulturapparatschiks; Kritik ist hier nicht erwünscht.

Wir möchten, dass Kultur kreativ ist, dass sie frei agieren und den Glanz unserer Stadt wieder in die Welt hinaus tragen kann. Sie aber wollen eine Form von Beamtenhaft. Darum geht es letzten Endes. Wir haben diese Sitzung umgehend bei der Kommunalaufsicht beanstandet. In dem Fall waren Sie das ja, und Sie haben das natürlich abgelehnt. Wir haben das jetzt an die Bezirksregierung gegeben.

Wir werden nicht nur Herrn Laufenberg viel Glück wünschen, wenn es gegebenenfalls zu einem arbeitsgerichtlichen Verfahren kommt; wir wünschen auch der Oper weiterhin alles Gute. Herr Roters, so etwas darf hier nie wieder vorkommen. Ich bitte Sie: Gehen Sie mit Ihren Mitarbeitern fair und menschlich um! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, bitte.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Der will auch die Oper schließen!)

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Hier wird wieder einmal diskutiert, als gäbe es kein Morgen. Das gibt es aber. Es trifft ja nicht zu, dass die Bühnen keine zusätzlichen Mittel bekommen. Sie bekommen sowohl Mittel für das Interim als auch für die Sanierung der Oper. Das darf man nicht vergessen.

Die allseits beliebte Karin Beier hat das Problem als Erste erkannt, als sie 2009 feststellte: Verflücht noch mal, die Sanierung der Oper wird ja nicht aus dem Investitionshaushalt bezahlt, sondern aus dem Betriebskostenzuschuss Bühnen, schlussendlich also aus dem Verwaltungshaushalt. Sie hat gesagt: Es kann doch nicht sein, dass die Oper für viel Geld saniert wird und ich den Kulturbetrieb nicht mehr organisieren kann, und hat Neubau und Sanierung der Oper unter dem Gesichtspunkt der Kosten thematisiert. Das war, wie ich damals fand, eine interessante Diskussion. Frau Beier hatte das richtig erkannt.

Herr Laufenberg jedoch hat aber zu diesem Zeitpunkt einen völlig anderen Kurs gefahren. Er hat nämlich das Geld mit vollen Händen ausgegeben, so auch bei der Betriebsrücklage der Bühnen - die für die Sanierung gedacht war. Ich erinnere hier nur an die von ihm regelrecht inszenierten und zusammen mit Herrn Quander initiierten Ratsvorlagen, die vorsahen, viel Geld für die Stockhausen-Oper - die Beträge waren ja anfangs viel höher, als sie schlussendlich beschlossen worden sind - und für die China-Reise auszugeben. - So weit zur Vorgeschichte.

Frau Beier hat meines Erachtens das Problem, in dem wir jetzt stecken, relativ früh erkannt. Teile des Rates wachten dann langsam auf und merkten: Hallo, da haben wir langfristig ein Problem. Nur Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben damals gesagt: Komme, was wolle, wir geben 350 Millionen Euro für den Neubau der Oper. So lief doch damals die Diskussion.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Wenn wir das damals gemacht hätten, dann wären wir doch jetzt schon pleite. Das muss man doch auch mal sagen, wenn Sie hier von Kostensparen reden. Jetzt beschweren Sie sich wieder, obwohl die Bühnen - das muss man noch einmal feststellen - 2 Millionen Euro mehr bekommen. Es ist ja nicht so, dass sie gar nichts kriegen.

Herr Granitzka, Sie haben vorhin gerufen: Sparen, sparen, sparen! Dreimal! Wir haben das gehört. Ja, und was machen Sie? In der Realität wollen Sie Mehrausgaben, Mehrausgaben, Mehrausgaben. - Jetzt winken Sie ab. Natürlich ist es so. Ihre schwarzen Schweine können Sie mit nach Hause nehmen. Damit passiert doch nichts; sie waren doch sowieso leer.

(Beifall bei der Linken, der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Ihre Hingabe, Ihre Leidenschaft und Ihre schwärmerische Verehrung für Herrn Laufenberg und seine Oper sind ja rührend. Dennoch würden wir uns wünschen - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Darf ich einmal kurz unterbrechen? - Herr Dr. Elster, ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Es stört, wenn Sie hier durch den Saal gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Herr van Benthem [CDU]: Darf man jetzt nicht mehr aufstehen? Was ist das denn?)

Jörg Detjen (Die Linke.): Also, ich möchte jetzt meine Rede zu Ende halten. Ich darf doch auch mal eine Kritik innerhalb des Oppositionslagers führen. Das darf ich doch, oder? Es muss doch möglich sein, dass Sie das aushalten.

(Winrich Granitzka [CDU]: Darf ich eine Frage stellen?)

Ihre Verehrung, meine Damen und Herren von der CDU - -

(Winrich Granitzka [CDU]: Sie haben die Unwahrheit gesagt!)

- Ich habe nicht die Unwahrheit gesagt. Ich sage: Ihre schwärmerische Leidenschaft für Herrn Laufenberg ist ja rührend. Dennoch wäre es besser, wenn Sie das ganze Problem reflektieren würden. Dann würden Sie vielleicht aus der Geschichte lernen.

(Beifall bei der Linken. - Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Vor 130 Jahren empfand König Ludwig II. für Richard Wagner eine schwärmerische Liebe. Das hat damit geendet, dass er schlussendlich pleite war. Der damalige Finanzminister hat Ludwig II. einen Brief geschrieben. Daraus möchte ich vorlesen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wollen wir hören!)

Zitat:

Die Lage der königlichen Kabinettskasse ist eine sehr ernste ... was in einer

Zeit wie die gegenwärtige, wo die sozialen Verhältnisse mehr und mehr unterwühlt werden, doppelt bedenklich erscheint.

Ich finde, das ist ein sehr interessantes Zitat, weil es eigentlich auch auf die heutige Zeit passt. Nur, König Ludwig II. hat auf seinen Finanzminister nicht gehört und war schlussendlich pleite. Das war der Sachstand.

(Ralph Sterck [FDP]: Tot war er! - Weitere Zurufe von der FDP und der CDU)

- Klar. Aber erst mal war er pleite, und dann hat er sich das Leben genommen. So muss man das doch sehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. Wir haben sicher noch eine zweite Runde, dann können Sie darauf eingehen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, es gibt keine zweite Runde.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Redezeit ist fast zu Ende.

(Zurufe)

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen. Herr Görzel, Sie haben die Belegschaftsversammlung der Bühnen erwähnt. Es war wirklich so, dass dort die Diskussion über 5 Millionen Euro mehr Mittel geführt wurde. Und es war wirklich so, dass SPD und Grüne nichts dazu gesagt haben,

(Widerspruch bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- lassen Sie mich doch mal ausreden! -, obwohl der Personalrat sie aufgefordert hat, die Politik möge doch jetzt mal dazu Stellung nehmen. Und es war auch wirklich so, dass der Kollege Wackerhagen von der FDP der Belegschaft der Bühnen Versprechungen gemacht hat. Ich war der Einzige, der dort gesagt hat: Angesichts der Haushaltslage kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie 5 Millionen Euro mehr bekommen. Betonung liegt auf „mehr“. Ich habe nur gesagt: Ich kann es mir nicht vorstellen.

(Zuruf von der FDP)

Sie haben dort Wahlkampf gemacht. Es ist doch ganz klar: Das war Wahlkampf. Ja, aber Sie haben doch nichts zu kamellen gehabt. Wie können Sie denn der Belegschaft der Bühnen 5 Millionen Euro versprechen? Das ist doch die Realität gewesen. Sie haben schlicht und ergreifend dort Bonbons verteilt, statt die Realität ins Auge zu fassen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken., der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nach Herrn Detjen kommen wir zu Herrn Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich zum Thema dieser Aktuellen Stunde gar nicht äußern. Aber mein Puls ist mittlerweile auf 180. Darf ich Sie einmal daran erinnern, dass wir hier über Menschen reden?

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

Es ist schon richtig, dass wir hier auf die Geldseite schauen müssen. Nichtsdestotrotz stehen die Menschen im Mittelpunkt. Und was ist mit den Menschen in der letzten Zeit passiert? - Ich werde meine Rede kurz halten, keine Sorge. - Einerseits haben wir einen Mercedes - Herrn Laufenberg - nach Köln bestellt. Dann müssen wir auch dafür sorgen, dass dieser Mercedes entsprechend gepflegt wird.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Andererseits - Frau von Bülow, da haben Sie recht - haben wir ihn im Kulturausschuss mehrfach aufgefordert, uns den Wirtschaftsplan vorzulegen. Wenn ich dann im *Stadt-Anzeiger* lese, dass er den Wirtschaftsplan für Firlefanz hält, dann frage ich an dieser Stelle: Wie verletzt muss ein Mensch sein?

Im Kulturausschuss wurde immer wieder gefordert, dazu einen Runden Tisch einzurichten. Frau Bürgermeister und Frau von Bülow waren der Meinung, das brauchen wir nicht. Ich glaube, das haben wir auch hier im Rat diskutiert. Wir wollen einen Runden Tisch. Über bilaterale Gespräche habe ich zwar mitbekommen, dass dies und jenes gemacht wurde; aber es wäre sicherlich einfacher gewesen, die Menschen - das geht an Sie, Herr Oberbürgermeister - an einen Run-

den Tisch zu bringen und mit ihnen offen über die Probleme zu sprechen. Sie aber haben im Grunde genommen das Zepter aus der Hand gegeben. Nun ist es so weit gekommen, dass es Köln nach außen hin wirklich geschadet hat.

(Beifall bei der CDU, der FDP und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Puls ist nicht auf 180. Ich spreche auch nicht über einen Mercedes, ich spreche über Menschen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zurück zum Anfang, der Rede von Herrn Görzel und dem Antrag zur Aktuellen Stunde - Stichwort „Ausbluten“. Frau von Bülow hatte es zwar vorher schon erwähnt und ihren Aussagen ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aber zwei, drei Anmerkungen kann ich mir dann doch nicht verkneifen.

Wirklich gehen musste ja nur einer, das war Herr Laufenberg. Das haben Sie, Herr Görzel, selber gesagt. Die anderen hatten andere Gründe, andere Motive. Auf Neudeutsch kann man sagen: Shit happens! Dass das alles zum gleichen Zeitpunkt passiert, macht natürlich keinen guten Eindruck. Aber wirklich gehen musste nur Herr Laufenberg.

Was ist in den Wochen und Monaten im Vorfeld geschehen? Ich bin ja auch Mitglied im Kulturausschuss. Ehrlich gesagt, ich habe mich immer klammheimlich gefreut, wenn ich gesehen habe, dass Herr Laufenberg in die Sitzung kommt; denn dann war für Stimmung garantiert.

(Zuruf: Er ist Schauspieler!)

- Er ist Schauspieler, wird hier gesagt. - Es war doch wirklich so: Herr Laufenberg hat dort eine ordentliche Show abgeliefert. Er hat sich fantastisch für sein Haus eingesetzt; ganz großartig. Er ist aber auch sehr oft über das Ziel eindeutig hinausgeschossen. Er hat aus vertraulichen Unterlagen zitiert, er hat Dokumente herumgehen lassen, die noch gar nicht öffentlich sind, etc. Das alles war schon immer sehr grenzwertig gewesen. Eskaliert ist der Streit jetzt an dem Punkt,

wo Herr Laufenberg gemerkt hat, dass er im zukünftigen Etat nur - in Anführungszeichen - 2 Millionen Euro mehr bekommt und nicht das, was ihm vertraglich zugesichert worden ist. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der FDP: Eben!)

Dazu sind zwei Dinge festzustellen: Das eine ist - das möchte ich hier auch sagen; da möchte ich Rot-Grün den Rücken stärken -: Der Etat ist trotz aller Widrigkeiten erhöht worden. Das ist erst mal positiv anzuerkennen. Was fehlt, ist die Differenz, die Herr Laufenberg versprochen wurde. Das ist natürlich ein Fehler, den man tatsächlich auch feststellen muss. Wir alle waren bei den Vertragsverhandlungen damals nicht dabei; aber ich gehe davon aus, dass Köln auch zu der Zeit, als der Vertrag mit Herrn Laufenberg geschlossen wurde, schon klamm war. Vielleicht war es etwas voreilig, ihm dieses Geld zu versprechen. Jetzt ist das Geld aber nicht da. Deshalb sah sich Rot-Grün offensichtlich gezwungen, ihm mitzuteilen, dass sein Vertrag nicht eingehalten werden könne.

Dieses Problem hätte man vielleicht noch vermitteln können. Das hätte man vielleicht sogar noch auf die Reihe bekommen können. An dieser Stelle möchte ich die CDU und die FDP, aber auch die Presse kritisieren, aber auch in die Pflicht nehmen. Man kann sich natürlich sehr an den Auftritten von Herrn Laufenberg weiden, von Skandal reden und die Konfrontation mit Rot-Grün suchen. Viel geschickter wäre es aber gewesen, das Ganze im Stillen zu lösen.

(Katharina Welcker [CDU]: Das haben wir doch versucht! - Zuruf von der FDP: Das haben wir ein Jahr gemacht!

- Ja, aber in der Öffentlichkeit nicht.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Der *Stadt-Anzeiger* führte diverse Gespräche und Interviews mit Herrn Laufenberg. Auch ihm hätte vollkommen klar sein müssen, dass dieses letzte große Interview mit Herrn Laufenberg zum Knall führen wird. Man könnte jetzt böse sagen: Die Presse macht das, um die Auflage zu steigern. Aber meiner Meinung wäre es insgesamt, auch von Ihrer Seite aus, viel besser gewesen, das Problem im Stillen zu lösen und Herrn Laufenberg auch mal zu erklären, warum kein Geld mehr da ist, anstatt auf den Zug aufzuspringen und die Konfrontation zu suchen.

Das ist das, was ich hier anmerken wollte. Ansonsten mache ich mir keine Sorgen über die Zukunft der Kölner Kulturpolitik. Gerade auch in personellen Entscheidungen hat Herr Quander bislang immer das richtige Händchen gehabt. Ich vertraue einfach mal darauf, dass wir in der nächsten Saison einen tollen, fulminanten Neustart hinlegen werden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist viel zu dem Thema gesagt worden. Es ist eine ganze Menge Richtiges gesagt worden; es ist aber auch einiges Falsches und einiges Unsinniges gesagt worden. Deswegen würde ich dazu ganz gerne Stellung nehmen.

Ich möchte sagen, dass das, was Frau Moritz heute Morgen in der Haushaltsrede zum Thema Kultur gesagt hat, und das, was von den Vertreterinnen von Rot-Grün eben gesagt wurde, in vielen Teilen meine volle - - meine Meinung darstellt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist nicht so schwer! Sagen Sie es ruhig!)

- Mir fiel nicht die richtige Formulierung ein. - Es besteht nach meiner Auffassung für Cassandra rufe überhaupt kein Grund.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist eben schon deutlich gesagt worden: Es handelt sich um eine nicht geplante Koinzidenz von Wechseln in Leitungspositionen, die hier zusammenkommt und so nicht geplant war. Aber deswegen von einem Ausbluten der Kölner Kulturlandschaft und der Leitungspositionen zu sprechen, ist schlichtweg unangemessen.

Die Gründe für die verschiedenen Veränderungen sind sehr unterschiedlich gelagert. Auch wenn das hier schon geschildert wurde, lassen Sie es mich dennoch noch einmal kurz rekapitulieren, ohne in die Einzelheiten zu gehen.

Herr Dr. Blühm geht aus ganz persönlichen Gründen. Er geht aus Köln weg an ein Haus,

was sich mit den Sammlungsbeständen des Wallraf-Richartz-Museums in keiner Weise messen kann, das finanziell nicht besser dasteht, sondern größere Schwierigkeiten hat als unser Kölner Haus. Er geht aus ganz persönlichen, aus familiären Gründen, hauptsächlich deshalb, weil er seine Kinder in den Niederlanden an einer niederländischen Schule einschulen will.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das wissen die! Das ist das Verlogene! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das weiß jeder! - Zuruf von der FDP)

Karin Beier - es ist wirklich wichtig, das noch einmal zu erwähnen, auch weil hier gesagt wurde, wir berufen gute Leute nach Köln und sind unfähig, sie zu halten -: Wir haben mit Karin Beier einen Verlängerungsvertrag verhandelt und im Juli 2010 abgeschlossen. Noch während der Pressekonferenz, auf der dies bekannt gegeben wurde, hat Karin Beier gesagt, sie sei trotz der Querelen und Auseinandersetzungen um das Thema Sanierung oder Neubau sowohl von Herrn Oberbürgermeister Roters als auch von mir - wörtlich - nett umworben worden, und das sei ein absolut cooler Vertrag, den wir ihr angeboten hätten. Sie hat aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass in der gleichen Zeit, in der wir mit ihr verhandelt haben, sich viele andere Städte um sie bemüht haben, sie als Intendantin zu bekommen, es aber im deutschsprachigen Raum nur drei Städte gebe, die sie interessieren würden. Unser Pech war, dass Hamburg aufgrund einer bestimmten Situation - das wissen Sie; der dortige Intendant hat hingeschmissen - frei war und das eine der drei Städte war, die Karin Beier interessiert hat.

Im Übrigen möchte ich an der Stelle daran erinnern, dass der in dieser Stadt immer noch sehr hoch - zu Recht sehr hoch - im Kurs stehende Jürgen Flimm genau das Gleiche getan hat. Er hat nämlich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit, nach sechs Jahren, also im ersten Jahr nach seiner Verlängerung, auch die Stadt verlassen. Und wohin? Nach Hamburg, aber nicht ans Deutsche Schauspielhaus, sondern ans Thalia Theater.

Markus Stenz: Auch mit Markus Stenz haben wir einen Verlängerungsvertrag geschlossen. Wenn Markus Stenz diesen voll und ganz erfüllt, was er tun wird, und im Sommer 2014 ausscheidet, dann war er elf Jahre - ein Jahr als Gürzenich-Kapellmeister, zehn Jahre als Generalmusikdirektor - Chef des Gürzenich-Orchesters. Er hat das mit Leidenschaft getan, er tut es mit Leiden-

schaft. Aber er möchte sich verändern, und das ist vollkommen normal in diesen Positionen. Auch ein Claudio Abbado war nicht länger als zehn Jahre bei den Berliner Philharmonikern, ebenso ein Zubin Mehta beim Bayerischen Staatsorchester, James Levine oder Lorin Maazel.

(Ulrich Breite [FDP]: Karajan!)

- Karajan ist die eine große Ausnahme. Der musste bis zum Grabe. Aber das ist die eine große Ausnahme.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Das war nicht die FDP. Zur FDP komme ich noch, Herr Breite.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum letzten Fall, zu Uwe Eric Laufenberg. Das ist in der Tat ein ungewöhnlicher Vorgang. Herr Elster hat es vorhin angesprochen, es ist der zweite Fall in der Geschichte der Bundesrepublik, dass ein Intendant fristlos entlassen wurde. Dem können Sie entnehmen, dass man das nur im äußersten Notfall tut und wenn wirklich gewichtige Gründe vorliegen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle auch etwas dazu sagen, um einer weiteren Legendenbildung vorzubeugen.

Zunächst einmal: Die Stadt Köln hat alle vertraglichen Zusagen an Herrn Laufenberg erfüllt, und zwar vollumfänglich.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

Entgegen anderer Aussagen haben wir den Vertrag erfüllt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Wir haben das vorgesehene, nicht das vertraglich verbindlich für sieben Jahre zugesicherte, künstlerische Budget Herrn Laufenberg zum Amtsantritt zur Verfügung gestellt.

(Martin Börschel [SPD]: So ist es!)

Wir, besser gesagt, Sie haben das künstlerische Budget der Oper zur Spielzeit 2009/2010 um 1,2 Millionen Euro angehoben.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Obwohl dieses passiert ist, wissen wir, seitdem der Jahresabschluss 2009/2010 testiert vorliegt, dass Herr Laufenberg in dieser, seiner ersten Spielzeit, über die wir bislang hier noch gar nicht gesprochen haben, den Opernetat um einen Betrag von in etwa der gleichen Höhe überzogen hat.

(Martin Börschel [SPD]: Hört! Hört!)

Schon in der ersten Spielzeit! Das hat sich dann, nachdem die Stadt aufgrund der finanziellen Situation auch bei den Bühnen kürzen musste, sozusagen lawinenartig fortgesetzt und hätte sich weiter fortgesetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen] - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das muss auch mal gesagt werden! Das ist ein Desaster! - Martin Börschel [SPD]: Aber da schweigt Schwarz-Gelb! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo sind denn jetzt die Schreihälse?)

- Ich komme noch dazu.

Herr Elster hat auf die Pressekonferenz hingewiesen und gesagt, dort sei ein schlecht vorbereiteter Anwalt gewesen. Herr Dr. Kade, der von der Stadt beauftragte Anwalt, ist exzellent vorbereitet. Er ist in allen Vorgängen drin. Er hat deutlich gesagt, dass er sich in einem schwebenden Verfahren nicht über die Gründe, die zur Kündigung geführt haben, öffentlich äußern möchte. Ich glaube, das muss eigentlich allen verständlich sein. Es sollte allen, die Schaden von der Stadt Köln abwenden wollen, am Herzen liegen, dass so verfahren wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wollen die das denn?)

Dass mit den Mitarbeitern der Bühnen noch nicht gesprochen wurde, lieber Herr Elster, hat einen ganz simplen Grund: Sie sind in den Theaterferien. Es ist nur noch eine Rumpfmannschaft, etwa ein Drittel, da, zwei Drittel sind weg. Der Chor zum Beispiel ist schon weg, die Technik ist größtenteils weg, das Ensemble, soweit es nicht noch in den letzten Vorstellungen eingesetzt war, ist auch weg. Daher macht ein Gespräch zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Ich habe zu einer Versammlung zu Beginn der Spielzeit eingeladen. Da werde ich selbstverständlich hingehen und den Mitarbeitern auch Rede und Antwort stehen.

(Martin Börschel [SPD]: Ist das peinlich für Schwarz-Gelb!)

Aber im Augenblick, in den Theaterferien macht das schlichtweg keinen Sinn. Im Gegenteil, das führt zu unnötiger Unruhe.

Ich muss gestehen, Herr Elster, auch ich habe mich immer gewundert, warum Sie - wie hat es Herr Detjen so schön gesagt? - eine schwärmerische Verehrung für Herrn Laufenberg haben.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Ich dachte, das bezieht sich auch auf Herrn Elster. - Nachdem ich das Ende Ihrer Rede gehört habe, habe ich es begriffen. Ich glaube, Sie hatten Rhetorikunterricht bei Herrn Laufenberg. Einen solch schönen Ausbruch kenne ich in dieser Stadt sonst nur von Laufenberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt will ich noch einmal zu Herrn Görzel kommen, der die These aufgestellt hat: Wer in dieser Stadt etwas gut macht, muss gehen. Sie haben den *Deutschlandfunk* zitiert; aber es muss ja nicht deswegen die Wahrheit sein, weil es so im *Deutschlandfunk* kommentiert wurde. - Herr Laufenberg hat es eben nicht gut gemacht. Ich habe es gerade schon gesagt: schon in der ersten Spielzeit mit einer erheblichen Überziehung abgeschlossen, in der zweiten Spielzeit mit einer noch viel höheren, in dieser Spielzeit wieder mit einer, und so würde sich das in den nächsten Jahren nach seinen Planungen fortsetzen. Ein Intendant ist eben nicht nur ein genialer Programmierer oder möglicherweise auch ein genialer Regisseur, sondern er ist auch für die Betriebsleitung verantwortlich.

(Martin Börschel [SPD]: Es geht ja um Konfliktsteuerung!)

Wir haben hier einen Eigenbetrieb nach der Eigenbetriebsverordnung des Landes NRW. Darin ist festgelegt:

Der Eigenbetrieb wird von der Betriebsleitung selbstständig geleitet ... Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung.

Und - hört, hört -:

Sie ist für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich ...

Da kann man nicht nur planen und ausgeben, sondern da muss man auch die wirtschaftliche Führung beherrschen und beachten.

An dieser Stelle, liebe Frau Dr. Bürgermeister, ein Wort zu Ihnen und Ihrer Rüge der unzureichenden Steuerung: Herr Oberbürgermeister sowie ich als zuständiger Beigeordneter in seiner Vertretung, wir sind Dienstvorgesetzte der Mitarbeiter der Bühnen. Uns obliegt nicht die Steuerung der Bühnen. Die Steuerung obliegt der Betriebsleitung gemäß Eigenbetriebsverordnung. Darüber hinaus gibt es ein Aufsichtsgremium. Das ist der Betriebsausschuss unter Ihrer Leitung, liebe Frau Dr. Bürgermeister. Diesem Ausschuss ist zu berichten. Dieser Ausschuss hat zu entscheiden, soweit es nicht Rechte sind, die den Rat betreffen und die der Rat zu entscheiden hat, wie zum Beispiel die Verabschiedung oder die Feststellung des Wirtschaftsplans. Der Betriebsausschuss muss auch die Bühnenbetriebsleitung entlasten. Und das hat der Betriebsausschuss in den zurückliegenden Jahren nie getan. Also: Ich gebe den Blumenkorb, den Sie mir überreicht haben, an der Stelle ein Stück weit zurück und würde vorschlagen, wir schauen uns gemeinsam an, wie wir das in Zukunft besser steuern.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Sie machen doch bestimmt die Vorbereitung der Sitzung!)

- Nein, das macht der Eigenbetrieb.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Aber Sie bereiten doch die Sitzung vor!)

- Nein, wir stellen die Tagesordnung auf, in Absprache mit der Vorsitzenden, und verschicken sie. - Ich will damit nur sagen: Es gibt hier auch Versäumnisse an anderer Stelle. Darauf wollte ich zumindest hinweisen.

Ich will jetzt noch einmal auf ein Thema zurückkommen, das Frau Dr. Bürgermeister hier zu Recht angesprochen hat. Es gibt eine völlig normale Fluktuation in Kulturbetrieben. Da Sie hier vom Ausbluten der Kultur in Köln sprechen: Warum reden Sie denn nicht gleich vom Ausbluten der Kultur im Rheinland? Schauen Sie mal 30 Kilometer den Rhein aufwärts nach Bonn. Im nächsten Sommer wird nicht nur Karin Beier die Kölner Bühne Richtung Hamburg verlassen. Im nächsten Sommer scheidet auch Klaus Weise als Generalintendant der Bonner Bühnen nach zehn Jahren erfolgreicher Arbeit aus. Er hat gerade in diesem Jahr das Bonner Schauspiel zum Theatertreffen nach Berlin geführt. Er scheidet

aus, weil der Rat ihm nicht mehr die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellt,

(Zurufe von der FDP: Die Grünen waren das!)

- und die Schwarzen auch; es war eine schwarz-grüne Ratsmehrheit -, die er meint, zu brauchen. Es kommt ein Nachfolger, der meint, mit dem Geld auskommen zu können. Noch einmal Bonn: Gerade vor drei Tagen ging durch die Presse, dass der Vertrag mit Robert Fleck, Intendant der Bundeskunsthalle, nach drei Jahren nicht verlängert wird. Wenn ich es richtig sehe, untersteht die Bundeskunsthalle einer Bundesregierung, die von Ihren Parteifreunden von FDP und CDU geführt wird.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach nein!)

Nach drei Jahren ist da schon Schluss.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP: Sagen Sie doch mal, warum!)

- Weil er nicht erfolgreich ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Aber Laufenberg war erfolgreich!)

- Aber nicht wirtschaftlich. - Schauen Sie rheinabwärts in die nächstgrößere Stadt, nach Düsseldorf. Dort ist nach nur einer Amtszeit der Vertrag der Schauspielintendantin Amélie Niermeyer, mit hohen Vorschusslorbeeren ausgestattet, nicht verlängert worden. Auch der Nachfolger, Herr Holm, reüssiert nicht, wenn ich die öffentlichen Resonanzen von Presse und Publikum verfolge. Ich bin sicher, dass wir mit Stefan Bachmann einen Nachfolger von Karin Beier haben, der mit wesentlich weniger Geld als das Schauspielhaus Düsseldorf einen hochspannenden Schauspiel-Spielplan auf die Beine stellen wird. Ich würde Sie sehr darum bitten, aber auch warnen, Herrn Bachmann nicht im Vorhinein schlechtzureden, nur weil sie ihn noch nicht kennen. Warten Sie das Ergebnis ab!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein letzter Hinweis dazu: Sie haben die Diskussion um den Fortbestand der Deutschen Oper am Rhein verfolgt. Sie stand auf der Kippe, scheint aber nach dem jüngsten Ratsbeschluss nun gerettet zu sein, weil der Rat der Stadt Duisburg dem Vorschlag meines Duisburger Kollegen Janssen - im Übrigen ein Parteifreund von Ihnen, Herr Elster - nicht gefolgt ist, diese Theaterhe

zu kündigen, sondern sie fortzusetzen, allerdings unter schwierigen Auflagen, nämlich den Zuschuss heftig, um 1,5 Millionen Euro zu kürzen mit dem Ergebnis, dass wahrscheinlich das hoch erfolgreiche und künstlerisch hoch angesehene Ballett der Rheinoper gefährdet ist. Düsseldorf hat schon angefragt, ob wir uns hier nicht für eine Partnerschaft interessieren können. Das ist sicherlich eine interessante Option, aber ich sage: Ohne was in der Tasche wird diese Option schwer umzusetzen sein.

Das heißt: Ich sehe keinen Anlass, hier über ein Ausbluten der Kulturlandschaft aufgrund der personellen Situation zu reden. Im Gegenteil: Wir bekommen eine Menge neuer kreativer Köpfe in die Stadt. Aber - und das kann nicht verschwiegen werden; aber das ist für uns alle auch kein Geheimnis - die finanziell schwierige Situation kann dazu führen, dass auch in der Kultur das eine oder andere, wenn Sie so wollen, ausblutet, so nicht fortgesetzt werden kann wie bislang, zumal die Kommunen immer weniger Spielraum zur Wahrnehmung der ihnen verfassungsmäßig übertragenen Selbstverwaltungsaufgaben haben. Diese sogenannten freiwilligen Aufgaben sind ja nicht deshalb freiwillig, weil man sie einfach weglassen kann, sondern weil sie in die Entscheidungsfreiheit der Städte gestellt sind. Es ist bewusst den Städten anheimgestellt, selber vor Ort zu entscheiden, was sie mit diesen Selbstverwaltungsaufgaben machen. Das sind eben keine gesetzlichen Aufgaben von Bund und Land, wo die Stadt letztendlich nur die Vorgaben erfüllt, also Erfüllungsgehilfe ist, aber keinen Entscheidungsspielraum hat. Meine Damen und Herren, diese Entscheidungen gehören zu Ihren vornehmsten Aufgaben. Lassen Sie sie sich bitte nicht wegnehmen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Professor Quander.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind ja die Gestalter der Aktuellen Stunde. Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass die Dauer der Aussprache auf eine Stunde beschränkt ist. Das heißt, wir können nicht ohne Weiteres überziehen, wenn wir das nicht vorher festgelegt haben. Ich habe noch einige Wortmeldungen gesehen. Das würde dazu führen, dass wir eine zweite Runde einläuten müssten, allerdings mit der Maßgabe, dass diese zweite Runde nicht zu En-

de geführt werden kann, weil nach einer Stunde Schluss sein muss.

(Zurufe von der CDU: Herr Professor Quander hat so lange gesprochen!)

- Ich habe Ihnen doch nur ein Angebot gemacht, der Fairness halber. Wenn jetzt eine zweite Runde eingeläutet würde, müsste sie nach einer Stunde abgebrochen werden. Wir rechnen den Redebeitrag vonseiten der Verwaltung, von Professor Quander, nicht an. Wir hätten also noch zehn Minuten Zeit.

(Winrich Granitzka [CDU]: Das schaffe ich!)

- Ja, Sie schon. Aber alle anderen Fraktionen müssen auch die Gelegenheit haben, sich entsprechend einzubringen. Von daher: Sie sind der Souverän. Ich will das von hier aus nicht beurteilen. Ich meine aber, es würde sich vor dem Hintergrund des Umgangs miteinander empfehlen - es sei denn, Sie haben noch ganz konkrete Fragen; die können selbstverständlich noch gestellt werden -, auf eine zweite Runde zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Sterck hatte sich eben gemeldet und dann Herr Granitzka.

Ralph Sterck (FDP) Ich habe einen Geschäftsordnungsvorschlag. - Herr Quander, ich stehe auch auf der Rednerliste, weil ich auf das, was die Redner vor Ihnen gesagt haben, natürlich noch reagieren will. Ich kann nicht verstehen, dass wir uns angesichts dieses wichtigen Themas von der Geschäftsordnung in dieser Form einbinden lassen. Dass das dem einen oder anderen hier im Hause unangenehm ist, mag ja sein; aber die Sache muss geklärt werden, und sie muss hier und jetzt geklärt werden. Es kann ja nicht sein, dass wir eine weitere Sondersitzung des Hauptausschusses dafür nutzen müssen. Ich möchte, dass die Debatte heute beendet wird und dass wir hier eine zweite Runde aufmachen, in der wir die Chance haben, auf die Redebeiträge von eben zu reagieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Granitzka, zur Geschäftsordnung.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, zur Geschäftsordnung nicht!)

- Es wurde ja gerade der Antrag gestellt, die Geschäftsordnung so weit zu ändern, dass die Debattezeit über eine Stunde hinaus ausgedehnt wird. So habe ich den Antrag verstanden.

(Ralph Sterck [FDP]: Das war die Reaktion auf Ihren Vorschlag, die Debatte zu beenden!)

- Ja, okay. - Es wurde der Antrag gestellt, eine zweite Runde aufzumachen bzw. eine Verlängerung der Debatte vorzusehen. Über diese Änderung der Geschäftsordnung kann hier im Rat abgestimmt werden. Deswegen meine ich, wir sollten jetzt darüber abstimmen, ob wir die Aktuelle Stunde verlängern, ja oder nein. Wer dafür ist, dass hier eine Verlängerung vorgenommen wird, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP, das ist die CDU selbstverständlich sowie Herr Hoffmann und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Geschäftsordnung nicht geändert. Es bleibt bei einer Stunde. - Herr Granitzka.

(Winrich Granitzka [CDU]: Kann ich mich jetzt in den zehn Minuten melden?)

- Ich habe eben von Fairness im Umgang miteinander gesprochen. Natürlich können wir eine zweite Runde innerhalb dieser zehn Minuten machen, auch wenn das nicht gerade besonders prickelnd sein dürfte. Auch wenn Sie noch einiges auf dem Herzen haben, meine ich, den Vorschlag machen zu dürfen, dass wir jetzt keine zweite Runde einläuten, sondern es dabei belassen. Das würde auch dem Gebot der Fairness im Umgang der Fraktionen untereinander entsprechen.

(Beifall bei pro Köln - Henk van Benthem [CDU]: Erst dürfen wir nicht aufstehen, und jetzt dürfen wir nicht reden! Das ist doch keine Demokratie mehr, Herr Oberbürgermeister!)

- Ich sehe, trotz eines inneren Widerspruchs wollen Sie sich darauf einlassen, dass wir die Aktuelle Stunde nicht weiter ausdehnen.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

- Nein, wir können sie nicht über eine Stunde ausdehnen. Das haben wir gerade beschlossen. Es kann noch zehn Minuten dazu geredet werden.

(Henk van Benthem [CDU]: Dann geben Sie ihm doch das Wort! Wir haben noch

zehn Minuten! Je länger Sie reden, desto weniger wird es! - Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Fairnessgründen sollte man an dieser Stelle jetzt die Aktuelle Stunde beenden. Es kann nicht sein, dass eine zweite Runde nur zur Hälfte oder zu einem Viertel durchgeführt wird, in der nur einige Fraktionen ein zweites Mal in die Bütt dürfen, andere aber nicht mehr erwidern können. Ich stelle hiermit den Antrag, die Aktuelle Stunde zu beenden.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das war ein Geschäftsordnungsantrag. - Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister, kann ich dann eine Erklärung abgeben?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, sicher, jederzeit. Eine Erklärung kann abgegeben werden. Danach stimmen wir ab über den Antrag auf Beendigung der Aktuellen Stunde.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich hätte gerne zu Herrn Detjen etwas gesagt; das sage ich jetzt nicht. Ich hätte auch gerne zu Herrn Zimmermann etwas gesagt. Aber zu Herrn Quander muss ich etwas sagen.

(Zurufe von pro Köln)

- Nein, das ist jetzt eine persönliche Erklärung. - Ihnen steht es nicht zu, Mitglieder des Rates hier zu kritisieren,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

noch dazu in einer Form, die satirisch ist, die nicht angemessen ist. Das will ich Ihnen sagen. Wir haben auch darauf verzichtet. Sie, Herr Quander, stehen in der Kritik. Sie stehen genauso in der Kritik wie Herr Laufenberg. Wir finden es nicht angemessen, was Herr Laufenberg gesagt hat. Aber wir finden es genauso unangemessen, was Sie hier gesagt haben. Wir haben

es vermieden, zu erwähnen, dass Zeitungen geschrieben haben, dass es besser gewesen wäre, Sie zu entlassen statt Herrn Laufenberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag auf Beendigung der Aktuellen Stunde. Das ist ein Geschäftsordnungsantrag. Wer dafür ist, dass die Aktuelle Stunde hiermit beendet ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Henk van Benthem [CDU]: Das haben Sie doch schon längst gemacht! Das ist doch schon längst erledigt! - Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

- Es liegt ein Antrag von pro Köln vor, die Aktuelle Stunde zu beenden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Ich bitte um Ruhe. - Wer für den Antrag von pro Köln ist, die Aktuelle Stunde zu beenden, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind für den Vorschlag des Oberbürgermeisters! - Zurufe von pro Köln)

Wer enthält sich? - Niemand.

(Henk van Benthem [CDU]: Das ist unglaublich!)

Okay. Dann haben wir noch zehn Minuten. - Ich gebe nun Herrn Sterck die Möglichkeit, sich zu äußern.

Ralph Sterck (FDP): Ich will es kurz machen, damit auch der eine oder andere noch Gelegenheit hat, etwas zu sagen.

Herrn Professor Quander möchte ich Folgendes sagen: Es ist natürlich das eine - Herr Professor Quander, da waren Sie sehr erfolgreich -, gute Leute nach Köln zu holen. Es ist etwas anderes, gute Leute auch in Köln zu halten. Das ist uns nicht gelungen. Und das ist eine schlechte Werbung für die Stadt, wenn sie wieder neue Leute nach Köln holen will. Diese Leute lesen ja auch die Zeitungsberichte, die eben hier zitiert worden sind, und denken sich: In dieses Tollhaus möchtest du nicht gehen.

Kollege Hoffmann hat richtig darauf hingewiesen, dass von unserem Vertreter Ulrich Wackerhagen mehrfach der Runde Tisch beantragt worden ist. Das wäre eigentlich die Lösung gewesen, um die jetzt offen zutage getretenen Probleme zu klären. Herr Quander stellt sich jetzt hier vorne hin und sagt: Es hat keine Vertragsverletzung gegeben. Ich habe Herrn Wolwin anders verstanden, nämlich dass es diese sehr wohl gegeben hat. Aber das können wir natürlich hier jetzt nicht klären. Mit einem Runden Tisch hätte es aber vielleicht die Möglichkeit gegeben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist eigentlich sträflich, dass die Stadt darauf verzichtet hat, eine solche Möglichkeit zu nutzen, um diese Dinge zu klären. Wir wissen ja, dass bei der Zusammenstellung des Haushaltes die vertraglichen und gesetzlichen Bindungen der Stadt in jedem Fall vorgehen. Uns wird immer gesagt, wir können gar nicht so schnell sparen, weil wir ja gesetzlich oder vertraglich zu diesem oder jenem verpflichtet sind. Wenn wir bei den Bühnen vertraglich verpflichtet gewesen wären, wäre die Sache möglicherweise zu umgehen gewesen. Ich habe zum Beispiel auch in Erinnerung, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, Herrn Laufenberg zu dem China-Engagement geraten haben, auch wenn es eine ganze Menge gekostet hat. Natürlich war es ein großer Erfolg für unsere Stadt, aber solche Aspekte muss man in die Debatte einfließen lassen.

Mir liegt noch ein Letztes auf dem Herzen. Herr Detjen, ich will König Ludwig II. hier in Schutz nehmen. Denn er hat eines geschafft, auch wenn er mit seinem Finanzminister nicht übereingekommen ist: Er hat es geschafft, durch das, was er kulturell geschaffen hat - und das betraf ja nicht nur Richard Wagner, sondern auch den Bau der Schlösser, die den Herrschaften in München gar nicht gefallen haben -, unsterblich zu werden.

(Martin Börschel [SPD]: Bankrott ist er geworden!)

Ich würde mich freuen, wenn in dieser Stadt etwas gemacht würde, was ähnlich nachhaltig ist wie das, was König Ludwig II. für Bayern getan hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beendigung der Ak-

tuellen Stunde. Ich schlage vor, dass die Angelegenheit in den zuständigen Ausschuss, den Kulturausschuss, überwiesen wird. Wer für die Verweisung in den Kulturausschuss ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die Grünen

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Betriebsausschuss, Herr Oberbürgermeister!)

- ja -, die FDP, die CDU, pro Köln, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Damit ist das einstimmig so beschlossen. Ich bedanke mich für die Diskussion.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud durch Herrn Prof. Alfred Neven DuMont hier: Ölgemälde von Georges Méliès "Bildnis eines Mannes", um 1883 2057/2012

Es wird das Ölgemälde „Bildnis eines Mannes“ von Georges Méliès aus dem Jahr 1883 im Wert von 120 000 Euro geschenkt, und zwar von Herrn Professor Alfred Neven DuMont. Gibt es Gegenstimmen? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann bedanke ich mich ganz herzlich bei Herrn Professor Neven DuMont. Die Schenkung ist angenommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Schenkungen zur Ergänzung des Ratssilbers 2034/2012

Herr Botermann, Herr Farina, Herr Veerbeek und Frau Petra Adenauer haben jeweils entsprechende Teile des Ratssilbers geschenkt. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ich!)

Gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ist

dies so angenommen. Ich bedanke mich bei den Schenkern.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Annahme der Schenkung einer Bronzeplakette zur Erinnerung an den Besuch von Charles de Gaulle am 5. September 1962 durch Herrn Konrad Adenauer 2248/2012

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine weitere Gegenstimme von Herrn Ludwig aus der Fraktion Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Herrn Konrad Adenauer.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend "Resolution „Neue städtebauliche Perspektiven durch ein modernes IWZ“ AN/0989/2012

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Frau dos Santos, bitte.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der sehr hitzigen Debatte gerade eben freue ich mich, dass ich zu einem Antrag sprechen darf, mit dem wir allein schon durch die antragstellenden Fraktionen, nämlich die vier großen hier im Rat vertretenen Fraktionen, ein deutliches Zeichen der Einigkeit setzen, was die Zukunft der Fachhochschule in Köln und insbesondere die Zukunftsfähigkeit des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums in Deutz betrifft.

Auch wenn ich Herrn Sterck sicher nicht immer, vielleicht sogar eher selten, recht gebe:

(Martin Börschel [SPD]: Heute weniger denn je!)

In einem Punkt gebe ich ihm recht. Ich zitiere dazu einen Satz aus einer Debatte, in der es, glaube ich, um die Frage ging: Ist der Dom weiterhin Weltkulturerbe, wenn es im Rechtsrheinischen stadtentwicklungspolitische Perspektiven gibt, die auch Hochhäuser zulassen? Herr Sterck hat damals - das ist schon einige Jahre her - gesagt:

Wenn es damals schon den Denkmalschutz gegeben hätte, hätte es den Kölner Dom nicht gegeben.

Ich fürchte, dass der Denkmalschutz in der Tat ab und an Zeichen setzt, die nicht gut sind. Er setzt Zeichen, die rückwärtsgewandt sind, die die Zukunftsfähigkeit nicht darstellen.

Erlauben Sie mir auch noch diese Bemerkung: Ich bin Historikerin, und ich weiß sehr wohl, dass wir in einer Stadt wie Köln auch den Denkmalschutz brauchen, dass wir Gebäude brauchen, dass wir sichtbare Stellen brauchen, die uns an unsere Geschichte erinnern und zeigen, wie die Entwicklung unserer Stadt verlaufen ist. Dennoch: Denkmalschutz verfehlt seine Aufgabe, wenn er rückwärtsgewandt ist und Zukunftsfähigkeit und neue Perspektiven nicht zulässt.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Genau da droht die Gefahr, meine Damen und Herren. Der Vorschlag, das IWZ in Deutz unter Denkmalschutz zu stellen, bedroht die Zukunftsfähigkeit des Ingenieurwissenschaftlichen Zentrums und damit einhergehend auch die Zukunftsfähigkeit der Fachhochschule.

Wir waren uns vor einem Jahr hier im Stadtrat einig: Indem wir in Deutz einen Neubau zulassen, eröffnen wir die Chance, etwas für die Bildung in Köln, gerade auch für die wissenschaftliche Ausbildung in Köln zu tun. Wir schaffen damit die Möglichkeit, hier in der Stadt Menschen auszubilden, die im technischen und ingenieurwissenschaftlichen Bereich in Zukunft dringend gebraucht werden. Das setzt nicht nur arbeitsmarktpolitische und wissenschaftliche Akzente für Deutz. Ich glaube sogar, es besteht die große Chance, eine städtebauliche Perspektive aufzubauen, die das gesamte Areal des Rechtsrheinischen umfasst.

Wir als Stadt haben damals ein deutliches, ein gemeinsames Zeichen gesetzt und gesagt: Wir sind auch bereit, dafür Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, wir alle haben uns darüber gefreut, dass das Land wenige Wochen später gesagt hat: Ja, wir wollen Geld für einen Neubau in Deutz zur Verfügung stellen,

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

und wir möchten das in Zusammenarbeit mit der Stadt realisieren.

Wenn das, was der Denkmalschutz jetzt vorschlägt, nämlich dieses Gebäude in Deutz unter

Denkmalschutz zu stellen, Realität wird, dann verbauen wir ebendiese großartige Zukunftsperspektive. Wir vergeben die Chance, die ingenieurwissenschaftliche Hochschulausbildung mit der technischen Ausbildung in den umliegenden Berufskollegs zu verknüpfen. Wir vergeben die Chance, das ganze Areal neu zu gestalten.

Wir setzen jetzt darauf, dass das Land seine Entscheidungsbefugnis und seine Entscheidungskompetenz nutzt, dass es die eigene richtungweisende Entscheidung von vor einem Jahr bestätigt und an dieser Stelle - ich betone: an dieser Stelle - zu Recht sagt: Hier ist der Denkmalschutz nicht gerechtfertigt, weil die Chancen für die Zukunft wichtiger sind als die Erinnerung an die Vergangenheit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Klipper.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte gar nicht davon sprechen, was vor einem Jahr passiert ist. Ich bin unheimlich dankbar, dass wir die Entscheidung getroffen haben, etwas zu tun. Ich bin aber auch der alten CDU-FDP-Regierung dankbar, dass sie in der letzten Legislaturperiode den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Erneuerung der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen gelegt hat. Dass sich das Projekt nun verzögert, ist schade. Die Entscheidung, das IWZ drüben im Rechtsrheinischen zu bauen, wird von uns akzeptiert.

Ich sage Ihnen auch - deshalb will ich jetzt gar nicht auf den Denkmalschutz eingehen -: Die Landesregierung muss darauf achten, dass sie das jetzt zügig hinbekommt; denn eigentlich sollte die renovierte Hochschule bereits 2013/2014 in Betrieb gehen. Das war auch deshalb so wichtig, weil in diesem Zeitraum die doppelten Abiturjahrgänge an die Hochschulen drängen. Dieser Termin ist natürlich jetzt in weite Zukunft gerückt. Erst haben wir zwei Jahre gebraucht, einen Ort zu finden und das Projekt auszuschreiben; diese Woche wird ja noch das Preisgericht tagen. Wahrscheinlich wird es erst 2017, 2018 oder 2019 fertig sein. Wir als Stadt müssen alles dafür tun - und da liegt meine Sorge -, dies zu ermöglichen, sei es durch Tausch von fremden oder stadtnahen Grundstücken oder anderes, was Sie ja damals geleugnet haben.

Von unserer Seite kann ich Sie daher nur auffordern: Lassen Sie uns vonseiten der Stadt - das geht in Ihre Richtung, Herr Oberbürgermeister - alles dafür tun, dass dieses Objekt möglichst schnell realisiert werden kann. Mit Drohungen, einen Bau, der wirklich marode bis dort hinaus ist, als Industriedenkmal oder als wissenschaftliches Denkmal - ich kenne die Begründung gar nicht - unter Denkmalschutz zu stellen, können wir uns nicht auch noch befassen. Sollten dafür Resolutionen notwendig sein, stimmen wir immer gerne zu, wenn das Verfahren dadurch beschleunigt wird. Aber ich bitte die Verwaltung hier, mit der Verwaltung im Land so zu kommunizieren, dass die Einweihung möglichst schnell, vielleicht sogar schon 2017/2018, erfolgen kann. - Ich danke Ihnen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es kurz vom Platz aus. - Herr Oberbürgermeister! In diesem Kontext müssen wir, glaube ich, kein Symposium abhalten. Vielmehr müssen wir hier im Rat über Denkmalschutz im Allgemeinen, über seine Bedeutung und darüber sprechen, wie er in Zukunft gehandhabt werden muss. Mit diesem Thema haben wir uns ja heute schon mehrfach beschäftigt. Herr Börschel hat es heute Morgen angesprochen, und auch in diesem Falle ist Denkmalschutz wieder ein Thema. Denkmalschutz muss für die Menschen sein, nicht gegen die Menschen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der SPD und der CDU)

Darüber müssen wir auch im Kontext der immer enger werdenden Rahmenbedingungen hier in dieser Stadt reden.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Ja, mit dem Denkmalschutz ist das so eine Sache. Es gab ja mal das Gerücht, dass Herr Krings den Ebertplatz unter Denkmalschutz stellen wollte: als herausragendes Verkehrsbauwerk der 70er-Jahre. Das spielt in den heutigen Debatten über die Neugestaltung des Ebertplatzes Gott sei Dank keine Rolle mehr.

Aber hier haben wir einen Fall, wo uns mit dem Denkmalschutz gedroht wird. Von daher kann ich mich, auch als Begründung für diesen gemeinsamen Antrag, den drei Vorrednerinnen bzw. Vorrednern entsprechend anschließen.

Ich möchte diese Debatte nutzen, um noch einen Aspekt hinzuzufügen. Es ist gesagt worden: Nächste Woche tagt das Preisgericht in der ersten Runde für die Neubebauung. Ich bin der Verwaltung sehr dankbar - wir haben diese Debatte im Stadtentwicklungsausschuss geführt -, dass sie beim BLB, also beim Land, nachverhandelt hat, sodass wir auf die Grundstücke in Richtung Gießener Straße/Deutzer Ring einen besonderen Fokus legen konnten. Diese hatte der BLB ursprünglich nur als Reservefläche für eine spätere Erweiterung vorgesehen. Der BLB tut sich nach wie vor etwas schwer mit diesem Grundstück. Aber wir als Stadt Köln wollen das mit hereinnehmen, weil wir damit die Hoffnung verbinden, dass sich die Fachhochschule an dieser Kreuzung in Richtung der Stadtteile Kalk und Humboldt-Gremberg entsprechend öffnet.

Ich wäre dankbar, wenn alle Vertreter, sowohl die Vertreter der Verwaltung als auch die Vertreter der Politik, nächste Woche im Preisgericht mit darauf achten, dass wir genau diese Chance erhalten und sie dafür nutzen, dass die Fachhochschule im Stadtbild auch deutlich sichtbar ist, statt irgendwo einen Campus zu haben, den man von draußen gar nicht erkennen kann. Ich glaube, da hat die Fachhochschule mehr verdient. Wenn wir als Stadt nächste Woche im Preisgericht gemeinschaftlich auftreten, haben wir die große Chance, genau dafür zu sorgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen zu Herrn Detjen. - Oder hat sich das erübrigt?

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Frau Stahlhofen!)

Ach so. Dann Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Mein Kollege war so freundlich, Bescheid zu sagen, dass ich rede. - Ich mache es auch vom Platz aus. In Anbetracht der Uhrzeit will auch ich mich ganz kurz fassen; denn ich glaube, für Solitärbauten wie zum Bei-

spiel Fußballstadien besteht momentan ein größeres Interesse. Deshalb schnell zum Thema.

Die Linke hat sich von vornherein immer für den rechtsrheinischen Standort ausgesprochen. Wir begrüßen daher sehr die Entscheidung des Landtags von NRW vom 26. Juli 2011, dass es beim Standort Deutz bleibt.

Zum Thema Denkmalschutz. Einerseits tut es mir natürlich schon ein bisschen leid, wenn ein solcher Flügelbau abgerissen wird. Auf der anderen Seite muss man aber sehen - das hat ja auch die Sanierung des Altbaus gezeigt -, dass eine so umfassende Sanierung während des laufenden Betriebs nicht zu leisten ist.

Wir sprechen uns an der Stelle auch für die Resolution aus und freuen uns - da möchte ich mich den Worten von Herrn Sterck anschließen, auch wenn er mir gerade nicht zuhört -, dass sich durch diese Öffnung auch für Kalk, Humboldt etc. eine Chance ergibt. Auch wir halten das für einen ganz wichtigen stadtentwicklungspolitischen Akt. Darum werden wir diesem Antrag bzw. der Resolution auch zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Damit sind wir am Ende der Rednerliste. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Dann können wir der Landesregierung mitteilen, dass dies einstimmig im Rat der Stadt Köln so beschlossen worden ist. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke. sowie der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Keinen Doppelhaushalt 2013/14!" AN/0949/2012

**Stellungnahme der Verwaltung vom 26.06.2012
2368/2012**

Herr Hoffmann, bitte.¹

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Derselbe Bezug wie heute Morgen: Wie wir alle wissen, befindet sich die Stadt Köln wie viele andere Kommunen dieses Landes in einer der schwersten Finanzkrisen ihrer Geschichte. Wir haben heute Morgen den Haushalt 2012 verabschiedet, allerdings wieder nur knapp das rettende Ufer erreicht mit der Gewissheit - so wurde es immer wieder gesagt -, dass hinter uns die Sintflut kommt. Schuld sind eine bisher unzureichende Haushaltskonsolidierung sowie eine schwache und nur schwer einzuschätzende wirtschaftliche Entwicklung. Steuererhöhungen sind nicht die Lösung, sondern Augenwischereien bezüglich der Probleme. Eine Rückführung der Nettoverschuldung auf Null ist vielleicht - ich glaube nicht daran - in zehn Jahren zu erwarten. Von der Tilgung der Schuldenlast ist keine Rede mehr. Die Handlungs- und Gestaltungsunfähigkeit dieses Gremiums tritt immer deutlicher zutage. Aber es wurden heute Morgen Signale gesendet, dass man aufeinander zugehen will, um vielleicht doch noch gemeinsam aus dieser Finanzmisere herauszukommen.

Ist der eine Haushalt verabschiedet, Frau Kämmerin, muss der nächste eingebracht werden. Viel Arbeit! Wir kennen die Möglichkeit der Aufstellung eines Doppelhaushaltes. Ob dies zum derzeitigen Zeitpunkt allerdings angebracht ist, wagen wir zu bezweifeln; denn die Ausgangslage für die Erstellung eines Haushaltes ist schon für das kommende Jahr sehr, sehr schwer und noch unsicherer für das zweite Jahr eines Doppelhaushaltes.

Lassen Sie mich hier ganz kurz sechs Gründe gegen das Ansinnen der Aufstellung eines Doppelhaushaltes aufzeigen.

Erstens. Die derzeitigen Haushaltsprobleme zeigen, dass die Voraussage künftiger Entwicklungen schon für einen kürzeren Zeitraum sehr schwer sein wird. Eine verlässliche Prognose wäre somit mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Zweitens. Der Doppelhaushalt schränkt unserer Meinung nach die Budgethoheit des Stadtparlamentes für das zweite Haushaltsjahr ein. Es

¹ Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes übernimmt die Sitzungsleitung.

bleibt nur die Möglichkeit für Nachtragshaushalte. Dabei ist es unbedingt angebracht, nach einem Jahr neu zu beraten, einen Haushalt neu aufzustellen und nicht nur an den Stellschrauben zu drehen, sondern auch Strategien neu zu überdenken.

Drittens. Wie bei einem Jahreshaushalt müssen auch bei einem Doppelhaushalt zwei getrennte Haushalte aufgestellt werden. Der arbeitswirtschaftliche Aspekt zeigt keine signifikanten Unterschiede.

Viertens. Zurzeit ginge die Aufstellung eines Doppelhaushaltes zulasten von Planungsgenauigkeit. Darunter litten auch Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Fünftens. Haushaltssanierung, insbesondere durch Behebung des strukturellen Defizits, ist mittel- bis langfristig angelegt, sollte jedoch jedes Jahr auf den Prüfstand.

Sechstens, einer der wichtigsten Punkte. Der Bürgerhaushalt wäre bereits zum zweiten Mal auf zwei Jahre angelegt. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ernst zu nehmen, sie an einer jährlichen Diskussion über das Sparen, die Ausgaben und die Einnahmen zu beteiligen, muss unser Ziel sein; denn nur stetiges Eingebundensein in eine der wichtigsten Aufgaben dieser Stadt, dem Verwalten von Geldern, wird das Interesse an unserer politischen Arbeit steigern. Und das sollte insbesondere auch dann stattfinden, wenn Wahlen, egal welcher Art, anstehen; demnächst gibt es ja bekanntlich zwei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen in diesem Stadtparlament, lassen Sie uns zusammen mit der Verwaltung - das wurde ja heute Morgen schon angekündigt - diesen Weg in Zukunft gehen. Bauen wir durch eine jährliche Aufstellung und rechtzeitige Verabschiedung des Haushaltes zusammen mit einem Bürgerhaushalt, der allerdings anders gewichtet werden muss, die Distanz zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern und der Politik ab! Bieten wir ihnen alles nur Erdenkliche an Möglichkeiten, sich einzubringen! Unterstützen Sie den Antrag der Linken, Deine Freunde und den Freien Wählern Kölns! - Danke.

(Beifall bei der Linken. und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Ich möchte nur ganz kurz auf die Punkte 1 und 3 unseres gemeinsamen Antrags eingehen.

Ziel unseres Antrags ist unter anderem auch, dass wir mit der Einbringung des Haushaltes 2013 im Oktober dieses Jahres mehr Planungssicherheit für die freien Träger im kulturellen und sozialen Bereich schaffen wollen. Der heute Vormittag sehr spät verabschiedete Haushalt 2012 brachte und bringt gewaltige Probleme für die freie Szene mit sich.

Die Kölner Theaterzeitung *aKT* berichtet in der März-Ausgabe dieses Jahres von dramatischen Zuständen und schildert recht eindringlich, welche Auswirkungen nicht auszählbare Projektförderungen für freie Gruppen haben. Was nützt eine Willensbekundung des Kulturamtes, wenn klamme Kulturveranstalter keine Mittel ausgezahlt bekommen können? Auch unsere Ratskollegin und kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Brigitta von Bülow, stellt in der Theaterzeitung fest, dass „die Haushaltsverschiebung“ - gemeint ist 2012 - „eindeutig zulasten der freien Träger“ geht und sieht die große Gefahr, „dass gewachsene Strukturen zerstört werden“.

Die Verwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag, dass ein Doppelhaushalt 2013/2014 „den freien Trägern Planungssicherheit für zwei Jahre gewähren“ würde. Würde aber der Doppelhaushalt 2013/2014 wieder derart spät verabschiedet, ist die Planungssicherheit der freien Träger schnell dahin. Deswegen, liebe Kämmerin, wünschen wir uns lieber einen zügig und fristgerecht aufgestellten Haushalt 2013 statt eines wieder verspäteten Doppelhaushaltes.

Welche Auswirkungen die vorläufige Haushaltsführung etwa im Jahr 2010 auf die Projektförderung durch das Kulturamt hatte, kann man sehr schön, besser gesagt, sehr schaurig in einer Antwort der Verwaltung vom 29. Juni 2010 nachlesen. Seitenweise listete Herr Quander damals auf, welche Projekte nicht realisiert werden konnten. Um dieses in Zukunft zu vermeiden, möchten wir die Verwaltung dringend bitten, es dem Rat zu ermöglichen, den Haushalt 2013 fristgerecht zu verabschieden. Ferner wäre es sehr zu begrüßen, wenn, wie in Punkt 3 gefordert, die Kämmerin einen Weg finden würde, freien Trägern im sozialen und kulturellen Bereich mehrjährige Haushaltssicherheit zu gewährleisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Danke schön, Herr Zimmermann. - Herr Böllinger, bitte.

Werner Böllinger (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Eigentlich dachte ich, wir hätten die Haushaltsberatungen hinter uns; aber nun lassen wir sie teilweise wieder aufleben. - Ich möchte zunächst auf die Stellungnahme der Verwaltung hinweisen, in der sie überzeugend dargestellt hat, von welchen unverzichtbaren Rahmenbedingungen die Aufstellung eines Haushaltsplanes und die mittelfristige Finanzplanung zeitlich wie auch inhaltlich bestimmt werden.

Wenn wir aus der Haushaltsplanberatung einen eindeutigen Schluss ziehen wollen, dann diesen: dass wir mit Sicherheit vor schwierigen Konsolidierungsentscheidungen stehen, die ein sorgfältiges - vor allen Dingen ein sorgfältiges - Vorgehen und Abwägen erfordern. Dabei ist zwangsläufig zunächst einmal die Verwaltung am Zug. Es obliegt ihr, Vorschläge zu erarbeiten und sie uns vorzulegen. Dies ergibt sich im Übrigen auch aus der Gemeindeordnung, auf die ich aber jetzt nicht näher eingehen will. Bei allen Vorschlägen hat die Verwaltung selbstverständlich einen eigenen Ermessensspielraum. Den sollten wir ihr auch nicht nehmen. Wir sind daher gegen Denkverbote, und wir wollen auch keine Vorfestlegungen.

Die Verwaltung sagt in ihrer Stellungnahme, dass sie selbst bislang keine Vorfestlegungen für einen Einzelhaushalt oder für einen Doppelhaushalt getroffen hat. Daran wollen wir uns orientieren, zumal neben den vielen Nachteilen, die es möglicherweise gibt und die im Antrag wie in den Wortbeiträgen beschrieben worden sind, mit Sicherheit auch eindeutige Vorteile für einen Doppelhaushalt sprechen. Nicht ohne Grund wird bereits seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland über die Sinnhaftigkeit von Doppelhaushalten kontrovers diskutiert. Insoweit lehnen wir den vorliegenden Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Böllinger. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Liebe Frau Bürgermeisterin, es ist für mich wie immer eine Ehre, sprechen zu dürfen, wenn Sie hier die Sitzung leiten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich

war etwas verunsichert ob dieses Antrags. Ich dachte, Herr Detjen von den Linken würde dazu reden. Stattdessen redete der Kollege Klaus Hoffmann.

(Jörgen Detjen [Die Linke.]: Taktik, Herr Breite!)

Die Linke hat ja diesen Antrag mit unterschrieben. Das finde ich schon sehr erstaunlich. Das freut mich aber auch; denn das zeigt: Die Linke ist anscheinend lernfähig. Immerhin sind Sie von der Linken die Urmutter der sozialistischen Fünfjahrespläne.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und der CDU)

Nichtsdestotrotz sprechen Sie sich jetzt gegen einen Doppelhaushalt aus. Auch wenn sicherlich ein gehöriger Schuss Opportunismus bei der Ablehnung der Aufstellung eines Doppelhaushaltes mitschwingt, so ist diese Forderung richtig, Herr Detjen. Ich beglückwünsche Sie, dass Sie dieses auch erkannt haben.

(Zustimmung bei der Linken.)

- Ja, dafür dürfen Sie sich auf die Schulter klopfen lassen. Das kommt ja nicht so häufig vor, ein Lob von den Liberalen.

2008/2009 hatten wir schon einmal einen Doppelhaushalt; Sie werden sich daran erinnern. Auch damals lautete die Argumentation, insbesondere auch vonseiten der FDP, dass man den Wählerinnen und Wählern keinen reinen Wein einschenken wollte, weil die Kommunalwahl 2009 bevorstand. Auch wir haben die Sorge - darum kann ich den Antrag gut verstehen -, dass man den Haushalt nur deshalb schon in 2013 verabschieden will, weil 2014 wieder eine Wahl bevorsteht

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird preiswerter!)

und die Ratsmehrheit bzw., wie ich immer sage, die Börschel-SPD Ruhe im Karton haben möchte, statt mitten im Wahlkampf eine Diskussion über den Haushalt führen zu müssen. Und das halten wir für falsch. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu wissen, was jedes Jahr auf sie zukommt, insbesondere mit Blick auf das Neue Kommunale Finanzmanagement, das künftig zur Anwendung kommt. Wir werden ja heute noch über die Eröffnungsbilanz reden und sie vermutlich auch beschließen. Da sehen wir ja, welche Probleme mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement auf uns zukommen, allein

schon bei den Bewertungen. Die Stadt Köln hat zum Haushaltsjahr 2008 ihre Haushaltsplanung und das Rechnungswesen darauf umgestellt. Das heißt, die Jahre 2009 fortfolgende müssen entsprechend der aufgestellten Eröffnungsbilanz verändert werden. Da hilft meiner Meinung nach ein Doppelhaushalt nicht. Wir müssen schnell die Werkzeuge, die wir haben, nutzen, um die Stellschrauben zu positionieren.

Darum glaube ich, dass allein wahltaktische Gründe für die Aufstellung eines Doppelhaushaltes sprechen. Das halten wir für falsch. Der Haushalt ist zu wichtig. Die jahresbezogene Haushaltsaufstellung ist insbesondere auch deshalb fortzuführen, damit der politische Wille des Rates deutlich wird. Das ist bei einem Doppelhaushalt so nicht möglich. Darum werden wir den Antrag unterstützen. Selbstverständlich kann das nur eine Bitte sein - so ist es auch im Antrag formuliert -; denn die Kämmerin bzw. der Stadtvorstand können das selbst beschließen, das ist ihr Recht. Aber wir haben das Recht, darauf hinzuweisen, wie wir es gerne hätten. Bei Zustimmung zu diesem Antrag würde zum Ausdruck kommen, was wir als Rat wollen, nämlich: keinen Doppelhaushalt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Breite. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Frau Bürgermeisterin! Herr Böllinger, wir sind überhaupt nicht für Denkverbote; ganz im Gegenteil: Wir haben diesen Antrag gestellt, damit man relativ früh denkt und die Verwaltung frühzeitig über das Gedachte informiert,

(Michael Zimmermann [SPD]: Weiß, was sie tun soll, oder was?)

sie frühzeitig anspricht und sagt: Hallo, eine große Mehrheit im Rat, nämlich fast die Hälfte: CDU, FDP und Linke, ist dieser Meinung.

(Michael Zimmermann [SPD]: Fast die Hälfte ist nicht die Mehrheit!)

- Ja, klar: fast die Hälfte. Aber Kollege Zimmermann, der Haushalt ist ja nicht allein Sache von Rot-Grün, sondern der Haushalt ist Sache von uns allen. Von uns allen! Alle beteiligen sich daran.

(Zuruf von Michael Zimmermann [SPD])

- Ihr Zwischenruf ist ja ein bisschen verräterisch. - Das ist ein Prozess, an dem sich alle beteiligen. Deswegen muss man als Kämmeri hinhören, wenn gesagt wird: Hallo, eine große Minderheit - jetzt sage ich es mal andersherum - ist der Meinung, man soll den Haushalt jährlich aufstellen. Das würde mich als Verwaltung schon stark interessieren, weil ich diese Minderheit - im Übrigen auch Ihre CDU, die Sie ja gerade umgarnen -

(Lachen bei der SPD und der CDU)

in diesen Prozess einbeziehen will. Deshalb verfolgen wir die Politik, zu sagen: Hallo, lasst uns das frühzeitig klären. Wir, diese Parteien - Herr Breite hat es ja angesprochen; wir haben das auch schon öfter diskutiert -, sind der Meinung, wir wollen das jährlich haben und wollen mit der Verwaltung frühzeitig darüber reden.

Herr Böllinger, selbstverständlich muss die Verwaltung sorgfältig abwägen, aber natürlich im Rahmen von § 78 der Gemeindeordnung. Darin heißt es: In der Regel ist der Haushalt jährlich aufzustellen, im Ausnahmefall kann er auch zweijährlich gemacht werden. Das heißt: Die jährliche Aufstellung wird als Regel angesehen. Wenn ich über sorgfältige Abwägung nachdenke, denke ich also erst mal im jährlichen Rhythmus, ehe ich dazu komme, zu sagen: Okay, in diesem Fall mache ich es einmal zweijährlich. Sie tun hier so, als würden Sie es sorgfältig tun und müssten es deshalb verschieben - wie wir es in Kölle ja immer machen, es mal wieder zu verschieben. Das ist doch die Frage. Uns gefällt das aber so nicht. Wie gesagt, es ist eine qualifizierte große Minderheit der Meinung, wir sollten das jährlich machen. Wenn ich Verwaltung wäre, würde ich mir auf jeden Fall genau überlegen, was ich jetzt machen würde.

Ich möchte hier noch auf eine Sache hinweisen. Wir haben eine Anfrage zur vorläufigen Haushaltsführung gestellt. Für die Verwaltung bedeutete es einen Riesenaufwand, die Antwort darauf zusammenzustellen; denn die Frage lautete: Welche Auswirkungen hat es, wenn der Haushalt verschoben wird? Alle Dezernate mussten darauf antworten. Das Spannende ist, dass schlussendlich die Gelder - wir haben das mal ausgerechnet; ich glaube, es waren 5 Millionen Euro - später ausgezahlt wurden. Das heißt, die Verwaltung zahlt das Geld im Großen und Ganzen sowieso aus. Es ist ja nicht so, dass das Geld nicht ausgezahlt wird. Es wird nur ein Riesenbrimborium darum gemacht. Die Leute, die Initiativen, die Träger, alle sind unruhig und nervös. Die Verwaltung muss alles fünfmal rechnen. Es wird ein

Riesenaufwand betrieben, wenn wir nicht in diesem Rhythmus sind. Ich möchte Ihnen allen ans Herz legen, die Antwort der Verwaltung noch einmal genau nachzulesen. Wir machen einen Popanz aus der ganzen Sache, statt kontinuierlich, Jahr für Jahr, diesen Haushalt zu machen, wie das zum Beispiel auch beim Landschaftsverband die Regel ist. Im Landschaftsverband wird das seit Jahren jährlich gemacht. Auch wenn sich die Situation dort anders darstellt - er hat mit anderen Problemen zu kämpfen -: Dort ist es möglich.

Deshalb mein Appell an die Kämmerin und an die Verwaltung: Lassen Sie uns versuchen, diesen Haushalt jährlich aufzustellen und es nur in Ausnahmefällen anders zu handhaben!

Abschließend möchte ich mich für die Unterstützung vonseiten der CDU und der FDP bedanken. Ich glaube, das ist ein gegenseitiges Unterstützen. Wir ziehen da an einem Strang und werden auch in dieser Frage nicht lockerlassen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken. - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Neue Freunde! - Weitere Zurufe und Gegenrufe - Heiterkeit)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich sehe, hier ist noch gute Stimmung; ich höre Gelächter. Das sollte uns zu denken geben.

Wir haben heute Vormittag die Haushaltssatzung verabschiedet. Da hätte das Thema hineingehört. Deshalb müssen Sie sich die Frage gefallen lassen: Ist das nur ein Schaufensterantrag, oder meinen Sie das ernst? Wir finden, dass das ein ernstes Anliegen ist. Wir haben es auch in die Haushaltsplanberatungen mit eingebracht, insbesondere als wir darauf hingewiesen haben, dass ein Doppelhaushalt verknüpft mit den neuen Koalitionsbeschlüssen im Land verheerende Folgen haben könnte. Das wollen wir Ihnen noch einmal aufzeigen.

Stellen Sie sich einmal vor, man entscheidet sich hier dafür, einen Doppelhaushalt im Jahr 2014 aufzustellen. In dem Fall wäre es rechtlich möglich, dass Sie beispielsweise Ende 2014 einen Doppelhaushalt verabschieden - wobei die Kommunalwahl im Frühjahr 2014 stattfindet.

Daran sieht man - das wurde auch heute Morgen immer so gesagt -, dies kann nur ein Übergangshaushalt sein. 2014 werden Sie so richtig zuschlagen, und danach kommt eine Amtsperiode von insgesamt sechs Jahren. Der Bürger kann Sie also erst sechs Jahre später wieder abwählen. Dann haben wir so was wie eine Demokratie nach dem EU-Kommissar-Modell. Man kann da ein Parlament wählen, das hat aber nichts zu sagen. Es muss hier auf jeden Fall verhindert werden, dass die Kämmerin erst nach dieser Kommunalwahl in die Giftküche geht und mit einer Liste der Grausamkeiten wieder herauskommt. Das müssen wir unserer Bevölkerung ersparen.

Von daher ist der Antrag natürlich richtig. Er ist zwar unehrlich; denn er hätte heute in die Haushaltsplanberatungen gehört. Nichtsdestotrotz stimmen wir ihm zu. Das sollten Sie alle bitte auch tun, im Sinne unserer Bürger. - Danke.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Frau Bürgermeisterin! Mir fällt nach den letzten beiden Reden jetzt wirklich nichts mehr ein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann sind wir mit der Rederunde durch. Jetzt warten wir auf die Worte der Kämmerin. Bitte.

Stadtkämmerin Gabriele C. Klug: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich kann mich sehr kurz fassen; denn es stimmt ja, was Herr Detjen gesagt hat. Alle Argumente sind vorgetragen worden. Weil diese kompliziert und vielfältig sind, vor allem aber auch weil es für uns als Verwaltung eine sehr große Aufgabe ist, jetzt zeitnah mit dem 2013er-Haushalt die Restrukturierung dieser Verwaltung auf den Weg zu bringen, um die Sanierungsziele, die Sie ja heute im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die kommenden Haushalte verabschiedet haben, tatsächlich mit Leben zu erfüllen, ist es für uns noch nicht entschieden, ob wir einen Doppelhaushalt machen oder ob wir Ihnen den 2013er-Haushalt gesondert zur Abstimmung vorschlagen.

Das ist eine Entscheidung, die der OB und ich sehr gründlich beraten müssen; denn die Argumente, die Sie hier vorgetragen haben, sind richtig und zutreffend. Was wir machen, wollen wir nicht politisiert machen, um irgendetwas zu erreichen, sondern um das Bestmögliche - da komme ich auf Herrn Hoffman und Herrn Zimmermann im Besonderen zurück - für die Stadtgesellschaft in einer schwierigen, in einer Sanierungszeit auf den Weg zu bringen.

Lassen Sie mich den Blick auf den Finanzplanungszeitraum ein Jahr plus drei Jahre lenken. Den müssen wir ausschöpfen. Den müssen wir nutzen, um unseren Sanierungskurs konsequent weiter fortzusetzen. Dabei wird das Kriterium: „Wie erreichen wir das am besten mit unserer hier arbeitenden Verwaltung?“ für den OB und mich im Vordergrund der Entscheidung stehen. Das möchte ich Ihnen hier heute ganz eindeutig sagen. - Vielen Dank.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU, die FDP, die Linke, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und pro Köln. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU und der FDP)

Eine Stimme fehlt an der Mehrheit.

(Henk van Benthem [CDU]: Und der Oberbürgermeister? Der ist gar nicht anwesend!)

- Der Oberbürgermeister enthält sich.

(Henk van Benthem [CDU]: Der Oberbürgermeister ist doch gar nicht da! - Beifall bei der CDU und der FDP - Gegenruf von der SPD: Bei der CDU fehlt auch einer!)

Wer enthält sich der Stimme? - Keine Enthaltungen. Dann bleibt es dabei. Es fehlt an der Mehrheit.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Erarbeitung eines Konzepts gegen die Ausbreitung des islamistischen Extremismus und Salafismus"
AN/0980/2012

Bitte schön.

Judith Wolter (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 1. Mai in Solingen und am 5. Mai in Bonn haben Salafisten und andere islamische Extremisten ihr wahres Gesicht gezeigt. Mit Steinen, Gullydeckeln, Messern und angespitzten Fahnenstangen gingen sie auf Polizisten und Passanten los. Sie haben während des Landtagswahlkampfes 34 Personen zum Teil schwer verletzt. Im Zuge der Ermittlungen gegen einzelne Salafisten kam es in Bonn auch zur Anklage wegen Mordversuchs. Des Weiteren wurde festgestellt, dass die Anschläge in Solingen und Bonn detailliert geplant waren. In Köln konnte am 8. Mai nur ein Großangebot von 1 000 Polizisten weitere Ausschreitungen verhindern.

Verdeutlichen Sie sich einmal Folgendes: Als pro NRW um 10 Uhr morgens die Kundgebung in Solingen startete, hatte das Verwaltungsgericht erst kurz zuvor entschieden, dass die Westergaard-Karikaturen gezeigt werden dürften. Wie sich im Zuge der Ermittlungen herausstellte, befanden sich in der Moschee der mittlerweile verbotenen Millatu-Ibrahim-Gemeinde aber schon vor diesem Zeitpunkt mehrere Gewehre, angespitzte Fahnenstangen und Hunderte Steine. Es wurde sich also bewusst auf diese Ausschreitungen vorbereitet, unabhängig davon, ob irgendwelche Karikaturen gezeigt würden oder nicht.

Unter den festgenommenen Salafisten befand sich auch ein verurteilter Terrorist. Mohamed Mahmoud plante 2008 Anschläge auf Fußballstadien in Österreich und der Schweiz während der damaligen EM. Nur durch Zufall konnten seine Pläne in einem al-Qaida-Internetforum entdeckt werden. Er wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

In Bonn spielten sich noch viel schlimmere Szenen ab. Im Internet wurde damals schon zu Gewalt und Märtyrerattacken aufgerufen. Zudem wurde europaweit für die Gegenkundgebung mobilisiert. Und es kam, wie es kommen musste: Auch wenn die Salafisten die Karikaturen kaum sehen konnten, reichte dies aus, damit sie insgesamt 29 Polizisten verletzten. Zwei Polizisten wurden so schwer verletzt, dass sie notoperiert werden mussten.

Es stellt sich die Frage, wieso jemand Messer auf eine Demo nimmt, der einer friedlichen Religion angehört. Unter den Teilnehmern in Bonn befanden sich mit Reda Seyam und Denis Mahmadou Cuspert zwei der führenden Köpfe der Salafisten in Deutschland. Seyam wird mit den

Terroranschlägen in Bali, bei denen 202 Menschen starben, in Verbindung gebracht. Er saß mehrere Untersuchungshaft in Indonesien und ist dann mithilfe des BKA nach Deutschland gebracht worden. Mittlerweile hat er die deutsche Staatsbürgerschaft. - Im Zuge der bundesweiten Razzien vor zwei Wochen sind im Cusperts Wohnung in Berlin mehrere Sprengstoffgürtel gefunden worden. Zudem ist er mehrfach wegen illegalen Waffenbesitzes vorbestraft und saß deswegen auch mehrere Jahre im Gefängnis. Aktuell ruft er in diversen Internetvideos zum „Heiligen Krieg“ auf.

Doch wie ist die Situation der Salafisten in Köln? Ibrahim Abou-Nagi, Initiator der bundesweiten Koranverteilungen, ist wohnhaft in Köln-Esch. Er gibt an, Unternehmer zu sein, bezog aber in Wahrheit über Jahre hinweg Hartz IV. Er betreibt mit dem Verein „Die wahre Religion“ einen der größten salafistischen Vereine in Europa. Bundesinnenminister Friedrich hat gegen diesen Verein ein Verbotverfahren eingeleitet, weil von diesem eine Gefährdung für die freiheitlich demokratische Grundordnung ausgeht.

Wir fragen uns, wieso von der Stadt Köln jahrelang nichts gegen diese Gefahr unternommen wurde. Wir fragen uns, wieso eine solche Person jahrelang mit Steuermitteln alimentiert wird. Wir fragen uns, wie eine solche Person sich drei Wohnungen und zwei Lagerhallen leisten kann. Wir fragen uns, wie eine solche Person eine bundesweite Koranverteilung organisieren kann. Hätte er nicht von der zuständigen Agentur für Arbeit während dieser Zeit Vorstellungsgespräche, Weiter- und Umschulungsmaßnahmen als Auflage für seine staatliche Hilfe bekommen und absolvieren müssen?

(Beifall pro Köln)

Wieso mussten erst 34 Menschen zum Teil schwer verletzt werden, damit die Politik dieses Thema überhaupt erst auf die politische Tagesordnung setzt?

Sie mögen ja von den Mohammed-Karikaturen halten, was Sie möchten. Aber Opfer der Gewalttaten waren schließlich Polizisten als Repräsentanten des deutschen Rechtsstaates. Das ist das eigentlich Besorgniserregende. Wir fordern daher von der Stadt Köln ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des islamischen Extremismus und vor allem des Salafismus.

Die Journalistin Sybille Georg hat über vier Monate die As-Sahaba Moschee in Berlin besucht. Geleitet wird diese unter anderem von ebenje-

nem Reda Seyam. Durch Tonmitschnitte wurde deutlich, welche Hasspredigten dort gehalten werden. Wir dürfen nicht länger mit ansehen, wie sich der Extremismus unter dem Banner des Halbmondes hier immer weiter ausbreitet.

(Beifall pro Köln)

Die Stadt Köln ist verpflichtet, die Bevölkerung vor solchen Extremisten zu schützen. Besonders brisant ist dabei, dass die Spielart des radikalen Islams ihre Anhänger bevorzugt bei Jugendlichen rekrutiert. Deshalb muss die Aufklärung darüber bereits im Jugend- und Schulbereich einsetzen und nahtlos in den Moscheegemeinden fortgesetzt werden. Dann könnten angeblich gemäßigte Islamverbände -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Bitte zum Schluss kommen.

Judith Wolter (pro Köln): - ich bin sofort fertig - nachprüfbar unter Beweis stellen, dass sie es ernst meinen mit ihren Integrationsbekundungen. - Danke schön.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ich möchte über diesen Antrag abstimmen lassen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 3.1.4:

3.1.4 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten" AN/0867/2012

Änderungsantrag der Fraktion pro Köln AN/##/2012

Stellungnahme der Verwaltung vom 28.06.2012 2428/2012

Frau Manderla, bitte.

Gisela Manderla (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! „Es darf keine Tabus mehr geben“, so schreibt der *Kölner Stadt-Anzeiger Online* am 4. Mai 2012. Dieses Tabu

bezieht sich auf die Verhältnisse und Problematiken des Brüsseler Platzes. Unser Antrag heute mit dem Titel „Symposium zum geänderten Freizeitverhalten junger Erwachsener in Großstädten“ geht jedoch weit über die Problematik des Brüsseler Platzes hinaus. Das ist für uns nur die Spitze des Eisberges.

Wie wichtig das Thema nicht nur im Moment, sondern schon seit längerem in unserer Stadt ist, zeigt auch die aktuelle Ausgabe der *StadtRevue*, eigentlich nicht so sehr der CDU zugeneigt, die sich auf mehreren Seiten positiv mit uns und unserem Anliegen befasst.

Meine Damen und Herren, Köln ist eine junge, eine jung gebliebene, eine dynamische Stadt mit zum Beispiel 70 000 Studentinnen und Studenten. Auf diese Stadt sind wir stolz. Für diese Stadt müssen wir Lösungen finden.

Wir haben inzwischen ein vollkommen verändertes Freizeitverhalten. Wir haben andere Ladenöffnungszeiten. Wir haben andere Zeiten der Berufstätigkeit. Menschen wollen sich in der Stadt treffen, und sie wollen sich an öffentlichen Plätzen treffen. In Köln gibt es aber nur ganz, ganz wenige kleine Plätze, an denen die Menschen sich treffen können und die zudem so gestaltet sind, dass die Anwohner mit solchen Treffen teilweise nicht einverstanden sind. Aber das ist nicht die einzige Problematik.

Am Brüsseler Platz hat man zum Beispiel festgestellt, dass die Lärmbelästigung, auch wenn sich keine Gruppen dort treffen, so hoch ist, dass sie eigentlich belästigend ist. Es gibt viele Probleme, die die Plätze in dieser Stadt betreffen. Wer würde sich denn heute gerne am Rudolfplatz treffen oder am Neumarkt? Da komme ich zu einem Punkt, den wir schon seit 2008 diskutieren: Der Masterplan von Albert Speer ist immer noch nicht umgesetzt. Das müssen wir in den nächsten Jahren schaffen.

Deshalb sollten wir, vielleicht auch auf internationaler Ebene, mit Fachleuten diskutieren; denn mit Fachleuten können wir Erfahrungen aus anderen Städten mit den Erfahrungen, die wir in Köln gemacht haben, und mit den Ansätzen, die ja bereits da sind, diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Dazu sind wir da. Die Politik ist gefordert, Lösungen für alle Bürger und Bürgerinnen zu finden.

Ich will noch auf die Stellungnahme der Verwaltung zu unserem Antrag eingehen. Darin schreibt Herr Oberbürgermeister Roters bzw. seine Verwaltung: Seit der WM 2006 ist ein verändertes

Freizeitverhalten zu beobachten. - Nein, meine Damen und Herren, das gibt es nicht nur aufgrund von Public Viewing; dieses veränderte Freizeitverhalten gibt es schon länger. - Weiter heißt es dort: Dieser Trend ist kein kölnspezifisches Phänomen. - Natürlich nicht, das gebe ich zu. - Und natürlich ist das Mediationsverfahren nicht gescheitert. Das muss fortgesetzt werden, auf jeden Fall.

Aber was mir überhaupt nicht gefällt, ist der Satz: „Die Stadt Köln hat bereits alle Lösungsmöglichkeiten eruiert.“ - Woher wollen Sie denn wissen, dass alle Lösungsmöglichkeiten eruiert worden sind? Wir haben über ein eventuelles Alkoholverbot in Innenstädten, das es in anderen europäischen Studentenstädten auch gibt, überhaupt noch nicht gesprochen. Wir haben noch nicht über Flaschenverbot gesprochen. Wir haben das Problem des Wildpinkelns nicht in den Griff gekriegt. Und was ist mit Drogenkonsum und Drogendeal? Ich glaube, dass wir diese Probleme in den nächsten Jahren für unsere Stadt in den Griff bekommen müssen. Deshalb hilft uns diese Mitteilung der Verwaltung als Rechtfertigung überhaupt nicht weiter.

Ich glaube, das von uns vorgeschlagene Symposium wäre ein guter Weg, Lösungen für die Menschen, für diese wunderschöne, jung gebliebene Stadt Köln zu finden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Manderla. - Herr Dr. Heinen, bitte.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Ich kann das auch kurz vom Platz aus machen; kein Problem. - Frau Manderla, Ihre Ausführungen in allen Ehren: Aber diesen Antrag können wir nicht annehmen. Ich will Ihnen auch sagen, warum nicht.

Das Erste. Ich bekomme einfach nicht überein, wie Sie als Christdemokraten so extrem unterschiedliche Gesellschaftsbilder vermitteln können, ohne rot zu werden. Auf der einen Seite unterstützen Sie rückwärtsgewandte Verhaltensmuster, die das Betreuungsgeld auslösen. Auf der anderen Seite präsentieren Sie sich als urbane, moderne Volkspartei. Das passt nicht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Oh!)

Das Zweite. Ihr Antrag enthält ja auch eine recht ausführliche Begründung. - Inhaltlich stimme ich allerdings mit dem überein, was die Verwaltung gesagt hat; dem ist nichts hinzuzufügen. Insofern kann ich das vom Platz aus machen. - In Ihrer Begründung schreiben Sie - ich zitiere -:

Wer in einem inhaltlich hochstehenden Job bis 22.00 Uhr arbeitet, ... sucht den Ausgleich bei ähnlich lebenden Menschen.

Ich frage Sie: Was ist denn mit der Verkäuferin bei Aldi: Gilt für sie das moderne Freizeitverhalten nicht? Das intendiert dieser Antrag. Ein sehr merkwürdiges Gebaren.

(Beifall bei der SPD)

Aber eines möchte ich Ihnen zugutehalten, nämlich dass Sie in der Haushaltssitzung von Sparvorschlägen geredet haben; Sie hatten ihre schwarzen Schweine aufgestellt. Insofern mache ich einen Vorschlag, wie wir mit Ihrem Antrag verfahren sollten - das sollte für Sie eigentlich unwiderstehlich sein -: Da dieses Symposium natürlich auch Geld kostet, stecke ich Ihren Antrag einfach in eines Ihrer Sparschweine.

(Dr. Ralf Heinen [SPD] steckt den Antrag in das auf dem Tisch von Henk van Benthem [CDU] stehende schwarze Sparschwein - Heiterkeit und Beifall bei der SPD und pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Dr. Heinen. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Ich mache es auch vom Platz aus. - Ich habe ja schon in meiner Haushaltsrede das veränderte Freizeitverhalten thematisiert. Das legen übrigens nicht nur Jugendliche an den Tag, sondern die Bevölkerung insgesamt. Man fährt eben nicht mehr zur Bergischen Kaffeetafel oder am Wochenende mal kurz in die Eifel, sondern man bleibt gerne in Köln, in unseren Parks, Grünanlagen usw. Dieses Phänomen ist eine Herausforderung. Das verlangt auch eine Reaktion unserer Stadtentwicklung.

Trotzdem kann ich dem Symposiumsvorschlag nicht zustimmen. Ich finde, wir sollten mit Symposien, Tagungen, Konzeptstellungen ein bisschen zurückhaltend sein, bis wir einen Überblick haben. Es gibt nämlich schon massig Untersuchungen dazu. Der Städtetag hat sich damit be-

schäftigt, das Difu hat sich damit beschäftigt, in Fachzeitschriften wird das diskutiert. Ich bin sicher, dass auch die Verwaltung dieses Phänomen schon mitbekommen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Moritz. - Herr Görzel, bitte.

Volker Görzel (FDP): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade schon in dem Beitrag von Frau Moritz angeklungen: Es werden immer wieder Symposien zu irgendwelchen Themen, je nach Couleur und Ausrichtung, durchgepeitscht oder eben nicht. Ich darf daran erinnern, dass wir just vor einem Jahr an einem sommerlich heißen Tag das Fach-Symposium „Winterdienst“ durchgeführt haben, eine wunderschöne Veranstaltung, die Geld gekostet hat, deren Nutzen aber durchaus überschaubar war. Gleichwohl haben einige von Ihnen diesem Symposium beigewohnt. Ich darf daran erinnern, dass wir auf Antrag der Börschel-SPD ein Symposium zur Vergabepraxis der Stadt Köln, getarnt als Fachtagung, durchgeführt haben. Auch zu diesem Thema, liebe Frau Moritz, finden regelmäßig Expertentagungen statt.

Gleichwohl ist es wichtig, das Thema, was die CDU hier heute auf die Tagesordnung gesetzt hat, mit Ernsthaftigkeit, mit Seriosität zu betrachten. Ich denke, wir sind den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern am Brüsseler Platz, in der Friesenstraße und an anderen Hotspots unserer Stadt eine seriöse und sachliche Auseinandersetzung mit diesem Thema schuldig.

Die Probleme des Nutzungskonflikts im urbanen Raum beschäftigen nicht nur unseren Rat hier, sondern auch den Stadtentwicklungsausschuss, den Kulturausschuss, die Bezirksvertretungen usw. In der Tat, wir brauchen einen Austausch von Informationen, einen Austausch von Ansätzen, vor allem aber brauchen wir den Austausch mit den Betroffenen. In dieser Hinsicht ist uns jedes Mittel recht, wenn es dazu führt, dass der Austausch in alle Richtungen stattfindet. Gleichwohl möchten wir anregen, Herr Granitzka, dass dieses Symposium einen bestimmten Kostenrahmen nicht überschreiten darf. Ich bin der Auffassung, die Kosten für ein solches Symposium müssen dann gekappt werden, wenn sie die Kosten beispielsweise des Vergabe-Symposiums übersteigen.

Ein wenig verwundert - das möchte ich hier schon anmerken - bin ich ob der sehr vorauseilenden Stellungnahme der Verwaltung. Liest man diese Verwaltungsmitteilung, traut man seinen Augen nicht. Ganz zum Schluss heißt es da: „Die Durchführung eines solchen Symposiums macht ... für die Stadt Köln keinen Sinn ...“ An anderer Stelle wird jedoch ausgeführt, dass wir unsere Kölner Experten zu sämtlichen Symposien der Nation schicken, darunter auch zu einer Fachtagung zu diesem Thema in München.“ - Mit anderen Worten: Unsere Leute fahren durch die Bundesrepublik, aber wir wollen hier in Köln so etwas nicht durchführen. Hier scheint mir der politische Wunsch der Börschel-SPD eine etwas vorauseilende Verwaltungsstellungnahme beflügelt zu haben.

(Beifall bei der FDP - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das macht die immer!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier als Vertreter einer liberalen Partei. Ich möchte an dieser Stelle für meine Partei und meine Fraktion betonen, dass das Thema „Nutzungskonflikte in urbanen Räumen“ ein Freiheitsthema ist.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Was?)

Erst gestern haben wir erfahren, dass die neue Landesregierung „zero tolerance“ beim Rauchen in gastronomischen Betrieben walten lassen möchte. Dies muss in diese Diskussion mit einfließen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass zunehmend Menschen, die sonst in den Kneipen ihr Bierchen getrunken haben, deswegen vor die Kneipen gehen, also Parallelkneipen aufmachen. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Frau Manderla, die Antwort auf die Nutzungskonflikte kann nicht sein, Alkoholverbote durchzusetzen. Die Antwort kann nicht sein, Flaschenverbote zu verlangen. Die Antwort kann auch nicht sein, wie es insbesondere die Grünen jetzt im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben, den Ladenschluss vorzuverlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Freiheitsthema. Es hat etwas mit dem Freiheitsverhalten und mit dem Freizeitverhalten zu tun. Vor diesem Hintergrund sind wir Liberale äußerst aufmerksam, äußerst sorgfältig und werden den Finger stets in die Wunde legen, wenn unter dem Deckmantel eines anderen Interesses die Bürgerrechte und die Bürgerfreiheiten in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen und in Köln beschnitten werden sollen. Deswegen: Lassen Sie uns das diskutieren, aber nicht vorschnell Verbote fordern! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Stellvertretend für den Oberbürgermeister danke für Ihren Redebeitrag, Herr Görzel. - Jetzt Herr Uckermann.

(Zuruf von der SPD: Schneller!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich mache ich das schneller. Ich bringe die Sache nämlich jetzt auf den Punkt. - Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag zu diskutieren, der ein Symposium vorsieht. Ursprünglich war ein Symposium mal ein philosophisches Gespräch. Aber beim Thema Brüsseler Platz geht es nicht um philosophische Gespräche, sondern es geht darum, dass man die Bürger schützen muss, und zwar vor Ungerechtigkeit.

Der Brüsseler Platz ist als reines Wohngebiet ausgewiesen. Dort leben Menschen, seit es da Bebauung gibt. Das sind Menschen, die sehr wohl froh sind, dass sie in einer Großstadt leben. Das sind Menschen, die sehr wohl Toleranz dafür haben, dass es da auch mal etwas lauter werden kann. Aber das, was die Menschen, die am Brüsseler Platz leben, ertragen müssen, würde in keinem anderen Wohngebiet geduldet. Diese Menschen bitten darum, dass wenigstens um 24 Uhr Ruhe eintritt, damit sie zur Ruhe kommen und in den Schlaf finden können. Dabei hilft ihnen keiner von Ihnen.

Sie gehen dorthin und versprechen ihnen, Ihren Wählern: Wir kümmern uns darum. Aber wie sieht dieses Kümmern aus? Die Stadtverwaltung hat einen Mediator eingesetzt. Dieser hat das Ganze jetzt ein Jahr lang betreut. Ergebnis: trotz Umbaumaßnahmen gleich null. Eine andere Fraktion hat versprochen, das zum Dauerthema im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen zu machen. Was hatten die Bürger davon? Nichts ist geschehen. Nichts haben Sie verbessert. Wie man jetzt auf die Idee kommen kann, das mit dem Freiheitsgedanken zu verbinden, halte ich für schwierig. Was heißt denn Freiheit in Ihrem Sinne: dass da überhaupt keine Regeln mehr gelten und die Mehrheit entscheidet?

Dort hat sich eine Masse festgesetzt. Dort treffen sich Leute zum Feiern, die das in ihren eigenen Wohnquartieren nicht machen würden. Sie behaupten hier immer, das sei ein Konflikt zwischen den Bürgern vor Ort. Wenn Sie mit den

Anwohnern sprechen, tun Sie so, als würden die einen nachts um 22 Uhr Ruhe haben wollen und die anderen nachts um 22 Uhr Spektakel auf dem Platz machen wollen. Nein, so ist es nicht.

Es ist auch nicht so, dass sich diese Situation seit langer Zeit entwickelt hat. Vielmehr hat es einen einschneidenden Zeitpunkt gegeben, nämlich als Sie vor vier Jahren ein großes Areal am Aachener Weiher gesperrt und an einen Biergartenbesitzer verpachtet haben. Dort hat es keinen gestört, wenn sich die Leute um 24 Uhr getroffen haben und laut gewesen sind. Als die Leute dort nicht mehr hingehen konnten, haben sie sich ein Ausweichquartier gesucht, und das ist der Brüsseler Platz. Das heißt, die Leute, die da abends stehen, sind nicht etwa diejenigen, die dort wohnen.

Es muss doch eine Möglichkeit geben, dafür zu sorgen, gerade auch in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, dass Menschen sich an gewisse Regeln zu halten haben. Es ist ein Menschenrecht, dass man nachts zur Ruhe kommen kann. Diese Anwohner sind tolerant. Sie haben ja selber Maßnahmen ergriffen, beispielsweise indem sie ihre Schlafzimmer mit der Küche getauscht haben in der Hoffnung, dass sie, wenn sie nach hinten heraus schlafen, mehr Ruhe haben.

Vielleicht kann Stadtdirektor Kahlen auch noch etwas zu den Lärmmessungen sagen; das habe ich jetzt vermisst. Es ist eben so, dass dort in einer Wohnung im dritten Stock um 22 Uhr abends mehr Lärm gemessen wird als am Flughafen, und das in einem reinen Wohngebiet. So etwas muss doch nicht sein. Wir wollen auch, dass die Menschen feiern können, aber bitte nicht auf Kosten anderer Leute.

(Beifall pro Köln)

Sagen Sie doch nicht immer: Hauptsache, die Mehrheit. Das heißt doch nichts anderes, als dass Sie einfach Stimmen kriegen wollen. Sie haben überhaupt keine Grundpositionen mehr. Es war früher mal ein Markenkern der CDU, dass sie eine Ordnungspolitik gemacht hat, die ordoliberal geprägt war. Aber daran halten Sie sich schon lange nicht mehr. Ich meine, es ist ja schon ein Ding, dass die *StadtRevue* inzwischen zur Hauspostille der CDU geworden ist. Sie biedernd sich bei Leuten an, von denen Sie meinen, dass sie hipp sind, nur weil sie in der Mehrheit sind und am Brüsseler Platz das machen, was sie in ihrem Wohnquartier nicht machen würden.

Ich weiß natürlich um die Konflikte in Ihrer Partei, Herr Granitzka. Sie sind ja heute sehr sprachlos geworden. Ich nehme an, zu diesem Thema kommt von Ihnen gar nichts, obwohl das ein ganz zentrales Thema ist. Da werden Sie von Ihrem Stadtbezirksverband Innenstadt aufgefordert: CDU-Ratsfraktion, mach doch mal was! Aber statt Maßnahmen vorzuschlagen, sagen Sie: „Man muss ein Symposium machen“ - also im eigentlichen Sinne ein Gelage zu philosophischen Themen. Das hilft weder den Anwohnern noch den Menschen, die sich irgendwo treffen wollen. Sie selber haben das Problem verursacht, indem Sie die Leute damals vom Aachener Weiher, wo es keinen gestört hat, vertrieben haben. Da sind die Leute eben zum Brüsseler Platz gezogen. Das ist Ihr Versagen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Jörg Uckermann (pro Köln): Ja, natürlich komme ich zum Schluss. - Darum haben wir uns erlaubt, einen Ersetzungsantrag zu stellen; das heißt, Ihren Antrag abzusetzen und stattdessen einen Antrag zu verabschieden, der allen gerecht wird. Wir schlagen nicht nur vor, dass ein vernünftiges Nutzungskonzept für den Brüsseler Platz aufgestellt wird, mit dem alle leben können, das klar regelt, dass ab einer bestimmten Zeit wie auch auf dem Böllplatz - -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie wollten zum Schluss kommen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Nun haben Sie bitte noch ein bisschen Geduld.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Nein, ich habe keine Geduld. Sie können den Satz jetzt noch zu Ende bringen, und dann ist gut.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

Jörg Uckermann (pro Köln): Gut. Dann muss ich diesen Antrag in der nächsten Ratssitzung erneut stellen. Zur Not müssen wir dazu eine Sondersitzung machen.

(Unruhe)

- Ja, natürlich. Das interessiert die Bürger ja. Das ist ein ganz elementares Thema.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Redezeit ist beendet. - Ich bitte jetzt die nächste Rednerin ans Pult. Frau Stahlhofen, bitte.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist unglaublich! - Jörg Uckermann [pro Köln]: Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag, Frau Bürgermeisterin! Sie hat die ganze Zeit geschwätzt! Tolle Demokratie!)

- Halten Sie sich bitte mit Ihren Äußerungen zurück!

(Markus Wiener [pro Köln]: Das ist aber so!)

Bitte schön, Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin! - Meine Damen und Herren von der CDU, obwohl Sie den beschlossenen Haushalt noch heute Morgen als dramatisch empfanden, schlagen Sie jetzt vor, Geld für ein Symposium auszugeben, das Lösungsmöglichkeiten bringen soll, die Anwohner und die Verwaltung schon alle kennen. Es gibt Anträge, die man eigentlich gar nicht erst stellen sollte. Aber sei's drum!

(Beifall bei der Linken.)

Die Linke würde, wenn dieses Geld in die Hand genommen würde - also Konjunktiv über Konjunktiv -, eher ein soziales Projekt zur Konfliktlösung allgemein bevorzugen. Sie haben natürlich recht: Es gibt ein geändertes Freizeitverhalten von Menschen und dadurch mehr Konflikte zwischen Anwohnern und Besuchern. Es ist aber nicht so, dass es an Ideen mangelt, den schwierigen Konflikt am Brüsseler Platz zu befrieden. Manche Vorschläge wie das helle Licht ab 24 Uhr haben sich als untauglich erwiesen. Andere Vorschläge wie die Ansprache der Besucher durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes haben sich als auf Dauer zu aufwendig dargestellt. Nun soll die erweiterte Gastronomie auf dem Platz eine Lösung bringen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt.

Zum Freizeitverhalten der Raucher will ich noch etwas ganz Persönliches sagen. Hier stimme ich der FDP ausnahmsweise absolut zu. Die Verschärfung führt tatsächlich dazu, dass die Leute

draußen auf der Straße stehen, sei es am Brüsseler Platz, am Ebertplatz oder anderswo. Die Landesregierung sollte noch einmal darüber nachdenken, wie sie mit solchen Konflikten, die per Gesetz heraufbeschworen werden, in Zukunft umgehen will.

Moderne Stadtentwicklung trägt sowohl den Bedürfnissen von Anwohnern als auch den Unterhaltung suchenden Großstädtern Rechnung. Für die Konflikte, die trotzdem entstehen werden, gibt es leider keine passgenaue Lösung aus dem Werkzeugkoffer, den wir in einem Symposium zusammentragen müssten. Keine Gemengelage ist wie die andere. Ob für den Brüsseler Platz oder für das AZ: Man muss passgenaue Lösungen finden.

Einer Maßnahme, die beispielsweise am Brüsseler Platz für mehr Ruhe sorgen würde, verweigern sich die Herren der CDU jedoch beharrlich, nämlich einer stärkeren Begrenzung der Ladenöffnungszeiten. Stecken Sie das Geld, das Sie für das Symposium aufwenden wollen, in Ihr schwarzes Sparschwein! - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Frau Stahlhofen. - Bitte schön.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz: Die CDU legt mit diesem Antrag den Fokus auf junge Erwachsene, also Menschen ab 18. Halten Sie einen etwa 50-Jährigen auch noch für einen jungen Erwachsenen?

(Zurufe von der CDU: Klar!)

- Wunderbar. Okay. Das ist eine Definitionsfrage; alles klar.

Ich glaube, eine Veranstaltung zu initiieren, sei es nun ein Symposium oder wie immer man sie benennen will, wäre für die Stadt, speziell für diese Stadt, ganz wichtig. Allerdings müsste sie der Frage nachgehen: Wie hat sich das Verhalten von Jugendlichen und von Menschen bis ins hohe Alter hinein verändert, und welche Reaktionen erfordert das vonseiten der Stadt?

Ich werde diesem Antrag zustimmen. Allerdings rege ich an, dass man, wenn man eine solche Veranstaltung wirklich plant, die Formulierung „junge Erwachsene“ ersetzt durch „Menschen in dieser Stadt“ und die Fragestellung ergänzt: Was

hat sich hier in den letzten Jahren verändert, und wie sieht das in Zukunft aus? - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Hoffmann. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Zunächst lasse ich über den Ersetzungsantrag von pro Köln abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Ersetzungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der CDU. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU, Herr Hoffmann und die FDP. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

3.1.5 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Straßenschäden durch Baustelle an Großmoschee sollen vom Verursacher bezahlt werden" AN/0983/2012

Spricht niemand dazu? - Herr Uckermann, sprechen Sie vom Platz aus?

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Immer bei Ihnen! Das wissen Sie doch!)

Jörg Uckermann (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Elfi Scho-Antwerpes, ich stehe Ihnen doch gerne hier zur Seite. Zumindest sind Sie ja nicht so sprachlos wie Ihr Kollege von der CDU. Von daher mache ich das immer sehr gerne, zumal Sie es stets versäumen, unsere Anträge korrekt aufzurufen. Normalerweise ist es in einer Debatte üblich, dass man beim Aufruf eines Tagesordnungspunktes auch sagt, worum es geht.

Hier geht es um Straßenschäden, die durch den Bau der Großmoschee an der Venloer Straße und an der Fuchsstraße verursacht worden sind. Da wird man natürlich fragen: Handelt es sich dabei nicht um eher kleine Schäden? Nein, da ist ein ganz gravierender Schaden entstanden. Um diesen zu beseitigen, musste die Fahrbahndecke an der Venloer Straße komplett erneuert werden. Die Straße war deshalb über mehrere Wochen gesperrt, was für die Geschäftsleute an der Venloer Straße mit einem enormen Einnahmenverlust einherging. Diese tun sich eh schon sehr schwer, insbesondere natürlich durch den Bau

der Großmoschee. Inzwischen merken viele, dass sich dort etwas verändert. Kaufkräftige Kundschaft zieht weg. Einzelhändler, die keine Filialisten sind, sagen: Hier kann man kein Geschäft mehr machen; das wird hier zu einem orientalischen Bezirk, das ist nichts mehr für Einheimische.

Nichtsdestotrotz - das ist der Sinn unseres Antrages - bitten wir darum, die enormen Kosten für die Beseitigung dieser Bauschäden jetzt nicht auf die Anlieger umzulegen. Es ist unser Ziel, dass das zum Beispiel in der Fuchsstraße nicht über KAG-Gebühren geregelt wird. Das würde nämlich bedeuten, dass die Anwohner, die jetzt schon leiden, noch dafür bezahlen müssten, dass ein Bauherr die Infrastruktur kaputtmacht. Wir sagen: Hier muss das Verursacherprinzip greifen. Hier muss der Moscheebau-Betreiber die enormen Schäden wiedergutmachen und bezahlen.

Des Weiteren stellen wir fest, dass wir dort eine Art von Dauerbau ruine haben. Wir hören schon den Ruf nach Steuergeldern. Das gilt insbesondere für die Nebenbauten. Da wird gesagt: Mensch, das ist doch eine kulturelle Einrichtung. Kann das nicht von der Stadt später angemietet werden? Dadurch hätte man eine bessere Finanzierung beim Bau. - Auch dazu sagen wir klipp und klar: Wir wollen keine Manifestation von Parallelgesellschaften haben. Hier braucht die Stadt gar keine Zusagen zu machen, dass sie sich in kleinere Nebenbauten in diesem Moscheebereich einmietet. Wir fordern klipp und klar: Kein Steuergeld für diese Großmoschee! In dem Sinne bitte ich Sie alle, meinem Antrag zuzustimmen. - Danke.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das ist pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 3.1.7 rufe ich auf:

3.1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Diesjährige Durchführung der Weihnachtsmärkte in Köln" AN/1093/2012

Herr Marx, bitte.

Werner Marx (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit ihrem unverwechselbaren Charme verzaubern die Kölner Weihnachtsmärkte Groß und Klein. Engel sowie funkeln-de Sterne und der Duft nach gebrannten Mandeln und Glühwein laden zum stimmungsvollen Bummeln

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Claus Ludwig [Die Linke.]: Das ist der Stadtrat einer Großstadt!)

und Stöbern in die festlich geschmückte Innenstadt ein.

Mit diesem Text wirbt die Stadt Köln für ihre über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannten und unverändert beliebten Weihnachtsmärkte.

Angelockt von diesem Zauber strömt jedes Jahr eine Vielzahl von Besuchern in das adventliche Köln. Viele von ihnen verbinden einen solchen Besuch auch mit einer Städtereise nach Köln, um die Vorweihnachtszeit in der festlich geschmückten Domstadt besonders zu nutzen. In diesem Jahr ist am 23. Dezember jedoch gleichzeitig der vierte Advent, sodass sich der Zeitraum der Weihnachtsmarktdauer aufgrund der bestehenden Regelungen verkürzt. Sowohl aus touristischer Sicht der Besucher als auch aus wirtschaftlicher Sicht der Aussteller stellt sich dieser Umstand als nicht gewinnbringend dar.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die CDU-Fraktion dafür aus, die Weihnachtsmärkte ab dem 22. November 2012 mit einem Ruhetag am 25. November 2012, dem Totensonntag, durchzuführen. Andere Städte in Nordrhein-Westfalen, zum Beispiel Düsseldorf, Dortmund und Essen, haben diesem Umstand bereits Rechnung getragen und den Beginn ihrer Weihnachtsmärkte auf den 22. November 2012 vorverlegt. Schaffen auch wir in unserer Stadt eine Win-win-Situation für Köln, die Aussteller und die Besucher. Daher sollte der Rat der Stadt Köln diese Chance für Köln ergreifen und dem vorliegenden Antrag von CDU und FDP zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Marx. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Werte Frau Bürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! *Nicht nur zur Weihnachtszeit*, das ist ja eine bekannte Erzählung von Heinrich Böll. Dies scheint auch auf Ihre beiden Fraktionen zuzutreffen, weil mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer wieder versucht wird, die Verkaufsspanne für Weihnachtsmärkte auszudehnen. In 2012 stehen ununterbrochen 28 Tage für den Weihnachtskommerz zur Verfügung. Das ist eine stolze Zeitstrecke, die meines Erachtens reichen muss. Wir sollten es hier nicht übertreiben.

Ich selbst gehöre keiner Religionsgemeinschaft an und habe mit den Feiertagen wenig am Hut. Aber mich wundert schon, dass sich eine Fraktion, die das „C“ im Namen führt, über bestimmte Dinge einfach hinwegsetzt und der ungehemmten Kommerzialisierung der Weihnachtszeit das Wort redet.

(Beifall bei der Linken.)

Deshalb müssen wir wahrscheinlich jetzt ihre christliche Pflicht übernehmen, und diese besteht darin, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Frank. - Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es war eigentlich nur interessant, festzustellen, mit welcher Begründung unser Antrag abgelehnt wird; denn dass er abgelehnt wird, stand ja schon vorher fest.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ihnen geht es doch gar nicht um Weihnachten, Herr Houben! Geben Sie es zu!)

Ich finde es schon interessant, dass die SPD gar nichts dazu sagt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ich sage auch nichts dazu!)

Herr Frank, dass Sie sagen, wir müssten uns schon aus ideologischen Gründen gegen den Kalender wehren, ist schon ein tolles Ding.

(Beifall bei der FDP)

Wir fordern in unserem Antrag ja nicht mehr, als den Leuten auch in diesem Jahr ungefähr genauso viele Tage zu geben wie in den Jahren davor. Es geht auch nicht darum, die Dauer von

20 auf 28 Tage zu verlängern. In den Vorjahren hatten wir sogar immer mehr als 28 Tage.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Manchmal 29, manchmal 27! - Michael Zimmermann [SPD]: Dazu fällt einem nichts mehr ein!)

Was wird das für Folgen haben?

(Michael Zimmermann [SPD]: Jedes Jahr neu!)

Was wird das denn für Folgen haben, Herr Zimmermann? Wenn wir davon ausgehen, dass genauso viele Menschen wie in den Jahren davor kommen, bedeutet das eine zusätzliche Belastung der Innenstadt: noch mehr Probleme am Busterminal, noch mehr Gedränge in der Innenstadt. Da können Sie natürlich sagen: Das wollen wir nicht; wir hoffen, dass weniger Leute kommen.

(Manfred Wolf [FDP]: Ja, genau!)

Ist das das Ziel, das Sie verfolgen? Das würde aber den Ausführungen von Herrn Börschel und anderen zum Thema Tourismus widersprechen, es sei doch toll, dass so viele Leute nach Köln kommen. Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie mehr Tourismus? Dann müssen Sie doch zumindest die Bedingungen der letzten Jahre sicherstellen und es nicht zur ideologischen Frage machen, ob am Totensonntag geschlossen ist.

Herr Frank, es hat meiner Meinung nach auch nichts mit der Frage zu tun, dass man, wenn man einer bestimmten Religionsgemeinschaft angehört, nicht auf den Weihnachtsmarkt geht. Auch das halte ich für eine etwas irre Auslegung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Houben!)

- Ja, gut.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie müssen schon genau zuhören! Aber diese Mühe machen Sie sich ja nicht mehr!)

- Herr Frank, leider mache ich mir immer die Mühe, Ihnen zuzuhören. Sie sollten es bitte bei der FDP auch tun.

(Beifall bei der FDP sowie von ~~Herr~~ van Benthem [CDU])

Wir nehmen es mit großer Gelassenheit zur Kenntnis, dass Sie diesen Antrag nun mit Ihrer großen Mehrheit ablehnen werden. Aber seien Sie versichert: Wir wollen, dass Köln weiter prosperiert. Das ist natürlich manchmal auch mit Unannehmlichkeiten verbunden. Aber wir werden nicht ruhen, dieses Thema immer wieder in den Rat einzubringen. Sie können das natürlich wieder und wieder ablehnen. Aber jammern Sie bitte hinterher nicht herum über schlechte Presse oder sinkende Einnahmen bei bestimmten Steuern, die Sie selbst eingeführt haben!

(Michael Zimmermann [SPD]: Die Besucherzahlen gehen nicht zurück, sondern steigen!)

Deswegen: Lehnen Sie mit Freude ab und profilieren Sie sich an der Stelle! Wir können das nicht nachvollziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Schönen Dank, Herr Houben. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Sehe ich keine. Dann lasse ich über diesen Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die CDU, die FDP und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Hoffmann. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Weiterhin städtische Unterstützung für linke Hausbesetzerszene in Köln?" AN/0828/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06.2012 2415/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dieser - wie soll ich es freundlich umschreiben - sehr wortkargen Antwort der Verwaltung gibt es selbstverständlich Nachfragen. Nur, ich kann diese Nachfragen erst stellen, wenn der zuständige Dezernent auch wieder anwesend ist. Ich vermute mal, dass wahrscheinlich Stadtdirektor

Kahlen dafür zuständig ist. Wer auch immer, ich kann die Nachfragen nur stellen, wenn die zuständigen Dezernenten wieder da sind.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Frau Berg, würden Sie bitte dazu Stellung nehmen? - Sie hatten sich vertan, Frau Berg ist zuständig.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Berg ist zuständig. Das ist ja schön. Es ist ja von Herrn Roters -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Dann hören Sie doch auch zu.

Markus Wiener (pro Köln): - direkt gekennzeichnet. Die Nachfrage kommt doch noch, Frau Bürgermeister. Vielleicht einfach mal zuhören!

(Zurufe)

In der Stellungnahme der Verwaltung heißt es auf unsere erste Frage, ob es richtig sei, dass die Stadt Köln nach Ausweichobjekten für die Hausbesetzerszene in Köln-Kalk sucht und ob dies unter Mitwirkung der Stadtverwaltung und auf Anweisung des Oberbürgermeisters erfolgt: „Ja, dies entspricht den Tatsachen.“ - Gleichzeitig antworten Sie auf unsere nächste Frage: „Die Stadt unterstützt weder Hausbesetzer noch Linksextreme.“ - Nun mag man ja vielleicht trefflich darüber streiten können, ob es sich bei den Hausbesetzern um Linksextreme handelt.

(Martin Börschel [SPD]: Bei Ihnen handelt es sich auf jeden Fall um Rechtsextreme!)

Meine konkrete Nachfrage: Verstehe ich es richtig, dass die Stadt Köln, wenn sie sagt, sie unterstütze keine Hausbesetzer, dieses Vorgehen, nämlich in fremdem Eigentum stehende Gebäude zu besetzen, nicht als Hausbesetzungen und nicht als kriminellen und illegalen Akt versteht? - Das ist die erste Nachfrage.

In der Antwort der Verwaltung heißt es auf unsere dritte Frage, welche Ausweichquartiere für diese Hausbesetzerszene in Betracht kommen: „Derzeit stehen keine geeigneten Ausweichquartiere zur Verfügung ...“ Darauf bezieht sich meine zweite Nachfrage, nämlich: Ist das der Grund dafür, dass der Kaufvertrag mit der Sparkassentochter immer noch nicht geschlossen worden ist? Es wurde ja hier im Stadtrat vor einigen Mo-

naten beschlossen, dass die Stadt die ehemalige KHD-Werkskantine in Köln-Kalk von der Sparkasse kauft, dass das zügig zu erfolgen hat und dass das Objekt vorher geräumt sein muss. Nun sind einige Monate ins Land gezogen, und es ist bisher noch gar nichts geschehen. Darum meine Nachfrage: Ist der Grund dafür, dass bisher gar nichts geschehen ist, dass noch keine Ausweichquartiere zur Verfügung stehen? - Vielen Dank.

Beigeordnete Ute Berg: Zunächst muss ich feststellen, dass Sie hier sehr viel weitergehende Fragen stellen, als Sie in Ihrer Anfrage gestellt haben. Die Anfrage haben wir beantwortet, und zwar in der Form, wie sie Ihnen vorliegt. Die Stadt unterstützt keine illegalen Hausbesetzer. Wir haben lediglich gesagt: Wir suchen nach Ersatzquartieren, und das stimmt. Dass wir noch keine gefunden haben, stimmt auch. Mit irgendwelchen Verträgen, sei es mit der Stadtparkasse oder anderen, was Sie jetzt konstruieren, hat das alles überhaupt nichts zu tun.

Markus Wiener (pro Köln): Sie haben es ja jetzt gerade noch einmal gesagt. Eine Nachfrage noch von mir: Das sind also keine Hausbesetzer?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Ihre Nachfragen haben Sie schon gestellt.

Markus Wiener (pro Köln): Natürlich habe ich das Recht, noch eine Nachfrage zu stellen, Frau Bürgermeisterin.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Sie haben schon nachgefragt.

Markus Wiener (pro Köln): Ja, aber ich kann noch ein zweites Mal nachfassen. Das ist völlig üblich, bei allen anderen auch.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Es gibt zwei Nachfragen, und die haben Sie gestellt. Damit ist Ihre Redezeit jetzt beendet.

(Beifall bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Die Geschäftsordnung ist eindeutig!)

Markus Wiener (pro Köln): Das ist ja unglaublich. Sie leisten hier einen Offenbarungseid vor den Zuschauern. Wirklich unglaublich!

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Halten Sie sich bitte zurück!

Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Sozialer Wohnungsbau" AN/1010/2012

Antwort der Verwaltung vom 28.06.2012 2468/2012

Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5.1:

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5.1.1 auf:

5.1.1 Rehabilitation der Katharina Henoth und anderer Opfer von Hexenprozessen in Köln 1997/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt, den wir jetzt behandeln, geht auf eine Anregung von Pfarrer Hartmut Hegeler im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden zurück. Als dessen Vorsitzender möchte ich hier zu diesem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen.

Herr Hegeler, der auf der Besuchertribüne sitzt und den ich herzlich begrüßen möchte, hat eine symbolische und sozialetische Rehabilitation der in Köln ermordeten Hexen, insbesondere von Katharina Henoth, durch den obersten Repräsentanten der Stadt, den Rat, gefordert. Von Anfang an war es umstritten, ob sich der Rat mit diesem Thema befassen sollte. Zwei Argumente wurden vorgetragen bzw. standen im Hintergrund des Widerstands dagegen:

Erstens. Die Stadt Köln habe - Zitat - „das ihr Mögliche“ für die Rehabilitation getan. Es sei eine Schule nach Katharina Henoth benannt worden, eine Straße habe ihren Namen erhalten,

und am Rathausturm sei eine Figur aufgestellt worden, um sie zu ehren.

Zweitens. Die Geschichte sei über den Hexenwahn hinweggegangen, hätte ihn gewissermaßen entsorgt und als zeitgeschichtliche Verirrung vor allem des dunklen Mittelalters entlarvt und überwunden.

In dieser Annahme steckt natürlich ein gewaltiger historischer Irrtum. Die meisten „Hexen“ wurden in der beginnenden Neuzeit bis hin ins Zeitalter der Aufklärung ermordet.

Der logische Schluss aus den Einwänden war, es handele sich damit um eine überflüssige Übung für den Rat der Stadt Köln. Dem hat der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden in seinem einstimmigen Beschluss widersprochen. Der AVR und der Ausschuss Kunst und Kultur sind dem gefolgt.

Warum? Ehe ich direkt darauf eingehe, sollten wir einen Moment innehalten und uns der wesentlichen Gründe vergewissern, die zur Überwindung des Hexenwahns geführt haben. Ideengeschichtlich ist es die Aufklärung, in deren Zentrum das Herausarbeiten universaler Menschenrechte steht, und historisch gesehen ist es die politische Durchsetzung des säkularen demokratischen Rechtsstaats. Denken und Handeln haben sich dem Prinzip vernünftiger Erkenntnis unterstellt. Die menschliche Vernunft ist als das Vermögen allgemeingültiger Prinzipien zum einzig legitimen Ratgeber und Richter für das politische und rechtliche Handeln geworden.

Sind damit die Gegner der an Vernunft und Recht gebundenen Machtausübung endgültig besiegt? Die historische Erfahrung seit dem Zeitalter der Aufklärung spricht nicht unbedingt dafür. Ich nenne nur die humanitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts, aber auch die Probleme, die in dem Titel „Dialektik der Aufklärung“ angedeutet sind. Selbst unter uns sitzen Menschen, die grundlegende Rechte aller Menschen nicht anerkennen.

Natürlich vertrauen wir in Köln und die Gesellschaft im Ganzen darauf, dass wir hinter einen der allgemeinen Vernunft geschuldeten Zustand nicht mehr zurückfallen, ja sogar nicht mehr zurückfallen können. Dagegen aber spricht zweierlei:

Erstens: Die zivilen und humanen Standards müssen in jeder Generation, insbesondere natürlich in der heranwachsenden Generation, wieder neu erworben werden. Sie sind kein Besitz. Viele

von uns werden jetzt sicher an das Goethe-Wort erinnert: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“

Zweitens die wirkliche und existenzielle Bewährung humaner gesellschaftlicher Strukturen. Ihre Stärken beweisen sich nur in einer krisenhaften Situation.

Aus diesen beiden Gründen ist zu folgern: Es bleibt ständige Aufgabe einer Gesellschaft, sich ihrer humanen, die Menschenrechte verbürgenden Prinzipien und Verhältnisse zu vergewissern. Das geschieht vor allem im tagtäglichen konkreten Handeln. Dies jedoch bedarf einer intensiven Auseinandersetzung, insbesondere auch mit der Geschichte.

Der vernunftgegründete gesellschaftliche Zustand, in dem wir leben, verdankt sich der Durchsetzung gegen Kräfte, die sich ideologisch auf irrationale Strömungen und Überzeugungen gründeten, die sich oft mit religiösen Überzeugungen verbrüdet haben bzw. durch diese befördert wurden. Die Einsichten, die in einer solchen Auseinandersetzung gewonnen werden, hier im Hinblick auf den Hexenwahn, bündeln sich oft auch in symbolischen Handlungen, wie hier in Köln schon geschehen. Allerdings haben die höchsten Repräsentanten eine solche Handlung noch nicht direkt - und ich ergänze - feierlich vollzogen.

Am Entstehen und der Durchsetzung der wahnhaften Vorstellungen und Verbrechen waren christliche und weltliche Instanzen maßgeblich beteiligt. Deshalb ist es konsequent, dass der Beschwerdeausschuss nicht nur den Rat der Stadt Köln, sondern auch das Erzbistum zu solch einem symbolischen Akt der Rehabilitation aufgefordert hat. Der Rat wird dies voraussichtlich heute vollziehen. Das Erzbistum hat bis heute versäumt, mit einer für mich äußerst problematischen Begründung, dies zu tun. Das kann jeder nachlesen in dem Brief des Generalvikars Schwaderlapp, der öffentlich ist.

Ich möchte mit einem an Kant anschließenden Gedanken enden. Kant fragt sich: „Leben wir jetzt in einem aufgeklärten Zeitalter?“ Er antwortet: „Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung.“ - Das heißt, der Prozess des auf Vernunft begründeten Lebens ist niemals abgeschlossener Besitz. Es bleibt ständige Aufgabe, sich der Gefährdungen eines humanen Zusammenlebens bewusst zu sein, sich um die Schaffung vernünftiger Verhältnisse zu bemühen und auch in symbolischen Handlungen Zeugnis abzulegen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu dem

vorliegenden Beschlussvorschlag in der gemäß Beschluss des Beschwerdeausschusses veränderten Fassung des AVR. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Vielen Dank, Herr Thelen. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön.

Dr. Cornelia Herbers (CDU): Sehr geehrte Frau Bürgermeister! Liebe Ratskollegen! Zitat:

Man darf mit Menschenblut nicht spielen, und unsere Köpfe sind keine Bälle, die man nur so hin und her wirft.

Diese Äußerung stammt von keinem unserer Zeitgenossen, sondern von Friedrich Spee von Langenfeld, Jesuit und Dichter, die er schon im Jahr 1631 in seiner *Cautio Criminalis* formulierte. Ausgerechnet dieses Buch eines Jesuiten, die ja nun nicht eben als die fortschrittlichste Gruppierung der katholischen Kirche galt und gilt, trug mit seiner Argumentation gegen die Folter entscheidend zum Ende des Hexenwahns im frühneuzeitlichen - nicht im Mittelalter, Herr Thelen - Deutschland bei.

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Sie haben nicht zugehört! Genau das hat er gesagt!)

Warum erwähne ich das hier? Die *Cautio Criminalis* entstand als eine unmittelbare Reaktion auf die intensive Phase der Hexenverbrennungen, die sich in den späten 1620er-Jahren hier in Köln ereigneten.

Der bekannteste Fall ist eben der der Katharina Henoth. Nur aus wirtschaftlichen Gründen - es ging um ein einträgliches Postmeisteramt - wurde sie, die Tochter des verstorbenen Postmeisters Jacob Henoth, wohl aus Missgunst eines Konkurrenten um besagtes Amt als Hexe denunziert. Katharina Henoth betrieb sowohl den Rechtsstreit um das Amt wie auch den Prozess intensiv und mit einem hohen persönlichen Engagement. Zunächst vom kurfürstlichen, dem geistlichen Gericht - ich betone das hier ganz bewusst - von den haltlosen Verdächtigungen freigesprochen, zog das weltliche Gericht durch den Kölner Rat das Verfahren an sich. Nach schwerer Folter wurde sie trotz weiterer Beteuerung ihrer Unschuld wiederum durch ein kurfürst-

liches, weltliches Gericht auf Melaten vom Henker erwürgt.

Die CDU-Fraktion bekennt sich deutlich zu der ausgesprochenen moralischen und sozialetischen Rehabilitierung und ihrer Bekräftigung. Allerdings möchten wir eine differenzierte Abstimmung über die ursprüngliche Ratsvorlage und die Ergänzungen aus dem Hauptausschuss. Dieser fordert in einer der Ergänzungen, wie eben erwähnt, insbesondere das Erzbistum auf, sich der Rehabilitation anzuschließen. Wir halten es für wesentlich zielführender, dass der Kölner Rat, der seinerzeit durch seine Aktivität erst die erneute Verfahrensaufnahme möglich machte, sich zu seiner eigenen Verantwortung bekennt. Zur Erinnerung: Das geistliche Gericht hatte sie freigesprochen. Rein juristisch, wie eben erwähnt, ist die Rechtsnachfolge eines kurfürstlichen Gerichts ohnehin nicht zu klären. Das Erzbistum mag seine eigene Entscheidung über den Umgang mit dem Verfahren treffen; das ist nicht unsere Aufgabe. Auch das Land NRW könnte über eine ähnliche Entscheidung mal nachdenken; es kommt nämlich genauso als Rechtsnachfolger infrage.

Lassen Sie uns diese Resolution gemeinsam beschließen und uns der Vergangenheit dieses Hauses bewusst werden, ohne noch bei anderen Institutionen, die ganz ohne Zweifel genauso in das Verfahren verstrickt waren, nach weiteren Verantwortlichkeiten zu suchen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Darf ich bitte noch einmal nachfragen: Ist das jetzt ein abweichender Antrag, oder bleibt es bei dem, so wie im AVR entschieden?

(Dr. Cornelia Herbers [CDU]: Nein, bitte über die einzelnen Punkte abstimmen!)

Der ist doch längst einstimmig entschieden worden. Ich habe das hier vorliegen.

(Winrich Granitzka [CDU]: Nein, das ist nicht einstimmig entschieden!)

- Doch.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht doch so im Protokoll! - Gegenruf von Winrich Granitzka [CDU]: Dann stimmt das Protokoll nicht! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann müsst ihr das Protokoll

vorher anzweifeln! - Gegenrufe von der CDU)

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Ach, lasst den Frank doch reden. - Frau Bürgermeister! Wir haben im AVR - und ich bin dessen Vorsitzender - getrennte Abstimmung beantragt. Wir haben darüber abgestimmt, dass wir diesen Punkt da nicht hereinnehmen wollten. Dann haben wir gemeinschaftlich den grundlegenden Antrag abgestimmt. Dem haben wir zugestimmt. Und diesmal möchten wir das genauso machen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie kann der Vorsitzende denn dann das Protokoll unterschreiben? Liest der das nicht?)

Wir haben abgestimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Aber es gibt doch ein Protokoll! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Da steht: einstimmig zugestimmt!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Eben. Ich habe es vorliegen. Da steht: einstimmig zugestimmt.

(Unruhe)

Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Bürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich durfte bei der entsprechenden Sitzung des Beschwerdeausschusses auch mit dabei sein. Ich denke, das ist eine sehr löbliche Initiative, die ja von einer Privatperson gekommen ist, die aber im Beschwerdeausschuss auf große Zustimmung gestoßen ist. Ich denke auch, man sollte sich durchaus mit solchen Kapiteln, die wirklich schon lange zurückliegen, beschäftigen. Allerdings - das hat mir auch damals schon nicht gefallen - werden hier in kleinkariertem rot-grün-links motivierter Art und Weise gleich noch Seitenhiebe in Richtung Erzbistum, in Richtung katholische Kirche eingebaut.

Hier wurde jetzt von der Vertreterin der CDU sehr Richtiges vorgetragen. Ergänzen möchte ich noch - das ist vielen vielleicht nicht so geläufig -, dass die Inquisition und die sogenannte Hexenverfolgung ja nicht nur eine Handlung der katholischen Kirche war, sondern auch die weltli-

chen Gerichtsbarkeiten eingebunden waren und auch die protestantische Kirche keineswegs unbeteiligt war; im Gegenteil. Ich möchte hier nur einen nicht so häufig zitierten Satz aus einer Predigt von Martin Luther vortragen:

Sie

- gemeint sind die Zauberinnen -

schaden mannigfaltig. Also sollen sie getötet werden, nicht allein weil sie schaden, sondern weil sie Umgang mit dem Satan haben.

Dementsprechend hat sich natürlich auch die protestantische Kirche mit genauso großem, fehlgeleitetem Eifer an solchen Dingen beteiligt; das sollte nicht unerwähnt bleiben, denke ich. Denn diese ständigen Seitenhiebe gegen die katholische Kirche treffen mich als Katholik genauso wie all jene unter uns, die überzeugte Katholiken sind. Da muss man schon auch historische Ehrlichkeit, historische Fairness walten lassen.

Wenn wir schon bei Fairness und Objektivität sind: Genauso könnte man hinzufügen, dass nach Schätzungen von Historikern ein Viertel der Opfer Männer waren. Es sind ja nicht nur Frauen verfolgt und grausam umgebracht worden, sondern auch viele, viele Männer. Das sollte man nicht vergessen und in dieser Perspektive auch darauf hinweisen. Wenn wir uns hier schon zu einem Geschichtsseminar weiterentwickeln, dann sollte man das alles im Auge behalten.

Deswegen unterstützt pro Köln hier ganz klar die Ausführungen der CDU, nämlich dass man diese Resolution natürlich gerne verabschieden kann, dass aber unnötige und auch völlig ungerechtfertigte Seitenhiebe gegen das Erzbistum und gegen die katholische Kirche hier zu unterlassen sind. - Vielen Dank.

(Beifall pro Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich getrennt abstimmen.

Wir stimmen erst über Punkt a ab. Wer ist für diesen Punkt a?

(Unruhe)

Das war der ergänzte Beschluss.

(Michael Zimmermann [SPD]: Könnte die CDU ihren Änderungsantrag einmal formulieren?)

Okay. Wer formuliert? - Ja, bitte.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Die Sache ist ja viel einfacher. Wir brauchen das nicht formulieren. Das ist die ursprüngliche Fassung, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Mit Ergänzungen sexueller Orientierungen.

Dr. Helge Schlieben (CDU): - die nicht von Rot-Grün geänderte Fassung, die dem AVR vorlag. Wenn Sie das Protokoll, was jedem Ratsmitglied hier vorliegt, durchgucken, sehen Sie den ursprünglichen Antrag und finden den rot-grünen Ergänzungsantrag. Wir wollen in der ursprünglichen Fassung abstimmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, das ist nicht richtig!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Zimmermann.

Michael Zimmermann (SPD): Entschuldigung, ich bin jetzt etwas verwirrt. Es gibt einen einstimmigen Beschluss des AVR, -

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Richtig.

Michael Zimmermann (SPD): - der uns jetzt vorliegt. Und wenn Sie dazu einen Änderungsantrag formulieren wollen, dann sollten Sie das bitte tun, damit wir wissen, worüber wir abstimmen. Mich verwundert es, dass ein Beschluss, der im AVR einstimmig gefasst worden ist, jetzt plötzlich und gerade in einer solchen Frage infrage gestellt wird. Ich finde das sehr bedauerlich, dass es so ist. Aber wenn Sie denn abstimmen möchten, formulieren Sie bitte, worüber wir abstimmen müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Wenn es denn der Wahrheitsfindung dient, machen wir jetzt auch noch einen Änderungsantrag. Ich bitte, den Änderungsantrag so zu formulieren - wir haben das ja hier vorliegen -, dass das Fettgedruckte, nämlich: „und bittet das Erzbistum, dies ebenfalls zu tun“, herausgenommen wird. Dann können wir wie im AVR getrennt abstimmen. Und dann stimmen wir hinterher dieser Resolution selbstverständlich zu. - Vielen Dank.

(Michael Zimmermann [SPD]: Jetzt habe ich es verstanden! Danke!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes: Gut. Dann lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das sind die CDU, pro Köln und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Die FDP. Dann ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über den Gesamtantrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag, wie AVR? - Das sind die SPD, die CDU, die FDP, Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Linke. Herr Wiener enthält sich? -

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Pro Köln ist auch dafür. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Das ist einstimmig angenommen.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bedanke mich bei der Bürgermeisterin für die Vertretung. - Ich will noch einen kurzen Hinweis geben, weil ich ja gebeten worden bin, ab und zu auf die Uhr zu schauen. Schauen Sie sich einmal unsere Tagesordnung an! Sie umfasst diesmal zehn Seiten, und wir beginnen jetzt gerade mit den Punkten auf der Seite 3. Das nur als kurzer Hinweis.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 6:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.1:

6.1.1 Elternbeiträge für Kinder in Kindertageseinrichtungen
hier: Satzungsänderung mit Ausweitung des beitragsfreien Zeitraums vor der Einschulung
1369/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Die Rednerliste haben Sie gar nicht aufgerufen!)

- Ich habe doch gerade gefragt, ob es Wortmeldungen gibt.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Wir haben angemeldet!)

- Tut mir leid, Herr Schlieben. Aber wir sind schon in der Abstimmung. - Wer gegen diese Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU, sonst niemand. Wer enthält sich? - Damit ist das gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 6.1.3:

6.1.3 Beschleunigung Bauprojekte der Gebäudewirtschaft
hier: 11. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
1293/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir direkt abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das damit entschieden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6.2:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Zu Tagesordnungspunkt 6.2.1:

6.2.1 Änderung der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln
1879/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 7:

7 Unterrichtung des Rates gemäß § 82 Absatz 1 und § 84 Absatz 1 Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen über die vom Kämmerer genehmigten Mehraufwendungen

Das ist eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nicht. Das wird damit also übereinstimmend zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 8:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

Zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, Hj. 2011 1778/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dem so zugestimmt.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Fortsetzung Baumaßnahme Freiluft- und Gartenbauschule (Freiluga) nach KP II 4784/2011

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Bericht zur Frauenförderung 0855/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer gegen die Entgegennahme des Berichtes ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Enthaltungen? - Ebenfalls nicht. Dann ist dem Bericht so zugestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Trägerschaft diverser Kindertageseinrichtungen (Übertragung auf freie Träger) 1026/2012

Hierzu darf ich Frau Dr. Klein das Wort geben.

Beigeordnete Dr. Klein: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es gibt eine abweichende Beschlussfassung der Bezirksvertretung Porz hierzu, die im Kern besagt, die Einrichtungen sollen keine Zeitverträge mit den Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern abschließen. Wir würden Sie gleichwohl bitten, wie Finanzausschuss und wie Vorlage zu beschließen. Die Verwaltung wird diesen Hinweisen aus Porz konstruktiv nachgehen. Es geht um einen speziellen Träger. Wir greifen das auf. Gleichwohl würden wir empfehlen, das nicht in den Beschluss zu übernehmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Das ist ein entsprechender Hinweis. - Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung, wie Finanzausschuss. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Buserschließung Kalk-West/Odysseum und Dillenburger Straße 1370/2012

Änderungsantrag der CDU-Fraktion AN/0974/2012

(Bettina Tull [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wie Verkehrsausschuss!)

Wir stimmen ab, wie Bezirksvertretung Kalk, der sich der Verkehrsausschuss heute angeschlossen hat. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so angenommen.

Nun zu Tagesordnungspunkt 10.6:

10.6 KVB: Bürgschaftsrahmen der Stadt Köln zur Besicherung von Darlehen für die Finanzierung der Nord-Süd Stadtbahn 1459/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nicht. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.7:

10.7 Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung zum Abschluss eines Rahmenvertrages über das Abschleppen und Verwahren von ordnungswidrig abgestellten und sichergestellten oder gepfändeten Fahrzeugen auf dem Kölner Stadtgebiet ab dem 01.04.2013 1498/2012

Ich sehe schon, es gibt keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln ist da-

gegen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.8 ist abgesetzt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.9:

10.9 Co-Finanzierung des Forschungsprojektes "Konzeption und Entwicklung einer Prototypanlage zur digitalen und physischen Wiederherstellung der beschädigten Archivgüter des Historischen Archivs der Stadt Köln"
1724/2012

Ich erspare mir jetzt das Vorlesen des Titels; Stichwort: Co-Finanzierung. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.10:

10.10 Mitteilung über eine Kostenerhöhung der Investitionsauszahlungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung 2010/2011 der Stadt Köln bei der Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst. Ossend.-B.anhebung
1791/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Wir stimmen darüber ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.11:

10.11 Bocklemünd-Mengenich 2. Baustufe, Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 hier: Einleitung eines Vergabeverfahrens für Rodungsarbeiten ohne rechtskräftiges Baurecht
1880/2012

Abstimmung, wie Verkehrsausschuss. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.12:

10.12 Umwandlung von drei städtischen katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen
2075/2012

Dazu sehe ich wiederum keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Nachtverkehr der Stadtbahnlinie 7 zwischen Köln und Frechen
2101/2012

Wir stimmen ab, wie Anlage 3. Das will ich noch einmal sagen. Das ist ein neuer Kostenverteilungsvorschlag. Da ich keine Wortmeldungen sehe, können wir auch darüber abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so wie Anlage 3 beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.14:

10.14 Barrierefreier Ersatz von Fertigbaueinheiten am Schulstandort "Auf dem Sandberg 120, 51105 Köln-Poll"
1254/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.15:

10.15 Errichtung einer zweizügigen Grundschule zum Schuljahr 2013/14 am Standort Mommsenstraße 5-11 in 50935 Köln-Sülz
1465/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dagegen? - Keine Stimmen. Enthaltungen? - Damit einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Weiterführung und Transfer des Projektes "Familienfreundliche Kölner Gewerbegebiete"
1856/2012

Wir stimmen ab, wie Finanzausschuss in der Anlage 2. Dazu gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - So einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Übernahme von Ausfallbürgschaften zugunsten der Kölner Sportstätten GmbH
2089/2012

Auch dazu keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Somit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.18:

**10.18 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Realschule Neusser Straße 421, 50737 Köln-Nippes
Baubeschluss
5272/2011**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit auch so einstimmig beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.20:

**10.20 Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK AG)
hier: Kooperation HGK AG und Neuss-Düsseldorfer Häfen (NDH)
2070/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Dann stimmen wir ab. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Sehr erfreulich, eine einstimmige Beschlussfassung hier im Rat der Stadt Köln.

Zu Tagesordnungspunkt 10.21:

**10.21 Eröffnungsbilanz der Stadt Köln 2008
2148/2012**

Ich möchte an dieser Stelle Herrn Jung, dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, das Wort geben. Dazu hat sich auch Herr Wolf gemeldet.

Helmut Jung (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses einige Sätze zu der von uns geprüften Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008. Die Rechtsgrundlage hierfür ist das NKF für Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen und stammt vom 16. November 2004. Damit wurden die Städte und Gemeinden im Land verpflichtet, ihre Buchführung von der Kameralistik auf die sogenannte Doppik umzustellen. Verbunden damit war der Wechsel weg von einer Haushaltsführung auf der Basis von Aus- und Einzahlungen hin zu Aufwendungen und Erträgen als Maßstab.

Zielsetzungen, die mit der Reform verbunden sind, können umschrieben werden mit besseren Steuerungsmöglichkeiten durch Produktorientierung und Steuerung über Ziele, dem Wechsel vom Geld- zum Ressourcenverbrauchskonzept sowie größerer Transparenz im kommunalen Haushalt. Zusammenfassend könnte man auch sagen, dass aus den kommunalen Bilanzen zukünftig die Ressourcenmehrung oder der Res-

ourcenverbrauch ablesbar werden soll. Diese Zielsetzung setzt naturgemäß die erstmalige Vermögens- und Schuldenerfassung, also eine Eröffnungsbilanz, voraus.

Bereits 2004, also noch vor der Verabschiedung des Gesetzes, hat die Verwaltung ein Projekt zur Umstellung auf NKF aus der Taufe gehoben. Im Februar 2010 haben wir dann den Entwurf der Eröffnungsbilanz hier im Rat an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Dieser hat sich in der Folgezeit anhand einer Reihe von Zwischenberichten des Rechnungsprüfungsamtes mit der Thematik beschäftigt. Der abschließende Bericht wurde am 31. Mai 2012 im Ausschuss beschlossen und Ihnen allen mit dieser Vorlage zur Verfügung gestellt.

Zwischen Projektbeginn und erstem Entwurf lagen sechs Jahre. Die Prüfung dauerte anderthalb Jahre. Man fragt sich vielleicht: Was hat daran so lange gedauert? Ein großes Problem, mit dem sowohl die Bilanzaufsteller wie auch die Prüfer zu kämpfen hatten, ist altbekannt: das Thema Inventur. Immer noch ist in vielen Bereichen der Verwaltung unbekannt, was eigentlich genau bewirtschaftet wird. Das gilt nicht nur für unsere Kunstgegenstände und die technische Ausstattung unserer Schulen, sondern auch für Bankkonten, Softwarelizenzen und einiges mehr.

So gab es bislang zum Beispiel keine zentrale Stelle, die überhaupt eine Übersicht über alle auf die Stadt laufenden Konten führte, geschweige denn fortlaufend fortschrieb, wie der Kontostand aussieht und wem dieses Geld rechtlich zusteht. Genauso wenig gibt es ein zentrales Vertragsregister, in dem alle für die Stadt wirtschaftlich bedeutenden Verträge nachgehalten werden, oder ein Lizenzmanagement, das die erworbenen Softwarelizenzen nachhält.

Auch waren Widerstände gegen Neuerungen zu verzeichnen. Es fehlte die Einsicht in die Notwendigkeit zu erledigender Arbeiten. Die erforderlichen Ressourcen wurden nicht überall bereitgestellt. Das erschwerte die Arbeit bei der Ermittlung der Vermögensgegenstände und der Schulden für die Bilanz und letztlich auch für die Prüfung.

Negativ bzw. problematisch hat sich auch die Tatsache ausgewirkt, dass immer noch das alte Kassenverfahren aus kameralen Zeiten im Einsatz ist. Es sollte schon seit Jahren aus technischen Gründen abgelöst sein. Spätestens mit der Umstellung auf das NKF hätte es wegen seiner Untauglichkeit für die doppelte Buchführung ausgemustert werden müssen. Die aktuelle Pla-

nung sieht dies jedoch erst zum Haushaltsjahr 2016 vor. Es ist jetzt vorgezogen worden auf 2015, aber auch das ist zu spät. Ein Mangel, der die Qualität der Jahresabschlüsse bis dahin beeinflussen wird.

Was haben wir bis jetzt erreicht? Wir wissen nun erstmals mit Einschränkungen, dass die Stadt über ein Vermögen von rund 15,8 Milliarden Euro verfügt, das zu rund 6,4 Milliarden Euro - das entspricht etwa 40 Prozent - durch Eigenkapital finanziert ist. Das klingt gut; wirklich beruhigend ist das jedoch nicht, wie wir aus den Berichten der Kämmerin zur Haushaltsentwicklung bereits wissen.

Ob wir die Ziele des Landesgesetzgebers zur Einführung des NKF bereits vollumfänglich erreicht haben, mag jeder für sich selbst beantworten. Ich für meinen Teil kann das jedoch nicht behaupten. Zweifel an der Frage, ob die Stadt Köln in ihrer Denk- und Handlungsweise wirklich im NKF angekommen ist, sind wohl berechtigt.

Was ist noch zu tun? Wie der vorliegende Bericht aufzeigt, besteht noch Korrekturbedarf an der Eröffnungsbilanz. Das führte letztlich auch dazu, dass wir nur ein eingeschränktes Testat erteilen konnten. Auf Einzelheiten hierzu möchte ich nicht eingehen. Die erforderlichen Korrekturen vorzunehmen, ist die Aufgabe der Verwaltung in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt. Der Rechnungsprüfungsausschuss wird sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen dazu Bericht erstatten lassen. Die Jahresabschlüsse von 2008 an müssen erstellt, geprüft und durch uns hier festgestellt werden. Das ist wichtig, da Änderungen an der Eröffnungsbilanz und die wahrscheinlich erforderlichen Korrekturbuchungen anhand der Jahresabschlussprüfungen die Daten, auf denen unsere aktuelle Haushaltsbewirtschaftung fußt, beeinflussen.

Ich darf für heute zum Schluss kommen. Als Ergebnis der Beratungen des Berichts über die Prüfung der Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 1. Januar 2008 und nach einstimmiger Beschlussfassung empfiehlt Ihnen der Rechnungsprüfungsausschuss den folgenden Text zum Beschluss:

Erstens. Der Rat stellt die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 01.01.2008 fest. Die Ratsmitglieder erteilen dem Oberbürgermeister die Entlastung gemäß § 96 Abs. 1 der Gemeindeordnung.

Zweitens. Die erforderlichen Änderungen der Eröffnungsbilanz sind in Abstimmung mit dem

Rechnungsprüfungsamt durchzuführen. Über die Beseitigung der Mängel ist im Rahmen der Jahresabschlussprüfung zu berichten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Jung, für die sehr dezidierte Darstellung. - Ich gebe das Wort an Herrn Bürgermeister Wolf.

Manfred Wolf (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als ich die Vorlage hier studiert habe, habe ich mich gefragt: Was ist das denn? Es kann doch nicht wahr sein, dass hier eine fehlerhafte Eröffnungsbilanz vorgelegt und trotzdem erwartet wird, dass sie festgestellt und der Stadtspitze Entlastung erteilt wird. Damit wird der Schwarze Peter an den Rat weitergegeben.

Ich möchte nur Teile der Schlussbemerkung vorlesen:

- Die Prüfung hat zu einigen Einwendungen geführt, aufgrund derer das Testat einzuschränken ist.
- Die Fehlerquote bei den bebauten und unbebauten Grundstücken hinsichtlich Ausweis und Bewertung war hoch. Eine Kontrolle bzw. Korrektur ist hier erforderlich.
- Inventuren wurden nicht ordnungsgemäß durchgeführt.
- Insbesondere sind die Festlegungen der Wertabschläge bei Straßen nicht nachvollziehbar und bedürfen der Kontrolle.
- Für die erhaltenen Zuwendungen aus der Investitionspauschale wurde ein Sonderposten gebildet, dem nicht Vermögensgegenstände auf der Aktivseite zugeordnet wurden. Diese Vorgehensweise steht nicht im Einklang mit den Vorschriften des NKF.
- Die Prüfung ergab, dass nicht unwesentliche Beträge mit Fremdkapitalcharakter dem Eigenkapital zugeordnet wurden.
- Große Teile der Bilanzforderungen, Forderungen und Verbindlichkeiten, wurden als Sammelbuchungen in das Buchhaltungssystem eingebucht. Eine ordnungsgemäße Zuordnung der Ausgleichszahlungen und deren Prüfung ist

daher in der Folgeperiode nicht möglich und eine den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung konforme Buchhaltung nicht gegeben.

Warum das hier nur zu einem eingeschränkten Testat geführt hat, verstehe ich überhaupt nicht. Unter diese Bilanz darf kein Testat gesetzt werden. Wenn in der Wirtschaft ein Vorstand eine solche Bilanz vorlegen würde, die Arbeitsverträge der Leute wären beendet.

(Reinhard Houben [FDP]: System Lauenberg!)

Ich erinnere mich daran, dass es auch anders geht. Nach meinem Studium war ich bei einer WP-Gesellschaft, und wir haben die Ruhrkohle geprüft. 1970 wurden da 16 Bergbaugesellschaften zusammengeführt, jede hatte ein anderes System. Da musste man auch die ganzen Grundstücke aufnehmen und bewerten. Damit war man in anderthalb Jahren fertig, und dann gab es ordnungsgemäß testierte Abschlüsse.

Wir Liberalen übernehmen hierfür keine Verantwortung. Ich kann Ihnen hier im Rat nur empfehlen, dies auch nicht zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer für die Annahme dieses Beschlussvorschlages ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion Die Linke, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und Herrn Zimmermann ist dies so angenommen und eine Entlastung ausgesprochen. Vielen Dank.

Zu Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln hier: Zweite Teilumsetzung des Ratsbeschlusses zum "KVB-Nachtverkehr" vom 26.05.2011 0104/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als

CDU-Fraktion werden dieser Vorlage nicht zustimmen, jedenfalls nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Bei der Diskussion über die Einführung der Nachtverkehre war in der zunächst vorliegenden Vorlage die Finanzierung von der Einführung abgekoppelt, und zwar mit der Begründung: Wir wollen das schnell einführen, möglichst schon zum nächsten Fahrplanwechsel. Deshalb soll die Finanzierung nachträglich geregelt werden. - Das war einvernehmlich zwischen allen Fraktionen zu dem Zeitpunkt.

Dann hat die Verwaltung aufgelistet und begründet, warum es effektiv keine Möglichkeit gibt, diese zusätzlichen Nachtverkehre zu finanzieren. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Nachtverkehre zwar zusätzliche Kosten verursachen, aber keine Einnahmen generieren. Wir sind der Auffassung, dass der erste Abschnitt, der jetzt an den Wochenenden implementiert worden ist, Sinn macht und genauso wenig wie das andere rückgängig zu machen ist. Allerdings sind wir angesichts der aktuellen Situation der Auffassung, dass wir diesen zweiten Schritt ohne eine Gegenfinanzierung oder eine Deckung jetzt nicht umsetzen sollten. Deswegen lehnen wir die Vorlage an dieser Stelle ab.

Ich will nicht verhehlen, dass bei uns im Nachhinein der Eindruck entstanden ist, dass das gewählte Verfahren der Abkopplung der Finanzierung kein besonders seriöses Verfahren war, um eine solche Entscheidung zu treffen. Auch das trägt dazu bei, dass wir im Augenblick dieser Vorlage, die eine Ausweitung auf die zweite Stufe vorsieht, nicht zustimmen können. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass wir eine Lösung für zusätzliche Nachtverkehre brauchen, allerdings nicht auf diese Weise.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Punkt. Wer gegen diese Beschlussvorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Hoffmann und der Fraktion pro Köln ist dies so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Annahme von ausländischen Abfällen in der Kölner Restmüllverbrennungsanlage

1005/2011**Änderungsantrag von Ratsmitglied
Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln)
AN/1148/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Eine Wortmeldung von Herrn Hoffmann zu seinem Änderungsantrag; danach Herr Ludwig und Herr Uckermann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Der Änderungsantrag ist entstanden, weil die Verwaltungsvorlage - ich meine, ich hatte ja diese Anfrage von der CDU gelesen - im Grunde genommen aussagt, dass es hier nur ein Entweder oder gibt, nämlich: Entweder wir akzeptieren die Anlieferung auch internationalen Mülls, oder die Gebühren steigen. In der Vorlage sind keine anderen Möglichkeiten aufgeführt. Ich bezweifle das. Beispielsweise könnten doch auch Gelder, die in dem Betrieb eingenommen werden, dafür verwendet werden, dass die Müllgebühren nicht steigen.

Des Weiteren will ich Sie an dieser Stelle an die Ratssitzung vom 24. April 2008 erinnern. Im Protokoll kann man auf acht Seiten nachlesen, dass über diese Problematik intensiv diskutiert worden ist. Herr Oberbürgermeister, gestatten Sie, dass ich daraus ganz kurz zitiere.

Michael Paul von der CDU:

Der Müll, sowohl der Gewerbe- als auch der Hausmüll, soll dort entsorgt werden, wo er anfällt. Der italienische Müll soll in Italien und der Kölner Müll soll in Köln entsorgt werden.

Dr. Alexander Fladerer von der SPD:

Ich kann versichern, dass die SPD-Ratsfraktion all ihren Einfluss geltend machen wird, einen internationalen Mülltourismus nach Köln zu verhindern.

Der Vertreter der FDP war damals schon auf einem moderneren Weg:

... den Müll als Wertstoff, als ein Handelsgut ansehen. Das sollten wir angesichts einer globalisierten Welt anerkennen und unsere Müllverbrennungsanlage hier nicht schlechteden. ... Wenn wir hier Müll verbrennen können, was unsere Gebühren stützen und damit den Bürgern unserer Stadt helfen

würde, dann habe ich damit kein Problem.

Laut Protokoll haben sich die Grünen nicht eingebracht, jedenfalls nicht mit Wortbeiträgen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben das abgelehnt!)

- Die Anträge, okay. - Dann wurde darüber entschieden. Heute sagt man zum gleichen Problem - das muss man eindeutig feststellen - entweder „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ oder „Ich habe meine Meinung geändert; heute sehe ich die Problematik des Mülls total anders.“ Hochinteressant, wie schnell man seine Meinung ändern kann.

Angesichts der schwierigen Haushaltssituation, in der wir uns befinden, kann ich zwar verstehen, wenn Sie versuchen, diese Sache anders zu lösen und sagen: Das, was wir vor vier Jahren hier entschieden haben, ist überholt. Ich frage mich, ob das in anderen Bereichen genauso laufen wird. Ich persönlich habe hier meine großen Probleme. Ich war damals bei der Diskussion zwar nicht dabei; aber ich glaube, damals wurden die richtigen Entscheidungen getroffen. Und kommen Sie mir jetzt bitte nicht damit, damals wäre es um Italien gegangen. Sie hätten die Entscheidung damals auch getroffen, wenn es Frankreich gewesen wäre.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Italien verliert aber heute Abend!)

- Darüber können wir gleich noch sprechen. Da können wir noch Wetten abschließen.

In diesem Zusammenhang steht dieser Änderungsantrag. Mir ist nicht ganz klar, ob das wirklich so alternativlos ist, wie Sie sagen, nämlich: Wenn wir das nicht machen, müssen die Bürger unserer Stadt tiefer in die Tasche greifen. - Gibt es tatsächlich nicht noch andere Möglichkeiten? Eine Alternative konnte man zwar zwischen den Zeilen lesen; aber wirklich seriös dargestellte vermisste ich hier. Deswegen bitte ich darum, diese Sache noch einmal zu prüfen; denn so kann es nicht stehen bleiben.

Und noch etwas hat mich ein bisschen erschreckt. Ich glaube, der Punkt stand schon auf der Tagesordnung des Rates vor der Landtagswahl. Dann wurde er in den Ausschuss für Umwelt und Grün bzw.

(Götz Bacher [SPD]: Nein, in den Betriebsausschuss!)

in den Betriebsausschuss - danke schön - geschoben. Dann wurde er noch mal in den Mai geschoben. Ich lief der Sache immer hinterher; dabei wollte ich einfach nur mal hören, was die Politiker in den einzelnen Gremien dazu sagen. Dann habe ich beim Sitzungsdienst angerufen, bin dann aber zu spät gekommen, weil man es vorgezogen hatte, es beim zweiten Mal - -

(Zuruf)

- Nein, ich möchte das einfach sagen. Denn ich glaube, dass das eine wichtige Entscheidung ist, die hier getroffen wird.

(Zuruf: Das weiß doch jeder!)

- Ja, gut. - Ich bitte um positive Abstimmung zu meinem Änderungsantrag.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Ludwig hatte sich gemeldet. Dann Herr Brust, Herr Uckermann und Herr Zimmermann.

Claus Ludwig (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

... wir wollen für Köln überhaupt keinen ausländischen Müll. Es ist uns auch egal, ob sich dafür eventuell gute Verbrennungspreise erzielen lassen.

So weit damals Dr. Fladerer, SPD-Fraktion, am 24. April 2008. - Heute beteiligt sich die SPD hingegen an einer politischen Erpressung der Bevölkerung. Wenn wir keinen Mülltourismus zulassen, steigen die Gebühren, heißt es. Dies wird uns auch noch ganz dreist als „automatisch“ und alternativlos verkauft.

Die überdimensionierte Müllverbrennungsanlage ist ein Kind von Klüngel und Korruption. Sie ist gegen den Widerstand vieler Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt worden. Heute bestätigen sich alle Warnungen der Kritikerinnen und Kritiker dieser Anlage. Dass die Anlage zu groß ist, ist keineswegs überraschend. Es war klar, dass durch das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz, durch verstärktes Recycling und den Einsatz von Wertstofftonnen usw. die Abfallmenge insgesamt schrumpft. Gleichzeitig schrumpfen in der Bundesrepublik auch die Bevölkerung und das produzierende Gewerbe. Auch dadurch geht die Abfallmenge zurück.

Während diese Entwicklungen absehbar waren, wurden nicht nur in Köln, sondern auch im Umland unsinnige Überkapazitäten geschaffen. Die Verbrennungsanlagen und die hinter ihnen stehenden öffentlichen Beteiligungsbetriebe und Kommunen konkurrierten heftig miteinander. Eine Studie von Prognos im Auftrag des BUND kommt 2009 zu dem Schluss - ich zitiere -:

So werden bereits heute etwa zwei Millionen Tonnen mehr Abfall nach Deutschland importiert als exportiert. Diese Menge entspricht der Kapazität von vier großen Müllverbrennungsanlagen oder einem mit Müll beladenen Güterzug von 1000 km Länge.

Und die etablierten Parteien in Köln wollen noch einige Kilometer Waggons an diesen Müll-Intercity anhängen. Statt einen Beitrag zu leisten, Abfallmengen zu reduzieren, wollen sie hier die Logik des Mülls als Ware im Sinne der FDP befördern.

Es kann nur einen vernünftigen Weg geben, mit der Frage der Überkapazitäten umzugehen: Es muss Reduzierung von Kapazitäten geben; Abfallwirtschaft darf kein Konkurrenzgeschäft sein, sondern muss von Städten und Gemeinden in Kooperation geregelt werden.

Die Stadt Köln hat seinerzeit mit dem Bau des Niehler Müllofens den Müllkonkurrenzkampf massiv angeheizt. Im Gegenzug könnte sie jetzt eine Rolle dabei spielen, die Kooperation mit anderen Gemeinden und Städten zu suchen und die Überkapazitäten zu reduzieren.

Falls es trotz der Einleitung dieses Abbaus von Überkapazitäten noch Lücken bei den Gebühren geben sollte, schlagen wir vor, dass sich die Stadt an diejenigen halten möge, die damals mit korrupten Methoden das Projekt vorangetrieben und davon profitiert haben. Bei Herrn Trienekens und den mit ihm verbündeten Politikern dürfte es ja noch Restbestände von Vermögen geben.

Zu den Verkehrsfolgen eines vermehrten Mülltransports: In der Verwaltungsvorlage heißt es, es würde zu keiner Erhöhung der LKW-Frequenz kommen. - Mag ja sein. Aber andersrum wird ein Schuh draus: Es bietet sich hier die Chance, den stark belasteten Kölner Norden - das hat ja auch die SPD bei der Debatte um den Godorfer Hafen immer betont - zu entlasten und die LKW-Frequenz zu reduzieren. Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, sorgen Sie dafür, dass dies auf keinen Fall passiert.

Eigentlich geht es hier lediglich um eine Maßnahme, um die überdimensionierte MVA auszulasten. Aber ein bisschen will man sich auch ökologisch geben und behauptet, die Müllverbrennung in Deutschland wäre so viel besser als die Deponierung in anderen Ländern. Merken Sie selbst nicht, wie bizarr dieses Argument ist? Die Logik daraus wäre, offensiv dafür zu plädieren, möglichst viel hier zu verbrennen oder zu produzieren und fröhlich durch ganz Europa zu fahren, weil der vermehrte Transport angeblich weniger ökologisch belastend wäre als die Verarbeitung vor Ort.

Was ist denn, wenn die Grünen, die ja immer für die lokale Wirtschaft eintreten, feststellen, dass die Milchviehhaltung in Deutschland so viel ökologischer läuft als in Spanien? Treten Sie dann für eine Joghurt-Offensive in Richtung Iberische Halbinsel ein? Die ganze Argumentation ist doch absurd. Richtig wäre hingegen: Keinen Mülltourismus, keine weitere Verstärkung des Verkehrs und den jetzigen reduzieren sowie vor Ort, hier, aber natürlich auch in anderen Ländern - nur, das können wir hier nicht beschließen - Recycling, Deponierung und Verbrennung verbessern nach ökologischen Maßstäben.

Ich denke, die ökologischen Argumente sind nur vorgeschoben. Die Müllöfen-Fans wollen nicht zugeben, dass ihr Projekt irrsinnig war, und die Grünen frönen scheinbar wieder einmal ihrem fehlgeleiteten Pragmatismus, der schon bei der Nord-Süd-U-Bahn und anderen Projekten erprobt wurde, als es hieß: „Wir wollten es nicht, aber jetzt, wo es das gibt, sind wir dabei“. Aber mit dieser Logik - das kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren - wäre kein einziges Atomkraftwerk abgeschaltet worden.

Deswegen wendet sich die Linke gegen die Gebührenerpressung und steht zu ihren ökologischen Zielen: Kein Mülltourismus, sondern Vermeidung und Reduzierung der Abfallmengen. Wir unterstützen den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken und Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Brust, bitte.

Gerd Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir wollten dazu eigentlich nicht reden; aber ein paar

Dinge müssen einfach richtiggestellt werden, weil sie sonst zur Legendenbildung beitragen.

Zunächst einmal: Es gibt keine Meinungsänderung, Herr Hoffmann, sondern es gibt eine geänderte Situation. Herr Ludwig hat es gerade richtig gesagt: In den letzten Jahren gab es einen drastischen Zubau an neuen MVAs, die wirklich unsinnig und überflüssig sind. Darauf müssen wir reagieren, wenn wir die Müllgebühren stabil halten wollen. Deswegen sind wir auch weiterhin gegen die Einführung von Müll aus dem Ausland. Wir beschließen ja heute nicht, Müll einzuführen, sondern wir beschließen lediglich, dass für den Fall, dass die MVA mal nicht ausgelastet ist, die MVA über die Einfuhr von ausländischem Müll verhandeln darf. Es ist im Moment nicht geplant, ein Geschäft mit dem Ausland abzuschließen.

(Klaus Hoffmann [Freie Wähler]: Tür und Tor geöffnet! - Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir sind doch nicht blöd!)

Sie schreiben in Ihrer Begründung, Herr Hoffmann, die Kapazitäten wären niemals ausgelastet gewesen. - Das ist natürlich Unfug. Die MVA ist, obwohl sie groß war und obwohl sie gegen unseren Willen gebaut wurde, immer voll ausgelastet gewesen, und das ist auch notwendig. Ansonsten läge die Müllgebühr heute viel höher. Uns geht es darum, dass diese MVA auch weiterhin sinnvoll ausgelastet wird.

An der Stelle muss ich Herrn Ludwig widersprechen. Es ist schon ein Unterschied, ob man Joghurt oder Müll transportiert; denn Müll zu deponieren, ist nun mal ein ökologisches Verbrechen. Das ist mit Recht in der EU verboten. Wenn er aber irgendwo anders noch deponiert werden muss, weil es keine Verbrennungsanlagen gibt, dann ist es in der Tat sinnvoller, ihn zu transportieren und zu verbrennen, als ihn weiter dort zu deponieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Hoffmann, Sie schreiben weiter, als Alternative bleibe nur, mehr Müll zu produzieren. - Das ist ein Märchen, das schon immer erzählt worden ist. Die tatsächliche Situation stellt sich ganz anders dar: 2002 wurden 386 000 Tonnen Hausmüll und Sperrmüll an die MVA geliefert. Im letzten Jahr waren es 307 000 Tonnen. Also: innerhalb von zehn Jahren ein Rückgang von knapp 80 000 Tonnen, und zwar Jahr für Jahr ziemlich konstant: fast jedes Jahr 8 000 Tonnen weniger.

Das ist nur durch die gemeinsame Anstrengung der Politik in Köln wie auch der MVA und der

AWB möglich geworden, beispielsweise durch Angebote wie die kostenlose Biotonne, das Holzsystem, die Vorsortierung von Sperrmüll usw. Dadurch konnte die Menge des Mülls, der verbrannt wird, ständig gesenkt werden. Das soll auch weiter so gemacht werden. Das kann aber nur dann sinnvoll weiter so gemacht werden, wenn wir den Kölnern versprechen: Wenn ihr weiter Müll vermeidet, bezahlt ihr auch weniger.

Wir haben in diesem Jahr die Müllgebühren gesenkt, weil die MVA weniger Kosten an die Bürger weitergibt. Das können wir im nächsten Jahr auch machen, wenn wir für die entsprechend wegfallenden Kölner Tonnen Gewerbemüll einsetzen, der uns dann Geld bringt. Dieses Geld können wir von den Gebühren abziehen und damit die Gebührenden entlasten.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist ja richtig!)

Zum Letzten: Herr Hoffmann, Sie sagten, die Verwaltung habe Ihnen keine Alternativen vorgestellt. - Das ist auch nicht ihre Aufgabe. Die Politik muss beschließen, was sie will. Die Verwaltung hat die CDU-Anfrage korrekt beantwortet. Dort können Sie alles nachlesen. Eine Stilllegung der vierten Linie würde überhaupt nichts bringen; denn nach Gebührenrecht müsste man die weiterlaufenden Zinsen, Abschreibungen usw. einrechnen auf weniger Tonnen, was automatisch zu höheren Kosten führen würde.

Eine Alternative steht im rot-grünen Koalitionsvertrag der Landesregierung. Da heißt es nämlich, dass die Landesregierung in Zukunft den MVAs den Müll aus den nächsten Kommunen zuweisen wird. Das ist die einzig richtige Vorgehensweise, um Mülltourismus zu vermeiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass der Müll zugewiesen und dadurch Mülltourismus vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Brust. - Wir kommen zu Herrn Uckermann. - Hat sich das erledigt? - Ach so, zuvor Herr Dr. Albach. Ihre Jungferrede, bitte.

Dr. Rolf Albach (FDP): Ich muss mich noch daran gewöhnen, dass es nicht nach Körpergröße, sondern nach Fraktionsgröße geht. - Meine Damen und Herren! Herr Hoffmann hat mich ja rich-

tig zitiert. Jetzt könnte ich Herrn Hoffmanns Rede ins Lächerliche ziehen und, anknüpfend an unsere anfangs geführte Debatte zur Kulturpolitik, sagen: Wir könnten ja, rein rechnerisch, die Müllverbrennungsanlage in Niehl zur Hälfte stilllegen und die Anlieferhalle als Ersatzspielstätte für die Oper nutzen,

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

dann aber mit dem KVB-Orchester; das hat sich ja schon bewährt. Aber das Thema Lärm und Dieselaabgase ist eindeutig zu ernst, um es ins Lächerliche zu ziehen. Nicht nur im Kölner Norden sind wir, was Lärm angeht, noch nicht da, wo uns die Bürger haben wollen. Das gilt genauso für den Rendsburger Platz bei uns in Mülheim, das gilt für Marsdorf, das gilt für Godorf, das gilt überall in Köln.

Es gibt aus unserer Sicht drei Gründe, diese Anlage nicht zur Hälfte stillzulegen:

Den ersten Grund hat Herr Hoffmann auch schon genannt: Wir können unseren Bürgern keine höheren Gebühren zumuten. Würden wir nämlich 360 000 Tonnen stilllegen - bedenken Sie bitte, dass jede Tonne mit 70 Euro angesetzt ist -, hätten die Kölner Bürger 25 Millionen Euro mehr zu schleppen. Das geht nicht. Wir haben in Köln zu viele Bürger, die auch ein Haushaltsproblem haben. Dass Herr Brust von Gebührenstabilität spricht, fand ich absolut bemerkenswert. Das werde ich mir merken.

(Karsten Kretschmer [Bündnis 90/Die Grünen: So sind wir!)

Der zweite Grund ist: Wir leben nun mal in einem europäischen Binnenmarkt. Müll - zumindest der, über den wir hier reden - ist nicht gefährlich. Wir schippen Chemikalien aus Köln quer durch Europa, weil es effizient ist, das so zu tun, auch um Großanlagen effizient betreiben zu können. Lütlich ist genauso weit weg wie Arnsberg. Das heißt, ob Belgien oder ein anderer Regierungsbezirk in Nordrhein-Westfalen, das macht keinen Unterschied. Es gibt einen europäischen Binnenmarkt, und Müll wird immer mehr zum Wertstoff; Herr Hoffmann hat es zitiert. Das ist ja auch der Grund, warum es immer weniger Müll gibt, den wir entsorgen müssen.

Der dritte Grund: die Gesellschaft, in der wir leben wollen. Wollen wir Ineffizienz, indem wir die besten Anlagen in Europa, die von der Europäischen Union als „vorbildlich“ bezeichnet werden, stilllegen, oder wollen wir Effizienz? Das heißt -

wir haben das auch im letzten Umweltausschuss diskutiert - zum Beispiel, dass Müllfahrzeuge zum Einsatz kommen müssen, die lärmarm und ohne Emissionen fahren, Stichwort: Elektrofahrzeuge, gasbetriebene Fahrzeuge. Was ist passiert bei den Elektroprojekten, die gerade laufen? Wer bekommt den Zuschlag für Müllfahrzeuge? Das Ruhrgebiet. Köln muss an der Stelle eindeutig besser werden. Ich rufe Sie dazu auf, mit uns diesen Weg hin zu mehr Effizienz zu gehen. Lassen Sie uns in dem Bereich gemeinsam vorgehen und den Menschen helfen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Albach. - Dann kommen wir zu Herrn Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben das Thema ja im Ausschuss schon angesprochen und dort klargemacht, dass es nicht angehen kann, Müllmassen aus Neapel per Güterzug oder LKW hierherzukarren, weil man sie woanders nicht haben will. Es gilt natürlich das Verursacherprinzip: Jeder ist für seinen Müll selber zuständig. Das sollte in Köln auch so bleiben. Es gibt sehr wohl heute schon von betroffenen Anwohnern, nicht nur von denen im direkten Umfeld, sondern auch von Menschen, die an den Zufahrtstraßen leben, Beschwerden, dass sie das nicht haben möchten.

Denken Sie bitte an die Widerstände, die es damals, als es um dasselbe Thema ging, gegeben hat, wie überhaupt gegen diese Müllverbrennungsanlage. Denken Sie bitte auch daran, wer damals Genehmigungsbehörde war: Genehmigungsbehörde war damals die grüne Ministerin Bärbel Höhn. Statt hier jetzt alles groß zu kritisieren, sollten Sie sich erst einmal an die eigene Nase packen. Herr Brust, ich schätze Sie ja sehr; aber Ihre Partei scheint Sie nicht so ernst zu nehmen. Sie müssten Ihre Rede mal auf einem grünen Parteitag halten und nicht hier im Stadtrat.

Für uns kommt das auf keinen Fall infrage, insbesondere auch deswegen, weil es nicht immer ein gutes Geschäft für Köln ist. Wir haben ja schon dafür bezahlt, damit wir Müll überhaupt verbrennen dürfen. Das ist natürlich eine ganz groteske Situation. Das wollen wir in Zukunft verhindern. Daher unser Appell: Schließen Sie

sich dem Votum unserer Fraktion an und lehnen Sie es ab, dass hier anderer Leute Müll verbrannt wird. - Danke.

(Beifall pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag von Herrn Hoffmann, Freie Wähler, ab. Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen die Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Hoffmann, Herr Zimmermann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Damit ist sie so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 2. Fortführung von "Win-Win für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude 1055/2012

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Bericht über die öffentlichen Beteiligungen der Stadt Köln im Haushaltsjahr 2010 -Beteiligungsbericht 2010-2080/2012

Hier geht es um Kenntnisnahme. Wir müssen dazu einen Beschluss fassen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir danken für die Fleißarbeit!)

Ich nehme das gerne entgegen - um das noch einmal zu Protokoll zu geben -: Der Fraktionsvorsitzende der SPD - und

(Martin Börschel [SPD]: Der Finanzausschuss!)

ich glaube, die anderen werden sich ihm anschließen - bedankt sich ausdrücklich für die intensive Arbeit, die gemacht worden ist. Ich sehe, Sie nehmen das alles zustimmend zur Kenntnis. - Dann ist das so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt abgehandelt.

Zu Tagesordnungspunkt 10.26:

10.26 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud 0533/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dies einstimmig angenommen. Ich bedanke mich ganz herzlich. Und wenn heute Deutschland noch gewinnt, ist der Tag gut gelaufen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 11:

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu Tagesordnungspunkt 11.1:

**11.1 155. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 7, Köln-Porz
Arbeitstitel: Gewerbepark Poll in Köln-Poll
hier: Feststellungsbeschluss
1686/2012**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu einer Reihe von Bauleitplänen unter Tagesordnungspunkt 12:

Zu Tagesordnungspunkt 12.1:

**12.1 Beschluss über die Stellungnahmen sowie den Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70420/02
Arbeitstitel: Poller Damm in Köln-Poll
0998/2012**

Keine Wortmeldungen. - Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.2:

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 64457/02
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld
1126/2012**

Wir stimmen ab wie im StEA, wie in der Vorlage. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. So abgestimmt.

Zu Tagesordnungspunkt 12.3:

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 67511/02
Arbeitstitel: Pastor-Wolff-Straße in Köln-Niehl
1135/2012**

Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann kommen wir auch da zur Abstimmung. Stimmt jemand dagegen? - Die Fraktion pro Köln stimmt dagegen. Wer enthält sich? - Keiner. Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.4:

**12.4 Satzungsbeschluss betreffend die 3. Änderung des Bebauungsplanes 74459/07/00/03
Arbeitstitel: Madausstraße in Köln-Merheim, 3. Änderung
1182/2012**

Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 12.5:

**12.5 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59470/02
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (Planungsstufe 2) in Köln-Widdersdorf
2231/2012**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion pro Köln, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Zu Tagesordnungspunkt 16.1:

16.1 223. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0971/2012

Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Niemand. Dann ist das auch so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 16.2:

16.2 224. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 1873/2012

Auch dazu sehe ich keine Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist dagegen? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

Zu Tagesordnungspunkt 17.2:

17.2 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates als sachkundige Einwohner in die Fachausschüsse 1733/2012

Wir stimmen ab, wie der Integrationsrat beschlossen hat in der Anlage 1. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.3:

17.3 Mitteilung über die Benennung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes für den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - 2111/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Nein. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.4:

17.4 Akademie der Künste der Welt gGmbH hier: Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat 2184/2012

Benannt sind der Oberbürgermeister sowie sieben Vertreter der Fraktionen. Dazu gibt es eine Liste. Für die SPD sind zwei Vertreter benannt: Frau Dr. Bürgermeister und Frau Scho-Antwerpes; für die CDU zwei Vertreter: Herr Dr. Elster und Frau Henk-Hollstein; für die Grünen zwei Vertreter: Frau von Bülow und eine noch zu benennende Person; für die FDP ein Vertreter: Herr Görzel.

Jetzt gibt es eine Wortmeldung von Herrn Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Ich möchte noch mit einer eigenen Liste kandidieren.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Dann haben wir zwei Listen. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Listen: zum einen über die Liste 1, die ich gerade vorgelesen habe, und zum anderen über die Liste 2, auf der Herr Zimmermann kandidiert.

Wer ist für die Liste 1? - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und der OB. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen.

Wer für die Liste 2, auf der Herr Zimmermann kandidiert, ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann, Herr Hoffmann, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln. Das ist nicht die Mehrheit. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen.

Damit sind die auf der Liste 1 stehenden Personen benannt.

Zu Tagesordnungspunkt 17.5:

17.5 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds 2349/2012

Es geht um die Nachfolge von Herrn Streitberger. Vorgeschlagen ist unser neuer Beigeordneter Herr Franz-Josef Höing. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lassen wir abstimmen. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.6:

17.6 Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg: Wahl eines Vertreters in der Zweckverbandsversammlung 2350/2012

Auch hier die gleiche Situation. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.7:

17.7 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Umbesetzung Sportausschuss" AN/1144/2012

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der CDU-Fraktion hier: Nachwahl eines Mitgliedes des Integrationsrates AN/1159/2012

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Somit beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.9:

17.9 Antrag der Fraktion pro Köln hier: Umbesetzung Kulturausschuss AN/1173/2012

Anstelle von Frau Rita Krause benennt die Fraktion pro Köln Herrn Markus Wiener. Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist das so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 17.10:

17.10 Antrag der Fraktion die Linke. hier: Rechnungsprüfungsausschuss: Benennung eines Mitgliedes mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Auf Anschlag der Linken - -

(Heiterkeit und Beifall - Jörg Detjen [Die Linke.]: Herr Roters, da nehmen wir Sie nicht ernst!)

- Ich bitte um Nachsicht. Es soll natürlich kein Anschlag sein, sondern ein Antrag. Sie benennen anstelle von Herrn Torsten Löser für den Rest der aktuellen Wahlperiode Herrn Manfred Hoffmann als Mitglied mit beratender Stimme im Rechnungsprüfungsausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich darf damit Herrn Hoffmann ganz herzlich gratulieren.

Zu Tagesordnungspunkt 17.11:

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend Nachbesetzung von Gremien AN/1175/2012

Dabei geht um eine Empfehlung für die Hauptversammlung des Kölner Zoos. Anstelle von Herrn Michael Neubert wird Herr Dr. Ralph Heinen benannt. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal zurückkommen zu TOP 17.4, Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt. Aufgrund der abgegebenen Stimmen wird derzeit berechnet, wie die künftige Sitzverteilung aussieht. Das Ergebnis werden wir Ihnen nach der jetzt folgenden nichtöffentlichen Sitzung bekannt geben.

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von 18.18 bis 18.32 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, wir nehmen jetzt die unterbrochene öffentliche Sitzung wieder auf. Das Ergebnis der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Akademie der Künste liegt nun vor. Die Berechnung erfolgte nach dem Verfahren Hare/Niemeyer. Dazu haben wir die Abstimmungsergebnisse in eine entsprechende Software eingegeben. Ergebnis ist, dass der letzte Platz der Liste 1, auf den sich Herr Görzel beworben hatte, nicht von ihm wahrgenommen werden kann, sondern stattdessen Herr Zimmermann gewählt ist.

(Zurufe: Bravo!)

Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Dazu möchte ich eine kurze persönliche Erklärung abgeben. Meine Kandidatur sollte natürlich in erster Linie ein Zeichen setzen. Ich bin grundsätzlich dagegen, dass bei der Besetzung von Aufsichtsräten, Ausschüssen etc. deren Größe, in der Regel immer ohne Nachfrage von den Kollegen im Rat, so bemessen wird, dass nur - ich sage mal - die mittelgroßen und großen Fraktionen dort vertreten sind. Das ist mir, wenn man so will, gelun-

gen. Aber da ich natürlich nicht mit diesen Stimmen gewählt werden wollte, nehme ich die Wahl nicht an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Dadurch zieht die Liste 1 wieder. Damit ist Herr Görzel gewählt.

(Martin Börschel [SPD]: Dann muss neu gewählt werden! - Weitere Zurufe)

- Ich kann es jetzt von hier aus nicht beurteilen.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen: Neu wählen!)

- Eine Sekunde! Wir prüfen das in Ruhe. Wir liegen ja gut in der Zeit, sodass wir in Ruhe und mit der nötigen Solidität prüfen können, ob wir neu wählen müssen oder ob damit automatisch Herr Görzel gewählt ist. Ich kann es so nicht sagen. Das wird gerade geprüft. Da wir noch alle da sind, sollten wir diese Möglichkeit wahrnehmen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich wirklich um eine nicht einfache Prüfung, die im Augenblick in aller Ruhe und Seriosität durchgeführt wird. Deswegen schlage ich vor, dass wir Ihnen das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Rates mitteilen. Unter Umständen muss neu gewählt werden. Das müssen wir in Ruhe prüfen.

Ich bedanke mich bei Ihnen ganz herzlich für die langen Sitzungsdebatten, die wir heute geführt haben, und wünsche Ihnen einen schönen Urlaub und gute Erholung. Wir verzichten heute aus ganz besonderem Grund darauf, uns noch vor der Sommerpause hier zu einem Umtrunk zu versammeln. Wir werden das im Herbst nachholen.

(Beifall bei der SPD - Andreas Köhler [CDU]: Als Europameister!)

(Schluss: 18.36 Uhr)